

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Wilhelm Heitmeyer

Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse
als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und
politischer Paralyisierung

Wolfgang Kowalsky

Rechtsextremismus und Anti-Rechtsextremismus
in der modernen Industriegesellschaft

Hans-Joachim Maaz

Gewalt in Deutschland – Eine psychologische Analyse

Dietmar Sturzbecher/Peter Dietrich

Jugendliche in Brandenburg –
Signale einer unverstandenen Generation

Karl-Otto Richter/Bernhard Schmidtbauer

Zur Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt

Empirische Ergebnisse aus dem Frühjahr 1992

B 2–3/93

8. Januar 1993

Wilhelm Heitmeyer, Dr. phil., geb. 1945; Professor an der Fakultät für Pädagogik der Universität Bielefeld; Projektleiter im Sonderforschungsbereich Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter. – Veröffentlichungen u. a.: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim–München 1992⁴; (zus. mit Forschungsgruppe) Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Eine Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation von männlichen Jugendlichen, Weinheim–München 1992.

Wolfgang Kowalsky, Dr. phil., Dipl. Soz., geb. 1956; von 1987–1992 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; seit 1992 Mitarbeiter der Abteilung Grundsatzfragen beim Vorstand der IG Metall. – Veröffentlichungen u. a.: (zusammen mit Ute Knight) Deutschland nur den Deutschen?, Erlangen 1992²; Kulturrevolution? Die Neue Rechte im neuen Frankreich und ihre Vorläufer, Opladen 1991.

Hans-Joachim Maaz, geb. 1943; Dr. med., Facharzt für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie, Psychoanalytiker; seit 1980 Chefarzt der Psychotherapeutischen Klinik im Evangelischen Diakoniewerk Halle. – Veröffentlichungen u. a.: Der Gefühlsstau – ein Psychogramm der DDR, Berlin 1990; (zus. mit Lucas Moeller) Die Einheit beginnt zu zweit. Ein deutsch-deutsches Zwiegespräch, Berlin 1991; Das gestürzte Volk, Berlin 1991; Die Entrüstung. Über Stasi, Schuld und Sündenbock, Berlin 1992.

Dietmar Sturzbecher, Dr. paed., geb. 1953; Habilitand der Deutschen Forschungsgemeinschaft; seit 1991 Direktor des Instituts für Familien- und Kindheitsforschung an der Universität Potsdam. – Veröffentlichungen u. a.: Situation und Perspektiven der vorschulischen Erziehung in Ostdeutschland, in: Peter Büchner/Hans-Hermann Krüger (Hrsg.), Aufwachsen hüben und drüben, Opladen 1991; (zus. mit Peter Dietrich) Freizeitverhalten Jugendlicher und Freizeitangebote im Land Brandenburg (Forschungsbericht), Potsdam 1992.

Peter Dietrich, Dipl.-Paed., geb. 1960; seit 1992 Leiter des Referats „Jugendforschung“ am Institut für Familien- und Kindheitsforschung an der Universität Potsdam. – Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Michael Kohlstruck) Erscheinungsformen und Motive von Gewalt – Herausforderungen für Jugendpolitik und Jugendarbeit, in: Broschüre des Arbeitsausschusses für politische Bildung, Bonn (1992); (zus. mit Michael Kohlstruck/Dietmar Sturzbecher) Jugend-szene und Jugendgewalt im Land Brandenburg (Forschungsbericht), Potsdam 1992.

Karl-Otto Richter, Dr. phil. habil., geb. 1947; seit 1991 Direktor des Unabhängigen Centrums für empirische Sozial-, Politik- und Kommunikationsforschung e. V. (UCEF) in Rostock. – Veröffentlichungen u. a.: Regionale Disproportionen, die Alten – und das liebe Geld. Soziologische Anmerkungen zu den Volkskammer- und Kommunalwahlen 1990 in der DDR, Forum Politologie und Soziologie, Heft 1, Hamburg 1990; Citizenship in Different Urban Contexts – Some Questions of Research, in: Rüdiger Meyenberg/Henk Dekker (Hrsg.), Perceptions of Europe in East and West, European Studies 2, Oldenburg 1992.

Bernhard Schmidtbauer, Dipl.-paed., geb. 1961; seit 1989 wiss. Assistent am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Rostock. – Veröffentlichungen u. a.: Tage, die die Bürger bewegten. Eine Chronik des Umbruchs in Rostock vom August 1989 bis Oktober 1990, Band 1 und 2, Rostock 1991; (zus. mit Karl-Otto Richter und Britta Hermann) Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt. Ergebnisse einer empirischen Studie, UICEF-Report 1/1992, Reihe A, Rostock 1992.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klappentafelgröße hergestellt werden.

Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyisierung

I. Deutungspolitik als Ausdruck politischer Paralyisierung¹

Je stärker sich Fremdenfeindlichkeit und Gewalt ausbreiten, desto ausgeprägter wird im mainstream der politischen Arena unter kräftiger Mit-hilfe von Massenmedien eine „Deutungspolitik“, die drei zentrale Eckpfeiler aufweist:

- Die „*Erklärungsdeutung*“ von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt hat zum Ziel, die Phänomene zu personalisieren („Das sind eben Neonazis“), zu pathologisieren („Das sind eben Verrückte“), zu biologisieren („Das sind eben Gewalttäter“).
- Um damit durchzukommen, wird zweitens mit der „*Quantitätsdeutung*“ das Phänomen als eine Randerscheinung von den beiden ansonsten intakten Gesellschaften „anständiger“ Deutscher abgetrennt. Flankierend gehört auch dazu, daß zurückgewiesen wird („Die Deutschen sind nicht ausländerfeindlich“), was niemand behauptet. Durch absurde Vergrößerung soll Verkleinerung an Überzeugung gewinnen.
- Wenn das Phänomen so zugerichtet ist, geht es um „*Lösungsdeutungen*“, die die Probleme mit Hilfe von strafrechtlichen Kategorien (z. B. Verboten), ordnungspolitischen Mitteln (z. B. der Polizei) oder technischer Aufrüstung (z. B. des Verfassungsschutzes) als lösbar erscheinen lassen.

Alle drei Deutungsvarianten haben ihre Funktion. Die erste bedient moralische Selbstentlastung, die zweite liefert politische Erleichterung und die dritte suggeriert administrative Handlungsfähigkeit. Zugute kommen diesen Deutungsstrategien die massiven Gewalteindrücke, denen emotional schwer zu entkommen ist. Darin liegt aber gleich-

zeitig das neue Problem: Diese Bedrückung wird in politischer Absicht funktionalisiert, und Erklärungen abseits der personalisierenden Erklärungsdeutung werden immer schwieriger, weil diese plötzlich moralisch „belastet“ werden können als „Entschuldigungen“.

Weshalb gibt es so massive Deutungsstrategien, die im Lichte der hier vertretenen Position als Umdeutungsstrategien markiert werden? Die Umdeutungsmotive entspringen zwei Quellen: zum einen dem Abschirmungsinteresse, so daß die Phänomene nicht mit dem Grundmuster der hochindustrialisierten, durchkapitalisierten Gesellschaft und ihren politischen Sozialisationsmustern in Verbindung gebracht werden müssen, und zum anderen dem Abdeckungsinteresse der Paralyisierung des eigenen politischen Handelns. Diese Paralyisierung von politischen Institutionen läßt sich nicht einfach als eine personengebundene „Glaubwürdigkeitslücke“ erklären, die durch einen Austausch von Personen geschlossen werden könnte. Eine etwas genauere Betrachtung zeigt, daß die Situation viel problematischer ist, weil es sich um ein strukturelles „Versagensdilemma“ handelt. Obwohl die Politiker und Politikerinnen weder die wirtschaftliche noch die technologische oder soziale Entwicklung unter Kontrolle haben, beanspruchen sie Macht und Kompetenz, diese Prozesse zu steuern, und übernehmen Verantwortung, ohne sie einlösen zu können².

Die Schere zwischen zunehmenden Aufgaben und abnehmender Bewältigungskapazität öffnet sich immer mehr. Dahinter verbirgt sich auch ein Prozeß der „Entgrenzung von Politik“: Einerseits erweitern sich die Handlungsspielräume außerhalb des politischen Systems, andererseits wird die technisch-ökonomische Entwicklung mit ihrer gestiegenen Reichweite in einer neuen Weise politisch und gewinnt sogar den Status einer quasi-politi-

1 Im vorliegenden Beitrag wird Bezug auf mehrere eigene Veröffentlichungen genommen, um sie mit der Paralyisierungsthese zu verbinden.

2 Vgl. Ursula Feist, Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?, in: Karl Starzacher u. a. (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?, Köln 1992, S. 54.

schen Entscheidungsinstanz, jenseits von Parlament und Administration, die zu ausführenden Organen werden: „Das Politische wird unpolitisch und das Unpolitische politisch“³ – bei gleichbleibenden Fassaden.

Damit geht einher, daß die Volksparteien, die bisher immer als Garanten politischer Stabilität galten, diesen Stellenwert zu verlieren drohen. Aufgrund ihres programmatischen „Spagats“ bieten sie kaum noch Identifikationsmöglichkeiten, die aber aufgrund der komplexen Vorgänge um so nötiger wären. Dies wird zum Problem, wenn von Jugendlichen Bewältigungs-, Verständigungs- und Orientierungsprobleme wahrgenommen werden⁴. Dann erhöhen sich die Chancen von „one issue“-Parteien (Parteien die sich im wesentlichen auf ein Thema konzentrieren), die zwar keine Lösungskapazitäten, aber dafür zunehmende Identifikationskraft aufweisen, weil sie emotionalisieren können. Dagegen werden die Volksparteien immer stärker gekennzeichnet durch abnehmende Lösungs- und Identifikationskraft.

II. Gesellschaftliche Strukturen als Ursache der Zunahme des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik

Eine intensive Ursachenanalyse, die auf zentrale gesellschaftliche Strukturen und Ablaufdynamik verweist, kann durch die Umdeutungsversuche abgeschirmt werden. Die Analyse müßte sich auf die Grundmechanismen der hochindustrialisierten, durchkapitalisierten Gesellschaft konzentrieren. Jene zeichnen sich vor allem durch temporeiche ökonomische und technologische Modernisierungsprozesse aus, die nicht den historischen Postulaten von „mehr Freiheit, mehr Gleichheit, mehr Brüderlichkeit“ folgen, sondern einer anderen Dynamik, in der die Individualisierungsprozesse neuen Widersprüchen und Gegenläufigkeiten ausgesetzt sind:

- Je mehr Freiheit, desto weniger Gleichheit;
- je weniger Gleichheit, desto mehr Konkurrenz;
- je mehr Konkurrenz, desto weniger Solidarität;

3 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986, S. 305.

4 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Jugend, Staat und Gewalt in der politischen Risikogesellschaft, in: ders. u. a. (Hrsg.), Jugend-Staat-Gewalt, Weinheim-München 1992², S. 11-46, hier S. 12f.

- je weniger Solidarität, desto mehr Vereinzelung;
- je mehr Vereinzelung, desto weniger soziale Einbindung;
- je weniger soziale Einbindung, desto mehr rücksichtslose Durchsetzung.

Die ambivalenten Individualisierungsprozesse haben nicht nur Sonnenseiten, die sich etwa in Gestalt neuer Freiheitsspielräume zeigen, sondern sie weisen auch immer schattenreichere Konturen auf. Diese drücken sich in zunehmenden sozialen, beruflichen und politischen Desintegrationsprozessen aus.

Sie lassen sich nicht mehr als *Ausgrenzung* von Randgruppen begreifen oder als *Aufspaltung* in eine Zweidrittel-Eindrittel-Gesellschaft kennzeichnen, sondern es geht insgesamt um

- Auflösungsprozesse von Beziehungen zu anderen Personen oder von Lebenszusammenhängen (sei es in der Familie oder in Milieus)⁵;
- Auflösungsprozesse der faktischen Teilnahme an gesellschaftlichen Institutionen (z. B. vor allem der Wahlbeteiligung)⁶;
- Auflösungsprozesse der Verständigung über gemeinsame Wert- und Normvorstellungen (z. B. durch Subjektivierung und Pluralisierung)⁷.

5 Vgl. z. B. Ulrich Beck, Jenseits von Stand und Klasse?, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Sonderband 2, Göttingen 1983, S. 35-74; Wilhelm Heitmeyer, Desintegration und Gewalt, in: deutsche jugend, (1992) 3, S. 109-122; J. S. Wallerstein/S. Blakeslee, Gewinner und Verlierer: Frauen, Männer und Kinder nach der Scheidung. Eine Langzeitstudie, München 1989.

6 Vgl. z. B. zur beruflichen Desintegration die steigenden Arbeitslosenzahlen und die einschlägigen Analysen zu den sozialen Desintegrationsfolgen. Zu der politischen Desintegration vgl. u. a. U. Feist (Anm. 2); Hans-Gerd Jaschke, Nicht-demokratische politische Partizipation in der sozial polarisierten Stadt. Zur Entwicklung rechtsradikaler und fremdenfeindlicher Protestpotentiale in Frankfurt am Main, in: K. Starzacher (Anm. 2), S. 94-112; Eike Hennig, Die Republikaner im Schatten Deutschlands, Frankfurt am Main 1991; Wilhelm Heitmeyer/Kurt Möller/Gertrud Siller, Jugend und Politik, in: Wilhelm Heitmeyer/Thomas Olk (Hrsg.), Individualisierung von Jugend, Weinheim-München 1990, S. 195-218; Dietmar Loch, Der schnelle Aufstieg der Front National, München 1991²; Jürgen Dinse, Zum Rechtsextremismus in Bremen, Bremen 1992.

7 Vgl. z. B. Bodo Blinkert, Kriminalität als Modernisierungsrisiko?, in: Soziale Welt, (1988), S. 397-412; Gertrud Nunner-Winkler, Veränderte Wertorientierungen, neue Identitätskonzepte, in: Informationsdienst Nr. 3, Jugend 2000, Bad Boll 1990, S. 3-8; dies., Enttraditionalisierungsprozeß: Auswirkungen auf politische Orientierungen bei Jugendlichen?, in: Wilhelm Heitmeyer/Juliane Jacobi (Hrsg.), Politische Sozialisation und Individualisierung, Weinheim-München 1991, S. 57-76.

Dabei ist aus mehreren Analysen bekannt, daß diese Desintegrationsprozesse in den beiden deutschen Gesellschaften unterschiedliche Sozialisationshintergründe und – auch heute noch – unterschiedliche Qualitäten aufweisen, d. h. auf mehrfache Weise von Ungleichzeitigkeit gekennzeichnet sind.

Das Aufwachsen in einer autoritär-repressiven, auf *Formierung* ausgelegten Gesellschaft der Ex-DDR zeitigt unter den Bedingungen des Zusammenbruchs auch der sozial-integrativen Strukturen und der „gewollten Vereinnahmung“ durch die westdeutsche Gesellschaft ganz andere Konstellationen als das Aufwachsen in einer auf *Individualisierung* ausgerichteten westdeutschen Gesellschaft⁸. Die Desintegrationsprozesse in Ostdeutschland verlaufen entsprechend abrupt, ohne daß hinreichend neue sozial-integrative Strukturen aufgebaut werden, während sich die Desintegrationsprozesse in Westdeutschland eher schleichend vollziehen.

Es stellt sich die Frage, wie diese Desintegrationserfahrungen oder -antizipationen *verarbeitet* werden. Deshalb ist es notwendig, Prozesse zu analysieren und nicht nur am Ende der politischen Sozialisation auf die Mitgliedschaften und Gewalttaten zu starren. Auch dies ist ein bekannter Ansatz, in dem betont wird, daß die Alltagserfahrungen analysiert werden müssen, d. h., wie sich diese „umformen“ in den Köpfen, so daß Anschlußstellen für die rechtsextremistischen Positionen entstehen. Dazu gehören

- die Umformung von erfahrener Handlungsunsicherheit in Gewißheitssuche, an die rechtsextremistische Konzepte mit ihren Vorurteilen und durch Stabilitätsversprechen anknüpfen;
- die Umformung von Ohnmachtserfahrungen in Gewaltakzeptanz, die rechtsextremistische Konzepte mit ihrem Postulat „Der Stärkere soll sich durchsetzen“ legitimieren können;
- die Umformung von Vereinzelungserfahrungen in die Suche nach leistungsunabhängigen Zugehörigkeitsmöglichkeiten, die rechtsextremistische Konzepte vor allem mit nationaler Zugehörigkeit und Überlegenheitsangeboten bieten.

Der Weg von Jugendlichen in das fremdenfeindliche oder rechtsextremistische Terrain verläuft also nicht in erster Linie über die Attraktivität von Pa-

rolen, die eine Ideologie der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit betonen, um diese mit Gewalt durchzusetzen, sondern über Gewaltakzeptanz, die im Alltag entsteht und dann politisch legitimiert wird. Dies verweist nachdrücklich zuerst auf zentrale gesellschaftliche Strukturen und Sozialisationsmechanismen und nicht auf die politischen Ränder.

III. Zu den Folgen von Umdeutung und Paralisierung

Diese kurzen Hinweise auf Prozesse zeigen den bekannten Umstand, daß Rechtsextremismus nicht als ein Problem gedeutet werden kann, das am Rande der Gesellschaft entsteht.

Die „politische Klasse“ weicht diesem Erklärungsansatz aus und präferiert die bereits aufgeführten Umdeutungsprozesse. Durch sie wird nun ein brisanter „Teufelskreis“ etabliert, denn die Desintegrationsprozesse im definierten Sinne von Auflösungsprozessen bilden die Ursachen für *zwei* sich *wechselseitig* beeinflussende Abläufe: *Einerseits* sind sie zentrale Ursachen für die Entstehung von fremdenfeindlichen und gewaltakzeptierenden Orientierungen und Handlungsweisen, *andererseits* sind sie gleichzeitig die Quellen für eine politische Paralisierung, um etwas dagegen zu unternehmen.

Wie sehen diese Umdeutungen und Paralisierungsfolgen aus, und wo sind sie in politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen zu finden? Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die Wirkungen der widersprüchlichen Modernisierungsprozesse und Veränderungsschübe mit ihren Desintegrationserscheinungen in beiden deutschen Gesellschaften zuerst an den sozialen Rändern sichtbar werden. Da aber diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, die von den Entwicklungen von Modernisierung und Veränderung besonders profitieren, auch das Deutungsmonopol haben, gelingt ihnen an vielen Stellen eine *Vertauschung von Ursachen und Wirkungen*. So sind bei genauer Analyse die rechtsextremistischen Orientierungen von Jugendlichen nicht die Ursachen der heutigen Probleme, sondern die brutalen Folgen von Ursachen, die an anderer Stelle lagern. Die Ergebnisse dieser absichtsvollen Vertauschung von Ursachen und Wirkungen zeigen derzeit ihre fatalen Konsequenzen, weil inzwischen die politische Inkubationszeit zu Ende geht und die Probleme gewalttä-

⁸ Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Die Widerspiegelung von Modernisierungsrückständen im Rechtsextremismus, in: Karl-Heinz Heinemann/Wilfried Schubarth (Hrsg.), Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder, Köln 1992, S. 101.

tig aufbrechen. Bestenfalls wurden bisher Maßnahmen angekündigt, die darauf zielen, daß die Einstellungen und Meinungen geändert werden sollten. Die Ursachen zur Entstehung der Einstellungen und Verhaltensweisen bleiben dadurch unangetastet, weshalb sie ungehemmt weiterwuchern können. Um dies zu überdecken, wurde seit längerem ein weiterer gefährlicher politischer Trick versucht. In Teilen der politischen Klasse, in den Medien und anderen gesellschaftlichen Institutionen wollte und will man den Rechtsextremismus dadurch entschärfen, daß man Teile des Gedankengutes in sein eigenes Gedankengut übernimmt. Die Ergebnisse dieser Prozesse sind fatal: Es findet eine schleichende Normalisierung des Rechtsextremismus statt⁹.

Dies hat weitgehende Konsequenzen auch für die Bekämpfung: *Je höher der Normalisierungsgrad von fremdenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen ist, desto niedriger ist die Chance, diese Einstellungen und Verhaltensweisen überhaupt noch problematisieren zu können.* Denn alles, was als normal gilt – oder von dem die Menschen der Auffassung sind, daß es von der Mehrheit geteilt wird –, ist nur schwer zu problematisieren und erzeugt den Effekt, daß die zu bekämpfenden Positionen vehement geäußert werden.

Deshalb ist es immer wieder überraschend, mit welcher politischen Ignoranz die Entwicklung der zunehmenden Distanz gegenüber Fremden und das wachsende Verständnis für rechtsradikale Aktionen hingenommen werden. Die 51 Prozent, die im September 1992 in Meinungsumfragen für „Deutschland den Deutschen“ votierten, sind aus den aufgezeigten Gründen mehr als eine beliebige Prozentzahl.

Außer durch den angeführten „Normalisierungs“-Prozeß werden Gegenmaßnahmen auch aus strukturellen Gründen erschwert, die sich aus der Entwicklung der ambivalenten Individualisierungsprozesse ergeben: Es handelt sich um die Pluralisierung von Wertvorstellungen. Damit erhält der einzelne einen Zuwachs an Einstellungsmöglichkeiten. Zum anderen werden die Kriterien für die Begründung von Einstellungen immer subjektiver, weil sie immer weniger durch Traditionen, Milieus, Glaubensvorschriften, Utopien etc. vorweg festgelegt sind. Wie leicht zu erkennen ist, wird die positive Seite dieses Vorgangs gern genutzt, die Kehrseite aber zu gern verdrängt, denn sie ist nicht „kostenlos“. Sie besteht im Verlust von Verständ-

igungsmöglichkeiten über gemeinsam geteilte Wert- und Normvorstellungen. Die Chancen gemeinsamer Aktionen sinken. Auch hier ist ein Hinweis auf die Paralisierung zu finden.

Seit „Rostock“ wird den nicht mehr zu verdrängenden Auswirkungen der Schattenseiten des Individualisierungsprozesses in unserer Gesellschaft mit dem Ruf nach Repression begegnet, womit aber eine heimliche Apologetik der existierenden Verhältnisse einhergeht¹⁰. Dies läßt sich am Umgang mit dem Phänomen Angst verdeutlichen. Durch die Weigerung, sich *politisch ungeteilt* mit den immensen Angstpotentialen in der Gesellschaft auseinanderzusetzen, kommt es dazu, daß Angst als *soziales* Phänomen in einer auf rigorose Selbstdurchsetzung getrimmten Gesellschaft im bekämpften fremdenfeindlichen politischen Terrain pathologisiert, während sie in anderen, z. B. friedensbewegten politischen Bereichen zum Ausweis höchster politischer Sensibilität aufgewertet wird. Angst ist aber bereits dann real, wenn jemand sagt, daß er Angst habe. Keine Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus etc. kommt ohne die Erklärung dieses Phänomens aus¹¹. Heute praktizierter Antirassismus tendiert dahin, sich darin zu üben, den entsprechenden Menschen – soweit überhaupt mit ihnen geredet wird – Ängste ausreden zu wollen oder eine Angstrepression anzustreben. Die Überredung ist wirkungslos, die Repression gefährlich, und zwar spätestens dann, wenn die Personengruppe aus dem Gefühl heraus, einer Minderheit anzugehören (was zum Rückzug führen kann), zu einem Gefühl der Mehrheitszugehörigkeit kommt. Genau dies ist geschehen durch die „Normalisierung“ auf die erwähnten 51 Prozent. Deshalb kann Gewalt ausgelebt werden.

Härteres Durchgreifen gegen einzelne Fremdenfeinde – so lautet die schlichte Forderung. Daß strafrechtliche Verfahren am Platze sind, soll dabei nicht in Frage gestellt werden, sondern ob sie politische Wirkungen haben. Dies ist so einfach nicht zu beantworten; es dürfte davon abhängen, wie weit die Selbstdefinitionen der entsprechenden Gruppen oder Personen gediehen sind. Dort wo sich Selbstdefinitionen durchgesetzt haben, mittels derer etwa das abwertend gemeinte Etikett „Neonazi“ umdefiniert worden ist in einen Elitebegriff, dürften die politischen Wirkungen des Strafrechts eher gering sein: Abschreckung wird nun Märtyrertum erzeugen. Es wird übersehen, daß die Eti-

10 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Die Gefahren eines „schwärmerischen“ Antirassismus, in: *Das Argument*, (1992) 195, S. 675–683.

11 Vgl. Albert Memmi, *Rassismus*, Frankfurt am Main 1987.

9 Vgl. auch: Die Gesellschaft löst sich auf. Interview mit Wilhelm Heitmeyer, in: *Die Zeit* vom 16. Oktober 1992, S. 4.

kettierung fatale Wirkung hat, passen sich die so Abgestempelten doch häufig erst im Nachhinein in ihrem realen Verhalten dem Inhalt der Etiketten an. Wie etwa beim „Neonazi“-Etikett hängt dabei vieles von der zugeschriebenen subjektiven Bedeutung ab: Es ist eben nicht nur Abwertendes zu erfahren, sondern die entsprechenden Personen können auch wahrnehmen, was sie damit „gewinnen“. Die Angst bei jenen, die die Etiketten verteilen, bewirkt gleichzeitig einen Machtzuwachs bei den Jugendlichen. Dies alles wird wohl derzeit übersehen. Menschlich ist die so geäußerte Wut einzusehen, sie wirkt jedoch nur als Blitzableiter. Politisch wird dadurch z. T. das Gegenteil erreicht, die Wut ist somit eine weitere Facette der eigenen Paralyse.

IV. Paralyse als Folge von Instrumentalisierung

1. Wirtschaft

Mechanismen der Paralyse werden sichtbar, wenn verschiedene Institutionen daraufhin durchmustert werden, was sich hinter der Rhetorik gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt verbirgt. Eine Erklärung für die Paralyse ist die instrumentalistische Sichtweise von Menschen in dieser hochindustrialisierten Gesellschaft. Als Beispiel soll zunächst die Wirtschaft herangezogen werden. Dort finden wir seit einiger Zeit eine Argumentation gegen Fremdenfeindlichkeit, die sich jenseits der Rhetorik als volkswirtschaftliche „Verrechnung“ und Vernutzung der Fremden herausstellt: „Wir brauchen sie für unseren Wohlstand“, lautet die Formel. Darin ist die hochgelobte Effizienz enthalten, auf die diese Marktgesellschaft ihr Selbstbild aufbaut. Diese Effizienz hat offenkundig auch eine Kehrseite mit barbarischem Potential: Die Toleranz schwindet in dem Maße, wie sich der Erfolg von Effizienz verringert. Was wird also, wenn sich die düsteren Wirtschaftsprognosen erfüllen sollten? Was wird dann mit der Argumentation gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt?

Rhetorik gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt kann auch überdecken, daß die Effizienzkriterien der Wirtschaft neue soziale Auswirkungen haben. Diese liegen vor allem in der Durchsetzung einer den Produktionserfordernissen angepaßten Rund-um-die-Uhr Gesellschaft, durch die immer mehr

Menschen eine neue Form der Zurichtung erfahren und quasi der Gesellschaft entfremdet werden, weil die sozial geteilte Zeit geringer wird. Damit gehen strukturell wichtige Voraussetzungen verloren, um beispielsweise bei Kindern und Jugendlichen noch gemeinsame Wert- und Normvorstellungen in der Kommunikation mit Eltern entwickeln zu können. Gerade angesichts der Freiheitsräume schaffenden Auflösung von festen Rollenbildern wird mehr sozial geteilte Zeit notwendig. Sie wird jedoch über neue, den instrumentalistischen Kriterien der Effizienz folgende Produktionsformen aufgezehrt und öffnet die Schleusen für soziale Vereinzelungs- und politische Entfremdungsprozesse. Dort aber, wo sich soziale Verankerungen auflösen, müssen die Folgen des eigenen Handelns für andere nicht mehr berücksichtigt werden: Instrumentalistisches Verhalten setzt sich durch, und die Gewaltschwelle sinkt. Wenn dann – wie jetzt vor allem unter ostdeutschen Jugendlichen – nur noch die Einschätzung übrig bleibt, ein Deutscher zu sein, bekommt Gewalt eine Richtung.

Das Fazit zeigt, daß die Unternehmerschaft Fremdenfeindlichkeit wegen der Exportchancen zwar verurteilen muß, gleichzeitig folgt sie aber wirtschaftlichen Kriterien, die mitverantwortlich dafür sind, daß Ursachen für Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gelegt werden. Für den einzelnen sichert die Übernahme instrumentalistischer Verhaltensweisen den eigenen Status, den Konsum und Geld. Gleichzeitig darf dies nicht zum Eingeständnis führen, daß damit auch soziale und politische Zerstörungen oder Verfestigungen von Ungleichheit einhergehen, weil damit die Grundausstattung dieser Gesellschaft zur Debatte steht.

2. Gewerkschaften

Wenden wir uns den Gewerkschaften¹² zu, die es ebenfalls nicht an machtvoller Rhetorik fehlen lassen. Gleichwohl findet eine strukturell angelegte Politik der Gewerkschaften gegen den Rechtsextremismus nicht statt. Eine solche Politik müßte sich gegen die schon kritisierten instrumentalistischen Sichtweisen von Menschen in dieser hochindustrialisierten Gesellschaft wenden, die ihrerseits wiederum instrumentalistische Sichtweisen von Fremden geradezu produziert und sich über instrumentalistische Arbeitsorientierungen wie „Hauptsache Kohle“, „Hauptsache Aufstieg“ und

12 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus findet nicht statt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, (1992) 10, S. 620–633.

„Hauptsache Sicherheit“ vermitteln¹³. Daß eine solche Politik nicht stattfindet, die vor allem die Qualität von Arbeit in den Mittelpunkt rücken müßte, liegt zum einen an der zunehmenden Schwächung der Gewerkschaften in der ausdifferenzierten Gesellschaft, zum anderen aber auch daran, daß die Bindung von Mitgliedern umgestellt worden ist. Es hat ein Wandel stattgefunden, indem die Mitglieder motivation von gewerkschaftlicher Solidarität im klassischen Sinne auf reine Nutzenkalküle („Was bringt mir das materiell?“) umgestellt worden ist. Solche Nutzenkalküle sind aber dann besonders politisch anfällig, wenn der Status als gefährdet wahrgenommen wird. In diesem Licht müssen die 30 Prozent der Wählerschaft der sogenannten Republikaner in Baden-Württemberg interpretiert werden, die auch Gewerkschaftsmitglieder sind.

Das Vordringen der Nutzenkalküle führt m. E. zu einer Spaltung der Institution. Die Führung einschließlich eines Teils der Mitgliedschaft tritt gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auf. Sie darf dies aber nicht zu vehement tun, weil sonst ein wesentlicher Teil der Mitglieder aufgrund ihrer rein kalkulatorischen Verbindung mit den Gewerkschaften die Mitgliedschaft kündigen könnte, was eine zusätzliche Schwächung der Institution bedeuten würde. Die Gewerkschaften befinden sich deshalb in einem Dilemma. Einerseits stützen sie durch eine ausgeprägte, auf Lohnzuwachs ausgerichtete Politik die Hinwendung zu instrumentalistischen Arbeitsorientierungen, die sie aus Gründen der Entwicklung problematischer politischer Orientierungsmuster eher vermeiden müßten. Andererseits können sie dies nicht (mehr) tun, weil fehlende finanzielle Mittel von Teilen der Arbeitnehmerschaft zu Statusverlusten und damit zusammenhängenden Ängsten führen würde, auf die bekanntlich ebenfalls politisch problematisch reagiert wird.

3. Institution Kirche

Ein nicht weniger schwieriger Fall ist die Institution Kirche. Auch hier dominiert einerseits vielfältiges Reden gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Dies fordern die Schriften, und zahlreiche Gruppen und Pfarrer treten kämpferisch auf. Und doch ist die amtskirchliche Institution merkwürdig paralysiert. Darüber können auch die pflichtschuldigen Veranstaltungen zur Woche des ausländi-

schen Mitbürgers nicht hinwegtäuschen. Eine Erklärung liegt m. E. darin, daß seit Jahren ein Auszug aus dieser Institution erfolgt, der sich immer mehr zu beschleunigen scheint. Der Kernbestand zur Stützung der Amtskirche wird immer kleiner. Dadurch tritt das Problem hervor, daß der zentrale Stützfeiler der Amtskirche, die beständige Kirchgängerschaft, gerade jene Gruppe ausmacht, die über besonders ausgeprägte Vorurteilsbereitschaft gegenüber Fremden verfügt – und an Gewicht gewinnt. Das Muster ist offenkundig. Einerseits fordern die Schriften eindeutige Aussagen, andererseits dürfen die Vertreter der Institutionen sie praktisch nicht zu vehement umsetzen, weil sie sonst Gefahr laufen, den Kernbestand ihrer Amtskirche auch noch zu verlieren.

Ein weiteres Beispiel für diese gespannte Situation ist das Zugangsproblem zu Kindergartenplätzen. Vermehrt, wenngleich noch verschämt, kommt es zu Drohgebärden deutscher Eltern, daß man die Kirche verlassen werde, wenn weiterhin zwar Kinder anderer ethnischer und religiöser Herkunft einen Platz erhalten, aber die eigenen Kinder nicht.

4. Massenmedien

Bei den Massenmedien ist das Fernsehen auf besondere Weise in seiner Wirkung paralysiert: Einerseits ist es aus Gründen der Vermarktung an Gewalt interessiert, andererseits will es unter Ausbeutung von Moral an einem angeblichen Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt teilhaben. Letzteres wird bestenfalls über Unterdrückung von Vorurteilen zu realisieren sein, was in der alten Bundesrepublik bezüglich des Antisemitismus durchaus gelungen war. Dieser konnte sich nicht erneut zu einer politischen Ideologie auswachsen, sondern blieb „nur“ privates Massenvorurteil. Um eine solche Vorurteilsrepression zu erreichen, die zwar nichts verändert, aber auch nichts verstärkt, bedarf es zumindest eines stabilen politischen Konsenses hinsichtlich der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, wovon keine Rede sein kann.

Insbesondere im Fernsehen können wir beobachten, wie weite Teile der Journalistik von ihrem eigenen Medium überwältigt werden. Sie schaffen es nicht, die alltäglichen, unspektakulären Ursachenzusammenhänge darzulegen, sondern sie befinden sich in grotesker Abhängigkeit von armrekenden Jugendlichen mit kahlen Köpfen. Gegen die Bilder von Haß und Gewalt kommen dann auch ihre z. T. gutgemeinten Kommentare nicht an. Die Bilder müssen gezeigt werden, weil Gewalt

¹³ Vgl. Wilhelm Heitmeyer u. a., Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation von männlichen Jugendlichen, Weinheim-München 1992.

zum Programm geworden ist. Gleichwohl sind wichtige Teile der Massenmedien nicht an einer regelmäßigen Berichterstattung zum Thema Gewalt interessiert, weil sonst nur noch ständige Eskalation verkaufswürdig ist. Wenn sich aber Gewaltkonjunkturen, wie z.B. nach Hoyerswerda, nicht einstellen, dann stellen die Massenmedien sie eben selbst her, indem die *Gewaltentwicklung* einfach verschwiegen wird. Genau so ist es im ersten Halbjahr 1992, also vor Rostock, abgelaufen, obwohl die Quote der Gewalt außerordentlich hoch lag.

5. Staatliche Institutionen

Ein Blickwinkel auf die staatlichen Institutionen verweist auf die Sonderfälle wie Schule, Universität, Polizei und Bundeswehr. Sie sind ganz dringend auf ihre *inneren* Sozialisationsmuster hinsichtlich Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu befragen.

a) Schulen

Die staatliche Institution Schule trägt, abseits der schon immer vorhandenen engagierten Arbeit einzelner Lehrer und Lehrerinnen gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, mehr zu ihrer Förderung bei: Weiterhin und verstärkt wird hier die Selektion und Desintegration in den Vordergrund gestellt; die Möglichkeiten der sozialen Präsentation des einzelnen Kindes und Jugendlichen werden vernachlässigt bzw. auf das Nadelöhr von Intelligenz und Leistung reduziert. Die z. T. weitreichenden Veränderungen der sozialen und emotionalen Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen werden in der Schule so gut wie gar nicht wahrgenommen, zumindest aber werden keine Konsequenzen gezogen. Dies ergibt sich aus einer Bildungspolitik, die vorrangig nach betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien ausgerichtet wird. Die ansteigende Verweildauer in dieser Institution, die aufgrund ihrer inneren sozialen Konzeptlosigkeit nur noch „irgendwas regelt“, dürfte weitreichende Folgen haben: Die politische Inkubationszeit läuft, und die Folgen werden zeitversetzt aufbrechen, da die Schere zwischen dem wachsenden Bedürfnis nach emotionaler Zuwendung und abnehmender sozialer Zeit in der schulischen Institution dazu führt, daß die Muster der Stärkedemonstration – sei es über psychische Gewalt auf dem Hintergrund intellektueller Leistung zur Selbstdurchsetzung oder sei es über physische Durchsetzungsformen zur Selbstbehauptung, weil andere Möglichkeiten nicht mehr zur Verfügung stehen – zunehmen werden.

Vor diesem Hintergrund müssen auch Fragen an Lehrerinnen und Lehrer gerichtet werden, die noch beim Golfkrieg die Haltung von Schülern und ihr öffentliches Auftreten in Massen als besondere politische Lernerfolge gefeiert haben. Heute ist es völlig ruhig, und auch schon im Herbst 1991 war kaum etwas zu sehen. Aber warum ist es jetzt so still? Liegt es daran, daß die Schülerinnen und Schüler nicht mehr zu bewegen sind, oder trauen sich die Lehrerinnen und Lehrer selbst nicht mehr? Kommt man mit der eigenen Fremdenfeindlichkeit, mühsam rhetorisch verborgen hinter einem „schwärmerischen Antirassismus“, nicht mehr klar, weil man die multikulturelle Gesellschaft für ein immerwährendes Straßenfest gehalten hat? Dies ist um so dramatischer, als gleichzeitig immer noch über das Versagen im Vorfeld des historischen Faschismus geredet wird. Bestenfalls wird das Thema „Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“¹⁴ dann mit Hilfe einer Unterrichtseinheit „durchgezogen“. Dabei zeigt eine solche Reduzierung doch nur, daß man den Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt schon aufgegeben hat. Mit Belehrungen ist gegen die Erfahrungen von subtilen wie offenen Desintegrationsprozessen, die nicht einfach nur Ausgrenzungen sind, nicht viel auszurichten. Erst wenn die integrierende Bedeutung von stabilen Zugehörigkeiten und sozialen Präsentationsmöglichkeiten in der Schule umgesetzt werden, steigen die ohnehin knappen Chancen der Abwehr von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.

b) Universitäten

Die Universitäten sind bisher nicht sonderlich betrachtet worden. Niemand hat bislang ernsthaft an der Oberfläche kratzen wollen; bisher gilt noch die Maxime, daß höherer Bildungsgrad gegen Fremdenfeindlichkeit schütze. Es ist mehr als fraglich, ob der gerade im universitären Bereich anzutreffende „schwärmerische Antirassismus“ tatsächlich belastungsfähig ist oder ob er nur der Kultivierung des eigenen Gefühls dient. Selbststärkung wäre dabei die positive Seite, die aber vielfach überwiegende Hybris die negative. Dies ist auch angesichts einer neuen Untersuchung¹⁵ zur politischen Befindlichkeit von Studierenden zu fragen. Darin wird konstatiert, daß eine radikale Parteinahme für die eigenen oder die Interessen anderer einfach „out“ ist. Dies basiere auf einem entstandenen ideologischen Vakuum. Damit verdichte sich das

14 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Wenn Belehrung gegen Erfahrung nicht ankommt, in: Frankfurter Rundschau vom 22. Oktober 1992, S. 6.

15 Vgl. Rainer Brämer, „Student 92“. Ideologisches Vakuum. Mskr., Gießen 1992.

Bild eines modernen Biedermeiers, in dem sich die resignative Angst vor übermächtigen gesellschaftlichen Kräften mit der Furcht vor extremen Anforderungen zu einem Kult des privaten Glücks vermengen. Das führt zu der Frage, wie lange sich ein solches Vakuum in der an Umbrüchen reichen Zeit und den kommenden scharfen Verteilungskämpfen halten läßt.

Dies ist ein Ergebnis, das nicht nur den Studierenden Anlaß zu selbstkritischen Fragen geben sollte, sondern vor allem auch den Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen. Es ist zu bezweifeln, daß die Lehrenden darauf vorbereitet sind. Denn nimmt man das Verhalten der wissenschaftlichen Gesellschaften zum Indikator, schaut man, wie dort die derzeitigen Probleme wahrgenommen und diskutiert worden sind, dann zeigt sich eine problematische politische Ignoranz, die gekoppelt ist mit selektiver Unaufmerksamkeit: Wegsehen bei gleichzeitigem Wissen. Zur Beruhigung wird darauf verwiesen, daß eine solche Studentenkohorte pflegeleicht ist, ohne zu sehen, daß das Verhalten auch das eigene Versagen widerspiegelt. Die nächste Studentengeneration wird anders aussehen, wenn man den etwas intensiveren Untersuchungen abseits der Meinungsbefragungen in den großen Magazinen und Illustrierten folgt.

c) Bundeswehr und Polizei

Die Bundeswehr und auch die Polizei zeichnen sich im Innenraum ihrer Institution vor allem dadurch aus, daß sie Problemlagen, die im Zusammenhang mit Fremdenfeindlichkeit und Gewalt stehen, ganz eindeutig tabuisieren. Selbst der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei steht Untersuchungsvorhaben eindeutig ablehnend gegenüber. Dies sind keine erfolversprechenden Voraussetzungen für eine souveräne Bearbeitung, die um so notwendiger wäre, da Gewalt – wenn auch in legitimer Form – zur Grundausstattung ihrer Institution gehört.

Was sind gemeinsame Paralysisierungsursachen trotz aller Unterschiedlichkeit der Institutionen?

1. Entstehungsursachen fremdenfeindlicher Orientierungen und auch gewaltakzeptierender Verhaltensweisen müssen mit dem Alltag und den Sozialisationsmechanismen verschiedener Institutionen verbunden werden.
2. Es entspricht den Maximen einer hochindustrialisierten Gesellschaft, daß von den Individuen ein spezielles Verhältnis zu Werten und Normen gefordert wird, welches vorrangig an utilitaristisch-kalkulativen Kriterien ausgerich-

tet ist. Das instrumentalistische Kalkül gegenüber den sozial Anderen ist dann am einfachsten bei jenen anzuwenden, die bereits mit Hilfe offener oder verdeckter Ideologien der Ungleichwertigkeit zugerichtet sind.

3. Besonders hilfreich zur Verfestigung der Paralysisierung sind die zahlreichen Tabuisierungen von Fremdenfeindlichkeit und Gewaltakzeptanz in den verschiedenen Institutionen.
4. Selbst dann, wenn sich Institutionenvertreter zusammenfinden, haben sie nur eines im Sinn: Sie sorgen für sich selbst. Dementsprechend muß die Schule entdramatisieren, weil sonst ihre ganze Pädagogik und der sogenannte „Ruf“ leidet; die Polizei muß nach außen hin dramatisieren, weil sie dringend Stellen braucht usw. usw.
5. Hinzu kommt, daß sich diese Paralysisierung in den Institutionen auf der individuellen Ebene im Zusammenspiel von Angst und Angstabwehr spiegelt. Peter Dreitzel¹⁶ vertritt die These, daß die Menschen in den Industrieländern durch die Kraft ihrer Selbstzwangapparatur, die ja zumeist als Fortschritt der Zivilisation gefeiert wird, wie durch die übermächtige Komplexität der Handlungsketten doppelt gelähmt sind, so daß die Erregung gewissermaßen gegen die verinnerlichten Mauern einer sozialen Disziplinierung prallt, die, gerade weil sie als solche gar nicht mehr erlebt wird, eine diffuse Angst auslöst. Da aber Angst auf Dauer unerträglich wird, muß abgewehrt werden durch die Mechanismen der psychischen Selbstbetäubung und der selektiven Unaufmerksamkeit.

V. Die brisanten Folgen der Umdeutungsprozesse

1. Desintegrationsprozesse als Ursache für die Entstehung fremdenfeindlicher Gewalt und als Quelle politischer Paralysisierung

Im Zwischenfazit soll die eingangs formulierte These zu den brisanten Folgen der Umdeutungsprozesse wieder aufgenommen werden, wonach Desintegrationsprozesse die Ursachen für zwei sich wechselseitig beeinflussende Abläufe bilden.

¹⁶ Vgl. Peter Dreitzel, Angst und Zivilisation, in: Peter Dreitzel/Harald Stenger (Hrsg.), Ungewollte Selbsterstörung, Frankfurt am Main – New York 1992, S. 22–46.

Sie gehören zum einen zu den Ursachen für die Entstehung fremdenfeindlicher Gewalt. Zum anderen sind sie gleichzeitig auch Quelle für eine politische Paralyse, weil zentrale Institutionen gegen etwas kämpfen sollen, was zur Grundausstattung dieser Gesellschaft gehört, und worauf die eigene Existenz mit ihren zu verteilenden Posten, Machtpositionen, Abhängigkeitsverhältnissen, Selektionsmechanismen etc. basiert. Die gesellschaftlichen Institutionen müssen deshalb mit der Entstehung bzw. Verfestigung fremdenfeindlicher und gewaltakzeptierender Orientierungen und Handlungsweisen in Verbindung gebracht werden. Das heißt auch, daß die Entstehung *nicht nur* als Ergebnis ideologischer Beeinflussung in der politischen Arena zu sehen ist. In den Institutionen entstehen Probleme, gegen die die Institutionen wiederum vorgehen sollen. Sie müßten also zunächst *selbstreflexiv*, also gegen sich selbst argumentieren, was sie aufgrund des Eigeninteresses am Status quo aber gerade vermeiden (müssen). Hier liegen die Gründe dafür, daß es nicht zu einer offenen Diskussion, sondern vielmehr zu politischen Paralyse und Umdeutungsprozessen kommt. Deshalb ist eine reflexartige Schematik vorzufinden: *Skandalisierung* nach „außen“, also gegenüber anderen Institutionen, und *Tabuisierung* nach „innen“, also gegenüber der eigenen Institution.

Dies ist ein „Teufelskreis“ mit Folgen: Je mehr sich solche Desintegrationsprozesse in der aufnehmenden Gesellschaft durch Umdeutungen ausweiten, so daß Ursachenkomplexe nicht wahrgenommen und Paralyse verstärkt werden, desto größer werden die Integrationsprobleme der aufzunehmenden Fremden und zunehmend der hier schon länger Ansässigen anderer ethnischer Herkunft. Hier zeigen sich die fatalen Konsequenzen der Umdeutungsversuche: Sie entlasten die Verantwortlichen in politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen und belasten die Fremden.

Die Umdeutungsprozesse werden nun von einer Fülle fremdenfreundlicher Erklärungen begleitet, die überdecken können, daß die Verweigerung, sich den Desintegrationsprozessen zu stellen, – quasi unter der Hand – einer Ausbreitung fremdenfeindlicher und gewaltakzeptierender Orientierungen und Handlungsweisen wiederum Vorschub leistet: Die Ursachen werden nicht bearbeitet, sondern die Phänomene werden nur nach den Eigeninteressen „zugerichtet“, um so entweder auf der Phänomenebene eine Handlungsfähigkeit zu demonstrieren oder Verantwortlichkeiten zu delegieren.

2. Argumente gegen die Paralysehypothese

Gegen die Paralysehypothese werden dann die Beispiele von Demonstrationen, Bildungsseminaren etc. angeführt. Diese Gegenargumentation ist *erstens* solange nicht stichhaltig, wie im Alltag der gesellschaftlichen Institutionen alles weitergeht wie bisher und immer weitere Umdeutungen aktiviert werden: „Wo die Gesellschaft eine Summe individueller Täterschaften konstruiert, ist immer die Selbstentlastung und die Legitimation bestehender Herrschaft im Spiel. Jeder politisch motivierte individuelle Täter verweist demgegenüber auf den Gesamtzustand der Gesellschaft, zu dem er gehört und ohne den selbst dieses besondere individuelle Verhalten nicht zu erklären ist.“¹⁷

Die Gegenargumentation ist *zweitens* solange nicht überzeugend, wie keine soziale Bewegung in Gang kommt, die vor allem die zentralen Ursachenkomplexe in den Mittelpunkt ihres Interesses rückt. Dabei kann es nicht nur um eine veränderte *politische Steuerung* von sozialen, ökonomischen und technologischen Prozessen gehen, die über *materielle Umverteilung* (Wohnungsbau, Arbeitsplätze etc.) erfolgt, sondern in nicht minderem Maße um die *politische Thematisierung* von *immateriellen* Veränderungen (z.B. von Anerkennungs- und Präsentationsformen für Jugendliche), die dazu beitragen können, daß die Desintegrationsprozesse gestoppt werden.

3. Aktionen

Anstelle der notwendigen politischen Thematisierung von immateriellen Veränderungen bilden sich zwei Aktionslinien heraus.

a) Aktivitäten kleiner aktiver Gruppen

Die eine findet sich in den kleinen aktiven Gruppen, die sich der Lähmung entgegenstemmen. Aber: Je stärker die eigene Paralyse wird, desto deutlicher kommt die Personifizierung der Ursachenkomplexe von Gewalt hervor. Es liegt ein „verdeckter Biologismus“ vor¹⁸, wenn Äußerungen fallen wie: „Das sind eben Neonazis.“ Was als eine moralisch angemessene „augenblickliche“ Reaktion gelten kann, wird gleichzeitig zu einer unangemessenen, nicht erklärungsorientierten Sichtweise, die aber wieder Voraussetzung für politische Konsequenzen ist. Bleibt es bei moralischer Empörung, so ist dies im Grunde eine extrem ego-

17 Oskar Negt, Rechtsextremismus und Gewalt – ein Problem des gesellschaftlichen Zentrums, nicht der Randgruppen, in: Norbert Kremeyer u.a. (Hrsg.), Heute schon gelebt? Alltag und Utopie, Offenbach 1981, S. 47.

18 Vgl. W. Heitmeyer (Anm. 10).

zentrische Form moralischer „Selbstbefreiung“. Weil sie immer auch die heimliche Apologetik der existierenden politischen Verhältnisse beinhaltet, die ja auch für die Situation der Fremden verantwortlich zeichnen, nützt sie diesen wenig. Es muß auch die These überprüft werden, ob die inflationäre Verwendung des Rassismus-Begriffs eine ideologisch motivierte Abschirmstrategie ist, hinter der die eigenen kommenden Konkurrenzängste verborgen werden können. Je stärker sie zum Bewußtsein kommen, desto größer wird der Bedarf nach einem Begriff, um sie gleich wieder zuzudecken. Es handelt sich dabei um einen „schwärmerischen Antirassismus“: Nur das eigene Gefühl „stimmt“.

Darüber hinausgehend, werden zwei besonders prominente „Konzepte“ aktiviert: die *Betroffenheit* und die *Toleranzforderung*. Auch hier gibt es nicht sonderlich Erfreuliches zu berichten: Wer an der Betroffenheit ansetzt, muß auch ein Konzept haben, das aus der Betroffenheit herausführt. Wie das Wort schon sagt, ist es als Empfindung ein schmerzhafter und ausgesprochen unangenehmer Zustand. Die Betroffenheitsmanöver ohne Konzept führen beim Adressaten eher zu emotionalen „Hornhautbildungen“ und zu Vermeidungen oder Tarnmanövern – oder sie prallen gänzlich ab. Die Behandlung der NS-Zeit ist ein prägnantes Beispiel für diesen Vorgang. Die alte Gleichung – „Je mehr Jugendliche über den Holocaust wissen, desto resistenter sind sie gegenüber heutigen rechts-extremistischen Positionen“ – geht schon lange nicht mehr auf¹⁹.

In ähnliche Problemzonen führen überraschend die vielfach öffentlich geäußerten Toleranzforderungen. Das zentrale Problem besteht im Versuch, die Probleme in einer multikulturellen Gesellschaft durch zunehmende Distanz zu umgehen. Das gleichzeitig auftretende Vakuum soll über Ideologieproduktion zugedeckt werden. Toleranz wird dann zur entscheidenden Vokabel. Sie kann man als humanistischen Wert und als normative Grundlage von Gewaltlosigkeit fordern. Sie wird zunehmend zu einem gefährlichen Selbstbetrug und „schwärmerischen Antirassismus“, wenn man sie loslöst von dem in einer Gesellschaft real dominierenden Verhältnis zu propagierten bzw. geltenden Werten und Normen. Die Ausbreitung zweck-rationaler Strukturen und Orientierungen erzeugt einen „Verbrauch“ von Traditionen, eingelebten Gewohnheiten und Bindungen an soziale Normen, so daß letztlich nur noch die utilitaristisch-kalkula-

torische Orientierung übrigbleibt: Nicht die Frage des Sinns von Toleranz ist dann entscheidend, sondern ob man sich Toleranz „leisten“ kann. Toleranzforderungen müssen deshalb zunehmend wirkungslos verhallen, wenn es „darauf ankommt“, wenn also die Befürchtungen von Desintegration und Statusverlust drohen – und zwar unabhängig vom jeweiligen Status und Bildungsgrad.

b) *Aktivitäten der staatlichen Institutionen*

Die zweite Aktionslinie wird von den staatlichen Institutionen entlang der politischen Umdeutungs-Eckpfeiler betrieben, in deren Mittelpunkt die Reduzierung der *Prozeßgröße* „Rechtsextremismus“ in eine sicherheitspolitische Frage steht.

Dabei ist es besonders nützlich, wenn die Entwicklung von fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Gewalt im Lichte einer *Steuerungsthese* gedeutet wird. Gewalt wird auf klar definierte Gruppen eingeengt und wieder von Entstehungszusammenhängen und vom Sympathisantenpotential abgetrennt. Danach genügt eine Aufrüstung von Verfassungsschutz und Polizei, um die Kernzellen auszuheben. Der Rechtsextremismus wird dann reduziert auf ein *technisches* Problem. Dies ist eine gefährliche Tendenz, weil der Interaktionscharakter von Gewalt einfach ausgeblendet wird, d. h., bei Gewaltprozessen lernen die Konfliktparteien bekanntlich voneinander, wenn nicht die *Motive* von Gewalt ausgetrocknet werden. Dieses Vorhaben ist aber im Lichte der Steuerungs-These gar kein Thema. Deshalb ist es auch nicht sonderlich überraschend, daß ein Ausbau des Verfassungsschutzes erwogen wird, der eine Ausdehnung in das alltägliche gesellschaftliche Vorfeld bedeuten müßte. Eine solche Verstärkung geheimdienstartiger Beobachtungen innergesellschaftlicher Aufgaben führt aber zu einer „*Zerschützung*“ von *Demokratie*. Sozialforschung muß öffentlich betrieben und öffentlich diskutiert werden.

Wesentlich angemessener ist die Analyse der Entwicklung unter einer *Eruptionsthese*. Sie ist viel brisanter, weil Gewalt nicht eingegrenzt wird auf Mitgliedschaften, sondern zur Kenntnis nimmt, daß viele Aktivitäten beliebig sowie z. T. ohne Vorwarnung aufgrund eines hohen alltäglichen Gewaltniveaus aufbrechen und *dann* politisch instrumentalisiert werden. Um die Eigenlogiken aufzudecken, bedarf es noch großer Anstrengungen, aber dazu gibt es kein sonderliches öffentliches Interesse, weil dann die Aufmerksamkeit wieder auf Gewaltentstehung im gesellschaftlichen Alltag gerichtet werden müßte. Die Anlage des Berichtes

¹⁹ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Wolfgang Kowalsky in diesem Heft.

der Gewalt-Kommission der Bundesregierung²⁰ zeigte schon vor Jahren die Richtung an. Von Interesse waren die Gewalt gegen den Staat und *machtvolle* Institutionen, uninteressant dagegen die Gewalt gegen *machtlose* und weitgehend *rechtlose* einzelne Menschen, die Fremden²¹.

Zur Abschirmung eines solchen Vorgehens soll auch mit der Neubelebung der Verbotsdiskussion durch den Bundesinnenminister eine Handlungsfähigkeit als Fassade aufgebaut werden, hinter der sich keinerlei Gewinn für die Bewältigung der Probleme verbirgt. Nachvollziehbar sind solche Ankündigungen bestenfalls als Signale ans Ausland und an die Fremden in diesem Land. Ob eine „Verunsicherung“ der entsprechenden Gruppen erzeugt werden kann, hängt von deren Selbstdefinition und der Annahme über eigenen Rückhalt in der Bevölkerung ab. Verunsicherungsmaßnahmen müssen jedoch skeptisch beurteilt werden, weil sich u. a. auch „Elite“-Verständnisse herausgebildet haben und die Sympathien in der Bevölkerung ja nach wie vor gegeben sind.

Alle historischen Erfahrungen zeigen, daß ein Verbot nicht oder nicht in der gewünschten Weise durchsetzbar ist. Auch setzen sich staatliche Gesetze und Normen bekanntlich nicht im Selbstlauf durch. Es kommt zu kontraproduktiven Wirkungen, denn die Parteien werden untertauchen oder die Justiz als Bühne benutzen. Zudem zeitigen Verbote nur bei hochkomplexen Institutionen mit

20 Vgl. Hans-Dieter Schwind/Jürgen Baumann u. a. (Hrsg.), Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt, Bd. I-IV, Berlin 1990.

21 Zur Kritik an den Ergebnissen der Gewaltkommission: Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und die Entpolitisierung von Gewalt, in: Peter-Alexis Albrecht/Otto Backes (Hrsg.), Verdeckte Gewalt, Frankfurt am Main 1990, S. 151-173.

komplizierten Kommunikationsstrukturen eine Wirkung, nicht jedoch bei Kleingruppen, die schon die neuen Aufnäher und Embleme vorbereitet haben. Außerdem können die in diesem Zusammenhang besonders wichtigen *informellen Gruppen* gar nicht verboten werden. Darüber hinaus werden mit Verboten einzelner Parteien vor allem die sogenannten „Republikaner“ entlastet und koalitionsfähiger gemacht.

VI. Schlußbemerkungen

Wenn es in der ersten Aktivitätslinie nicht gelingt, die Umdeutungsversuche des Phänomens fremdenfeindlicher und gewaltakzeptierender Verhaltensweisen und rechtsextremistischer Gruppierungen zu einem Randphänomen oder zu einem technisch zu regelnden Sicherheitsproblem zu stoppen und statt dessen die Aufmerksamkeit auf sozial, beruflich und politisch desintegrierende Grundmechanismen der hochindustrialisierten Gesellschaft zu lenken, dann werden sich riesige Probleme abzeichnen.

In der zweiten Aktivitätslinie sind die Demonstrationen staatlicher Handlungsfähigkeit als Signal für die Fremden, als Symbol für das Ausland und zur eigenen Selbststärkung nicht gering einzuschätzen. Die zentrale Frage aber bleibt, was sich dadurch im *Alltag* von sozialen Beziehungen und Lebenszusammenhängen sowie in gesellschaftlichen Institutionen ändert. Es ist zu befürchten, daß alles weiter geht wie bisher. Aber ohne die Ursachen zu bekämpfen, wird sich Gewalt immer neue Wege und neue Opfer suchen.

Rechtsextremismus und Anti-Rechtsextremismus in der modernen Industriegesellschaft

I. Vorbemerkungen

Die westlichen Industriegesellschaften sind seit dem Ausbruch der wirtschaftlichen Krise 1973/74 von rasanten gesellschaftlichen Umbrüchen erfaßt worden, die durch den Zusammenbruch des Realsozialismus noch beschleunigt wurden. Krisenzeiten sind Zeiten des Umdenkens, da sie Gewißheiten in Frage stellen. Wer glaubte, der rechts-extreme Wahlerfolg im Frühjahr 1989 in Berlin, bei dem die „Republikaner“ entgegen allen Erwartungen den Sprung ins Abgeordnetenhaus schafften, bleibe etwas Kurzlebiges, sei ein vorübergehendes Phänomen¹, dem dürften mittlerweile Zweifel kommen. Nicht wenige Rechtsextremismus-Forscher gehen inzwischen davon aus, daß eine Periode rechtsextremer Renaissance angebrochen sei, und zwar nicht allein in Deutschland, sondern in den meisten europäischen Ländern. Demnach wäre Rechtsextremismus² keineswegs ein Anachronismus, ein Relikt der NS-Zeit, sondern ein Phänomen der Moderne, das aus dem Kern hochentwickelter Industriegesellschaften erwächst.

Ein Blick nach Frankreich legt die Vermutung nahe, daß die rechtsextremen Parteien in Deutschland erst an ihrem Anfang stehen: In Frankreich wurde 1972 die Nationale Front um Jean-Marie Le Pen gegründet, und sie konnte bei den Europawahlen mit zehn Prozent der abgegebenen Stimmen ihren ersten großen Erfolg feiern. Die meisten Beobachter damals deuteten das Wahlergebnis als konjunkturelles Phänomen, als Welle im Auf und Ab rechtsextremer Strömungen. Doch

1 Vgl. Dieter Roth, Schneller Aufstieg und tiefer Fall, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37-38/90, S. 27-39.

2 Unter Rechtsextremismus soll im folgenden verstanden werden: 1. Mitgliedschaft in rechtsextremen Organisationen (inkl. Parteien), 2. Wahl rechtsextremer Parteien, 3. rassistische bzw. rechtsextreme Einstellungs- oder Orientierungsmuster. Quer zu dieser Aufteilung stehen gesellschaftliche Protestbewegungen und insbesondere militante und paramilitärische Gruppierungen, die eine deutsche Besonderheit des Rechtsextremismus darstellen. Xenophobe Bestrebungen sind nur ein Aspekt des Rechtsextremismus, der in Deutschland besonders gewalttätig auftritt.

diese optimistische Prognose wurde seither von der Wirklichkeit widerlegt, denn die Partei Le Pen konnte sich ausbreiten und ihre Wahlergebnisse konsolidieren (1988: 14,6 Prozent). Sie ist zur mächtigsten rechtsextremen Partei in Europa avanciert und gibt für Nacheiferer ein Modell ab. So sehen auch viele deutsche Rechtsextremisten im französischen Beispiel den Weg ihrer Zukunft.

Das Augenmerk muß auf das Moderne an den heutigen Rechtsextremisten gerichtet werden, denn es waren keinesfalls antiquierte neonazistische Parolen, die die französischen Rechtsextremisten aus dem Sektierertum hinausführten und ihnen beträchtlichen Zulauf verschafften. Sie sprachen aktuelle Problemlagen an, die den anderen Parteien zu „heiß“ waren. Beim Aufgreifen dieser brachliegenden oder tabuisierten Themen konnten die Rechtsextremisten auf neurechte Vorarbeiten zurückgreifen. Unter Neuer Rechter wird hier eine intellektuelle Strömung insbesondere in Frankreich verstanden – Denkzirkel und Denkfabriken, die nach dem Mai 1968 ein Defizit der traditionellen Rechten auf vielerlei politischen Gebieten feststellten und davon ausgehend sich an die Theoriearbeit setzten. Dabei lasen sie vornehmlich linke Theoretiker (u. a. Antonio Gramscis Gefängnishefte) und zogen Lehren aus linken Aktionsformen, die im Mai 1968 Furore gemacht hatten.

Die Themenpalette, derer sich diese Theoriezirkel in Frankreich annahmen, ist denkbar breit: Nation/Nationale Identität, „Dritter Weg“, Kritik am „American Way of Life“, Europa, Dekadenz, Sittenverfall, Aids, Immigration, multikulturelle Gesellschaft, Sicherheit und Kriminalität, Bevölkerungsentwicklung, Wohnungsnot usw. Die derzeit in Deutschland vieldiskutierten Problemkreise Asyl und Ausländer sind Bruchstücke ihres farbig schillernden Programmentwurfs, der weiter ausbaufähig ist. Hinzugekommen ist in Deutschland das Thema Umwandlung der DM in ECU.

Neuartig und beunruhigend an den jüngsten Entwicklungen in Deutschland ist die Herausbildung einer rechtsextremen Jugendszene, denn bislang war die rechtsextreme Szene von alten Männern, von Ewiggestrigen beherrscht. Neu ist auch der

Versuch, die politisch-konzeptionelle Bildungsarbeit, die Theoriearbeit und generell eine Intellektualisierung der Rechten voranzutreiben. Ob diese Bestrebungen von parteiförmigem Erfolg gekrönt sein werden, hängt davon ab, ob die Rechtsextremisten in der Lage sein werden, Visionen zu entwerfen. Insgesamt ist eine Neustrukturierung der rechtsextremen Szene zu beobachten, verbunden mit einer Neustrukturierung des Jugendmilieus: Jugendliche und Jugendgruppen instrumentalisieren nazistische Elemente zum Ausleben von Gewaltphantasien und Aggressivität. Die bisherige Entwicklung in Deutschland deutet darauf hin, daß sich der Rechtsextremismus über den Weg einer außerparlamentarischen Protestbewegung etabliert.

Rechtsextremismus, dies läßt sich festhalten, ist ein Produkt der Moderne und kein Überbleibsel aus der Epoche des historischen Faschismus. Die meisten Strategien gegen den Rechtsextremismus behandeln diesen jedoch als Wurmfortsatz der NS-Zeit. Daher ist es nicht verwunderlich, daß sie sich, wie ein Blick nach Frankreich zeigt, als verfehlt, wirkungslos oder sogar kontraproduktiv erwiesen haben. Einem weiteren Aufstieg der extremen Rechten steht auch in Deutschland wenig im Wege, sowohl im gedanklichen als auch im Handlungsspektrum. Eine Revision anti-rechtsextremer Denkmuster und Aktionsformen wäre dringend angebracht, sowohl um Denkblockaden zu überwinden als auch um verfehltete Aktionsformen, die die eigenen Intentionen konterkarieren, aus dem Repertoire zu entfernen. Viele Theoretiker und Praktiker übersehen, daß das – politische – Handeln nicht nur beabsichtigte Folgen, sondern auch unerwünschte Nebenwirkungen hat. Diese nichtintendierten Folgen haben oft einen ebenso großen, manchmal größeren, jedenfalls unterschätzten Stellenwert.

Kollektive Konstruktionen lassen sich aufgrund einer Unschärfe von Sozialwissenschaft nur schwer beschreiben. Diese Unschärfe geht nicht auf methodische Fahrlässigkeit zurück, sondern ist ein Merkmal der sozialen Realität. Mentalitäten, Denkmuster, aber auch Aktionsformen lassen sich nicht exakt voneinander abgrenzen und dennoch ist unstrittig, daß sie real existieren. Wenn hier von Strategien gesprochen wird, handelt es sich im Grunde genommen um einen Euphemismus, denn die im folgenden analysierten Bekämpfungsvorschläge ergeben noch keine Strategie. Da aber diese Maßnahmen als Strategie, zumindest als Strategieersatz fungieren, soll der Begriff trotzdem beibehalten werden.

Im vorliegenden Beitrag geht es darum, eine gängige *linke Strategie auf den Prüfstand* zu stellen. Dieses Verfahren mag wenig konstruktiv erscheinen, doch die Freilegung von Denkblockaden ist ein notwendiger Schritt auf dem Weg zu neuen Konstruktionen und daher langfristig konstruktiver als ein schnelles Kurieren an Oberflächensymptomen, das auf der irrigen Annahme beruht, auf tiefgehende Analyse könne verzichtet werden. An Analysen der Ursachen des Rechtsextremismus herrscht kein Mangel³. Aus den Erklärungshypothesen leiten einige Forscher und Wissenschaftler Bekämpfungsstrategien ab oder legen sie zumindest durch monokausale Ursachenbefunde nahe. Wichtige Gegenmaßnahmen sollen hier kurz erörtert werden. Die ausgewählten Strategiemuster existieren nicht in Reinform. Trotzdem erscheint es aus analytischen Gründen sinnvoll, einzelne Aspekte zu betrachten, obwohl sie in Wirklichkeit ineinander verschlungen sind. Nur so ist die ihnen eigentümliche Logik herauszuarbeiten. Entgegen dem Anschein, der durch die Aufzählung von acht Strategiekomponenten erweckt werden könnte, handelt es sich nicht um einander ausschließende Alternativen, sondern um Kombinationen. Die Nähe zu einer Strategiefacette bedeutet nicht notwendig Distanz zu einer anderen. Wie bei einem gedrehten Kaleidoskop entstehen aus denselben Elementen verschiedene Gesamtkonfigurationen. Die Kritik soll Anstoß geben zur notwendigen Auseinandersetzung mit Versäumnissen und Mythen.

Folgende Fragen leiteten die Analyse: Von welchen Prämissen gehen die Gegenmaßnahmen aus? Welche Ursachenzuschreibung läßt sich ihnen zuordnen? Welche Konsequenzen ergeben sich aus ihnen? Reichen die vorgeschlagenen Strategien an die Wurzel des Phänomens oder kurieren sie bloß Symptome? Wird ihre Effektivität nur behauptet oder bewiesen?

Diese Fragen können im Rahmen eines Zeitschriftenbeitrages nur ansatzweise beantwortet werden. Die folgenden Ausführungen haben daher eher den Charakter einer vorläufigen Skizze denn eines endgültigen Tableaus.

3 Vgl. Richard Stöss, *Die extreme Rechte in der Bundesrepublik*, Opladen 1989; ders., *Die Republikaner*, Köln 1990; Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik*, 2 Bände, Opladen 1984; Franz Greß/Hans-Gerd Jaschke/Klaus Schönekas, *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa*, Opladen 1990; Hans-Gerd Jaschke, *Die „Republikaner“*, Bonn 1990; Nonna Meyer/Pascal Perrineau, *Le Front National à découvert*, Paris 1989; Thomas Assheuer/Hans Sarkowicz, *Rechtsradikale in Deutschland*, München 1990; Claus Leggewie, *Die Republikaner*, Berlin 1990.

Betrachten wir – notgedrungen schematisiert – die einzelnen Facetten der Bekämpfungsstrategien genauer⁴:

II. Anti-Rechtsextremismusstrategien der Linken auf dem Prüfstand

1. Zur Antifaschismusstrategie

Die traditionsreichste Strategie zur Bekämpfung rechtsextremer Bestrebungen ist die Antifaschismusstrategie, die von einer Wesensgleichheit bzw. einer Wesensverwandtschaft des historischen Faschismus mit rechtsextremen Organisationen ausgeht. Vertreten wurde bzw. wird sie u. a. von Reinhard Kühnl, Reinhard Opitz, Wolfgang Wippermann, Kurt Gossweiler, zahlreichen kommunistischen Parteien und Teilen der Jusos. Diese Bekämpfungsweise unterscheidet sich nicht grundlegend von der Antifaschismusstrategie der dreißiger Jahre⁵, selbst wenn die Anhänger dieser Position nicht müde werden, wortreich das Neue und

4 Vgl. ausführlicher: Wolfgang Kowalsky, Rechtsaußen... und die politischen Strategien der deutschen Linken, Berlin 1992. Das Buch hat wütende Reaktionen hervorgerufen. Der taz-Rezensent erhebt den Vorwurf, die positiven, zivilisierenden Wirkungen von Bürgerinitiativen und anderen sozialen Bewegungen blieben unberücksichtigt und damit sei das Thema verfehlt (die Tageszeitung vom 18. August 1992, S. 9). Der im Buch kritisierte Zeit-Korrespondent Joachim Fritz-Vannahme fühlt sich auf die Füße getreten (die Lektüre sei ein „Ärgernis“) und verdreht meine Aussagen ins Lächerliche (Daniel Cohn-Bendit und Claus Leggewie seien keine Linken... in: Die Zeit vom 11. September 1992, S. 22). Der Hauptvorwurf lautet, ich erkläre „den Aufstieg des Rechtsextremismus aus Defiziten“ der Linken (Detlev Claussen, „If you can't beat them, join them?“, in: Frankfurter Rundschau vom 19. September 1992, S. ZB 4), beziehungsweise ich würde behaupten, die „Unfähigkeit“ der Linken habe „rechtsradikale Organisationen unterstützt“ (Eberhard Seidel-Pielen).

Natürlich geht es nicht um „die Linke“, sondern um einige ihrer Repräsentanten. Weiterhin beansprucht das Buch keineswegs, eine wissenschaftliche Ursachenanalyse von Rechtsextremismus zu leisten, sondern es geht um die einer bestimmten anti-rechtsextremen Praxis unterlegten Begründungsmuster, also um das „kollektive Imaginäre“ linker Strategien, um vortheoretische Auffassungen. Diese Absicht erkennt Eberhard Seidel-Pielen, wenn er von einer Kritik an „linkem Basiswissen“ spricht. Schließlich meint Detlev Claussen, der Verfasser plädiert für „Eingemeindung“ von Rechtsextremisten und die Übernahme rechtsextremen Gedankengutes (join them), doch ein neurechter Rezensent versteht das Buch als Plädoyer, „rechte Positionen gesellschaftlich zu ächten und ihre bloße Existenz zu leugnen“ (Hans-Ulrich Kopp, Die verfehlten Strategien, in: Junge Freiheit vom Oktober 1992, S. 16). Die Zeitschrift „konkret“ (10/1992, S. 4) bezeichnet das Ganze als „völkischen Käse“.

Moderne ihrer Strategie herauszustreichen. Die Verfechter dieser Strategie versuchen, die Kontinuitätshypothese zu belegen, indem sie strukturelle und personelle Verbindungen von der Epoche des historischen Faschismus zur Jetztzeit aufspüren und nachzeichnen⁶. Im Grunde genommen wird dabei das Neuartige ausgeblendet, das Diskontinuierliche rechtsextremer Bewegungen zu rechtgestutzt und unterbewertet zugunsten der aufgezeigten Kontinuitäten. (Es sollte zu denken geben, daß ausgerechnet in den östlichen Bundesländern, wo Antifaschismus jahrzehntelang als Staatsdoktrin herrschte, rechtsextreme Denkmuster und Aktionsformen großen Zuspruch finden.) Das Augenmerk wird nicht auf die heutigen Rechtsextremisten gerichtet, sondern es wird kurzschlüssig eine Analogie zur NS-Zeit hergestellt und behauptet, die heutigen Rechtsextremisten wollten das NS-Regime wieder errichten, eventuell mit Modernisierungslack.

Die meisten Demonstrationen nach den xenophoben Ausschreitungen von Hoyerswerda im Herbst 1991 bzw. Rostock 1992 standen unter dem antifaschistischen Vorzeichen. Sowohl auf Spruchbändern als auch Flugblättern waren entsprechende Parolen zu lesen: „Stoppt die rassistisch-faschistischen Angriffe!“, „Gegen Rassismus und Faschismus“, „Gegen Nazi-Terror“, „Wehret den Anfängen“. Anspruchsvollere Vertreter dieser Strategie bemühten Bertolt Brecht und skandierten pathetisch: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“⁷ Den Slogans liegt die Grundannahme zugrunde, daß in der Bundesrepublik die Gefahr einer Wiederkehr des Faschismus akut sei. Die Ereignisse werden als Reminiszenzen der NS-Zeit wahrgenommen. Dabei wird umstandslos eine Kontinuitätslinie zu dieser Epoche gezogen und die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik in den Hintergrund gedrängt.

5 Die Kernsätze dieser Auffassung hat Georgi Dimitroff in seinem Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (2. August 1935) vertreten, in: Georgi Dimitroff, Ausgewählte Schriften 1933–1945, Köln 1976, S. 95–164.

6 So beispielsweise Margret Feit, Die „Neue Rechte“ in der Bundesrepublik, Frankfurt 1987.

7 Mit diesen kritischen Anmerkungen soll nicht der Sinn solcher Demonstrationen in Frage gestellt werden. Wie in Frankreich wenige Tage nach den Grabschändungen des jüdischen Friedhofs in Carpentras eine Demonstration mit Staatspräsident Mitterrand stattfand (14. Mai 1990), so hätte umgehend nach Hoyerswerda und nach Rostock eine nationale Demonstration mit prominenter Beteiligung in die Wege geleitet werden müssen und nicht erst am 8. November 1992. Ebenso wäre sofort eine Bundestagsdebatte fällig gewesen und nicht erst nach einjähriger Verzögerung.

Selbst kritische Analytiker bundesrepublikanischer Verhältnisse wie Jürgen Habermas gestehen dieser Republik zu, daß in ihr demokratische Verhältnisse herrschen, die eine ideelle und emotionale Verbundenheit aufweisen. Der Begriff Verfassungspatriotismus soll diese Verbundenheit mit dem demokratischen Gemeinwesen, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte herausgebildet hat, zum Ausdruck bringen. Zwar kann gegen diese optimistische Einschätzung eingewendet werden, daß die relativ junge demokratische Tradition noch keine Bewährungsproben überstehen mußte und daß die rechtsextreme Renaissance sich in nächster Zeit durchaus zu einer solchen Herausforderung auswachsen könnte. Aber niemand vermag den Ausgang einer Erschütterung der bundesrepublikanischen Gesellschaft von rechts außen vorauszusagen. Jedenfalls hat der rechtsextreme Protest wenig mit der historischen Hypothek des NS-Regimes zu tun. Wilhelm Heitmeyers Untersuchungen zufolge lehnen zahlreiche Jugendliche das NS-Regime ab und orientieren sich dennoch an rechtsextremen Vorstellungen⁸.

Über die Hilflosigkeit des traditionellen Antifaschismus und sein veraltetes Koordinatensystem ist bereits viel Tinte verschrieben worden⁹. Dennoch lebt er fort und von daher ist eine aktualisierte Fortschreibung der Kritik sinnvoll. Ein Antifaschismus, der sich in Warnungen vor „33“ und im Beschwören einer Wiederholungsgefahr der Geschichte erschöpft, führt geradewegs zu moralischer Selbstgerechtigkeit und zur Inszenierung von Betroffenheitsritualen, die auf Jugendliche eher demotivierend wirken und nicht geeignet sind, ein Nachdenken zu initiieren. Wenn „antifaschistische“ Pädagogen Antworten präsentieren, die nicht die Fragen der angesprochenen Jugendlichen betreffen, dann ist durch ein solches Vorgehen genausowenig gewonnen wie durch Dramatisierungen.

Die oftmals kritisierte inflationäre Benutzung des Faschismus-Begriffs, seine gebetsmühlenartige Wiederholung und ein allgegenwärtiger Faschismus-Verdacht nutzen bestenfalls zur Diffamierung des politischen Gegners. Letztendlich tragen sie durch Banalisierung des historischen Faschismus zu dessen Verharmlosung bei. Sprüche wie „Nazis raus“ oder „Schlagt die Faschos, wo ihr sie trifft“, Begriffe wie „Mob“ (Frankfurter Aufruf) ebnen den Weg in Ausgrenzung bzw. Gewalt. Manche

meinen offenbar, gegen das autoritäre Verhalten von Rechtsextremisten sei durch ein ebenso autoritäres Gehabe von links anzukommen.

2. Zur Aufarbeitungsstrategie

Eine andere Strategiefacette besteht in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, die zu einer Daueraufgabe hochstilisiert wird, die dem Rechtsextremismus den Boden entzöge. Plädiert wird für eine permanente Geschichtslektion über die NS-Zeit und diese Forderung wie ein Gebot behandelt, gegen das nicht verstoßen werden dürfe. Zwei Lager stehen sich hier gegenüber: Das linke klagt über eine versäumte bzw. mangelhafte Aufarbeitung der Vergangenheit (Ralph Giordano, Alexander und Margarete Mitscherlich u. a.), das rechte fordert schlicht und einfach einen Schlußstrich. Seriöse Studien, die die eine oder andere These belegen, liegen bislang nicht vor.

Die Auseinandersetzung ist folgerichtig ausgeartet zu einem Streit zweier Glaubensbekenntnisse, über die sich jedoch bekanntlich schlecht diskutieren läßt. Jedenfalls läßt sich nicht leugnen, daß es gerade seit den Anstößen, die von der achtundsechziger Studentenbewegung ausgingen, eine Reihe positiver Ansätze zur Aufarbeitung der Vergangenheit gegeben hat. Die Vorstellung aber, daß Vergangenheit jemals vollständig aufgearbeitet werden könnte – ein Maßstab, den das eine Lager zur Richtschnur erhoben hat – ist realitätsfremd.

Die These der fehlenden Aufarbeitung der Vergangenheit ist weder neu noch originell. Sie wiederholt nur in einem radikalen moralischen Gestus das, was seit den fünfziger Jahren immer wieder behauptet wurde¹⁰. Die NS-Vergangenheit werde verleugnet und verdrängt, es herrsche ein großes oder kollektives Schweigen, die Aufarbeitung liege im argen. Die stete, geradezu obsessive Wiederholung solcher Pauschalurteile bestätigt noch nicht ihren Wahrheitsgehalt. Um die Diskussion zu versachlichen, wäre es hilfreich, Kriterien für eine erfolgreiche Aufarbeitung aufzustellen und anzulegen. Bislang existieren solche konsensfähigen Beurteilungsmaßstäbe nicht, und daher bleibt die Frage der Aufarbeitung ein Tummelplatz für selbstgerechtes Moralisieren und für politische Instrumentalisierungen.

Als Grund für das Erstarken des Rechtsextremismus wird von Ralph Giordano, Lea Rosh u. a. angeführt, es habe keine wirkliche Aufarbeitung der

8 Vgl. auch den Beitrag von Wilhelm Heitmeyer in diesem Heft.

9 Vgl. Wolfgang Fritz Haug, *Der hilflose Antifaschismus*, Frankfurt 1967, bzw. ders., *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt*, Berlin 1987.

10 Vgl. Peter Dudek, „Vergangenheitsbewältigung“. Zur Problematik eines umstrittenen Begriffs, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B1-2/92, S. 44-53.

NS-Zeit gegeben. Damit ist das Gegenrezept, nämlich die verstärkte Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, umrissen. Doch eine intensivere Beschäftigung mit der Nazi-Zeit kann eine Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten von heute nicht ersetzen. Eine Erfolgsbedingung für rechtsextreme Parteien von heute besteht darin, daß sie sich von der diskreditierten NS-Vergangenheit permanent distanzieren. Unterließ eine rechtsextreme Partei diese Abgrenzung, so fiel sie stets in der Wählergunst.

Zwischen dem Verhältnis der Deutschen zu ihrer Vergangenheit und dem Terror gegen Ausländer besteht ein Zusammenhang, aber es kommt darauf an, wie dieser formuliert wird. Einige behaupten, wenn wir genug für die Aufarbeitung des Holocaust getan hätten, gäbe es keine Gewalt gegen Ausländer. Die historisierende Pädagogik erscheint in dieser holzschnittartigen Formulierung als Wundermittel zur Herstellung einer friedlichen Gesellschaft. Jede einzelne Gewalttat liefert dann einen neuen Beweis, daß diese Pädagogik gescheitert ist. Der starre Blick auf zwölf Jahre NS-Zeit bewirkt, daß die Verarbeitung der Vergangenheit und die Anmahnung der Erinnerung zu einer vornehmen Aufgabe der Linken werden. Damit läuft sie Gefahr, die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft dem Gegner zu überlassen.

3. Zur Repressionsstrategie

Als Repressionsstrategie sei die Forderung bezeichnet, die rechtsextremen Parteien zu verbieten und deren Mitgliedern Berufsverbot zu erteilen. Das Verbot soll dazu dienen, „neofaschistischen“ Organisationen das Wasser abzugraben und die Ausbreitung „neofaschistischer Ideologie“ zu verhindern. Zu Vertretern dieser Position können einige Grüne, Siegfried Jäger, der „Bund der Antifaschisten“ (VVN) u. a. gezählt werden.

Dagegen ist einzuwenden, daß Verbote in der Regel kein geeignetes Mittel der Auseinandersetzung sind. Ein Verbot würde bloß bewirken, daß die Rechtsextremisten in die Illegalität oder in Tarnorganisationen abwandern, die sich bereithalten und in einem günstigen Augenblick erneut ans Tageslicht treten würden. Staatliche Repression birgt das Risiko, Tendenzen zur Ghettoisierung und halbgeheimen Organisationsbildung zu stärken. Wenn eine rechtsextreme Partei in den Untergrund abgedrängt wird, ist das Risiko groß, daß sich eine Sekten- und Wagenburgmentalität ausbreitet mit einem Syndrom wie Verfolgungswahn. Auch bestünde die Gefahr, ungewollt Märtyrer zu erzeugen. Nicht zuletzt würde den demokratischen

Instanzen der Überblick und die Kontrolle erschwert. Insbesondere gegenüber desorientierten Jugendlichen ist es fragwürdig, ob diese Stigmatisierung der geeignete Weg ist, sie vor dem Abgleiten in die rechtsextreme Szene zu bewahren, oder ob sie dadurch nicht erst recht in rechtsextreme Verhaltensmuster hineingepreßt werden. Fatalerweise wird jeder Krawall in die Schublade „Rechtsextremismus“ gepackt.

Da die Vertreter der Repressionsstrategie oftmals dieselben sind, die vor noch nicht allzu langer Zeit gegen Berufsverbote für Linke auftraten, ist es inkonsequent, daß sie hier einen anderen Maßstab anlegen. Gesellschaftliche Ächtung und Berufsverbot werden als geeignete Mittel der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten propagiert. Es wird ignoriert, daß sie gesellschaftliche Desintegrations- und Polarisierungsprozesse fördern. Auch für Rechtsextremisten muß gelten, daß die Auseinandersetzung auf politischer Ebene zu erfolgen hat und nicht mit administrativen Mitteln, die letztlich doch zum Scheitern verurteilt sind, wie es die Entwicklung in der DDR gezeigt hat.

Diese Leitlinie einer vornehmlich politischen Auseinandersetzung stößt dort an Grenzen, wo rechtsextremistische Gewalttäter den Rechtsstaat herausfordern, wie es in Hoyerswerda, Rostock oder im schleswig-holsteinischen Mölln und anderswo der Fall war. Dort ist ein entschiedenes Eingreifen staatlicher Kräfte (Generalbundesanwalt, Bundeskriminalamt etc.) erforderlich und, wie sich im Kampf gegen die RAF gezeigt hat, durchaus möglich. Die Bedrohung, die von Rechtsaußen ausgeht, ist größer als die Gefährdung durch die RAF jemals war. Für ausländerfeindliche Ausschreitungen darf es keinerlei Entschuldigungen geben: weder mit dem Verweis auf mangelnde Erfahrung mit Fremden, schlechte Lebensverhältnisse und Massenarbeitslosigkeit noch mit der Aufzählung sonstiger soziostruktureller Ursachen kann hier für mildernde Umstände plädiert werden. Gegenüber der Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten ist sowohl zivilbürgerliches Eingreifen als auch das konsequente Vorgehen des Rechtsstaates gefordert. In der Bundesrepublik muß der Rechtsstaat in dieser Hinsicht rigoros sein als in anderen Ländern, damit der Eindruck einer heimlichen oder offenen Duldung oder sogar Komplizenschaft nicht aufkommt. Zudem ermutigt jede Schwäche die Gewalttäter.

Einige Autonome rechtfertigen linke Gegengewalt und verdrängen, daß diese Aufweichung des staatlichen Gewaltmonopols auf die Einführung von Bürgerwehren hinauslaufen kann und damit auf

Selbst- und in letzter Instanz auf Lynchjustiz. Gewalt nützt stets dem Rechtsextremismus, dem es so gelänge, seine Gegner auf sein ureigenes Terrain zu ziehen. Es sollte zu denken geben, daß Gewaltakzeptanz und Gewaltanwendung neben der Ideologie der Ungleichheit Kernbestandteil rechts-extremer Orientierungen sind, wie Wilhelm Heitmeyer herausgearbeitet hat. In diesem Zusammenhang müßte die Linke ihren überhöhten Anspruch, für die Abwehr des gesellschaftlichen Notstands zuständig zu sein, aufgeben und ein unverkrampftes Verhältnis zum Rechtsstaat und zur Rechtsstaatlichkeit entwickeln, damit sie die Zuständigkeit ruhigen Gewissens an eben diesen Rechtsstaat und seine Instanzen abtreten und das staatliche Gewaltmonopol akzeptieren kann. Der größte Feind der zivilisierten Gesellschaft ist deren Militarisierung.

4. Zur Psycho- bzw. Ausgrenzungsstrategie

Eine weitere Strategiefacetten ist die psychologische bzw. Ausgrenzungsstrategie. Die Verfechter dieser Position spüren autoritäre, um nicht gleich zu sagen: faschistoide Charakterstrukturen bei „den“ Deutschen auf und sehen damit die allgegenwärtige Gefahr einer Wiederkehr des Faschismus, die es zu verhindern gelte¹¹. Unter Ausgrenzungsstrategie fällt die Praxis vieler linker Jugendzentren, Jugendliche, die für Rechtsextremismus anfällig sind, vor der Tür zu halten („Nazifreie“ Jugendclubs), statt sie in ihre Arbeit einzubeziehen¹².

Ausgangspunkt persönlichkeitsorientierter Erklärungsmuster bilden Arbeiten von Erich Fromm, Wilhelm Reich und Theodor W. Adorno. In verschiedenen Studien über Autorität und Familie wurden masochistische, aggressiv-sadistische oder sadomasochistische Veranlagungen nachgewiesen, die autoritätssüchtig machen. An seriöse

11 Vgl. Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien*, Darmstadt 1989, S. 76–80.

12 Kritikern, die diese Position als generelle „Eingemeindung“ (Claussen) mißverstehen, sei entgegengehalten, daß Ausgrenzung schnell kontraproduktiv wird: Viele der desorientierten rechtsextremen Jugendlichen, gerade in den östlichen Bundesländern, waren nie integriert, und es gilt in der Tat, ihr Denken und Handeln im demokratischen Gemeinwesen zu verankern und die Brücke zur Gewaltanwendung zu kappen. Diesem übergreifenden Ziel müssen ideologische Aversionen untergeordnet werden. Statt die integrative und prophylaktische Arbeit von Streetworkern, Jugendarbeitern, Jugendrichtern etc. leichtfertig abzuqualifizieren, sollte ihnen Respekt gezollt werden, um so mehr, als sie selber vielleicht linken Überzeugungen anhängen und es ihnen nicht leicht fällt, ausgerechnet mit rechtsextremen Jugendlichen zusammenzuarbeiten.

Studien knüpfen sozialpsychologisch angehauchte Aktualisierungen und zahllose Vulgarisierungen an. Die genannten Autoren selbst hüten sich zwar, aus ihren Analysen geradlinig Therapien abzuleiten, und warnen davor, aber es geschieht dennoch. Und diesen Therapien, die in ihre Theorie hineininterpretiert werden, verdanken sie ihre Beliebtheit bei vielen Gegnern des Rechtsextremismus.

Hinter solchen undifferenzierten Therapievor-schlägen steht die Vermutung, die Deutschen seien faschistoid und hätten seit jeher eine Veranlagung zu autoritärer Führung, Militarismus, Rassenhaß, Verfolgung von Minderheiten – mit anderen Worten: dem deutschen Nationalcharakter seien böse, gefährliche Züge eigen. Gegen solche Neigungen ist nach dieser Logik nur mit psychoanalytischen oder -therapeutischen Methoden anzukommen. Sowohl die therapeutische als auch die pädagogische Praxis unterstellt den Rechtsextremisten psychische Defekte, die es zu beheben gelte. Schärfere Vertreter dieser Linie plädieren für gesellschaftliche Ächtung, Berufsverbot und Gegengewalt gegen rechtsextreme Gewalt.

Dabei wird übersehen, daß „Fascho-Sprüche“ noch nichts mit Rassismus und Neofaschismus zu tun haben müssen, sondern gerade bei Jugendlichen oftmals einen mit Orientierungslosigkeit verbundenen verklausulierten Protest darstellen. Zu überzeugtem neonazistischem Handeln wird diese hilflose Protestform vielfach erst nach längeren Phasen der Etikettierung und Stigmatisierung als Neonazis, also nach der Ausgrenzung durch antifaschistische Pädagogen, durch überengagierte Sozialarbeiter, durch moralisierende Lehrer. Das eilige Anheften des Etiketts Neonazi hat zudem häufig den unerwünschten Nebeneffekt einer Stärkung der so bezeichneten Jugendlichen, die den Schrecken spüren, den dieser Titel Erwachsenen einjagt, sowie einer Banalisierung des historischen Faschismus. Die Jugendlichen oder Jugendgruppen werden im Rahmen der Ausgrenzungsstrategie vorschnell zu Problemgruppen gestempelt: Viele Jugend- und Sozialarbeiter bringen den Schwierigkeiten, die diese Jugendlichen haben, weniger Aufmerksamkeit entgegen als den von ihnen verursachten Problemen.

In den Themenbereich „Ausgrenzung“ gehört auch die Vorstellung, Rechtsextremismus sei eine Art Krankheit moderner Gesellschaften. Die häufig verwendeten Metaphern „Bazillus“ oder „Virus“ legen nahe, daß es sich um eine ansteckende Krankheit handelt, vor der die anständigen Jugendlichen, die anständigen Gewerkschaftsmitglie-

der¹³, die anständigen Demokraten geschützt werden müßten. Dieses Bild einer Krankheit ist trügerisch, da es im Fall des Rechtsextremismus – im Gegensatz zu ansteckenden Krankheiten wie Grippe – weder einen immunisierenden Impfstoff, noch einen unumstrittenen Heilungsplan und Erkenntnisse über die Dauer des Phänomens, sondern nur Placebos gibt. Im Unterschied zu beispielsweise einem Fieberanfall kann die rechtsextreme „Pathologie“, das rechtsextreme „Leiden“, eine Gesellschaft auf Jahre oder Jahrzehnte befallen, muß also nicht vorübergehender Natur sein.

Es wäre nun allerdings abwegig, Sozialarbeitern, Lehrern, Erziehern usw. aufgrund der unangemessenen Behandlung des komplexen Problems Böswilligkeit zu unterstellen, sind sie doch in mehrfacher Hinsicht überfordert: Sie sind mit den krasen Widersprüchen der sozialen Welt, mit Revolte, Protest, Hoffnungslosigkeit und Leiden jeglicher Art konfrontiert, mit sozialem Sprengstoff, mit sinnlos erscheinendem Vandalismus, den die moderne Staatsnoblesse, die Ministerialbürokratie und die Finanzwelt zu ignorieren vorziehen¹⁴. Der Staat zieht sich durch Kürzung oder Streichung von Mitteln aus ganzen Bereichen des sozialen Lebens zurück: weil die moderne Staatsnoblesse sich der Verantwortung entzieht und den Preis nicht länger zahlen will. Damit werden öffentlicher Wohnungsbau, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Bibliotheken einer schleichenden Auszehrung überlassen. Eine Vernachlässigung der sozialen Infrastruktur und sozialstaatlicher Errungenschaften bildet eine soziostrukturelle Triebkraft von Rechtsextremismus.

5. Aufklärungsstrategie

Die Forderung nach mehr Aufklärung über die Nazi-Zeit in der Schule, in der politischen Bildung und einer interessierten Öffentlichkeit wird als ein weiteres Bekämpfungsmuster propagiert, und zwar nicht nur von linker Seite. Die Protagonisten gehen davon aus, daß mit einer besseren Aufklärung dem Rechtsextremismus der Boden entzogen werden kann. Aufklärung soll ein Bollwerk gegen rechtsextremistische Versuchungen darstellen. Kann ein Neuaufkommen rechtsextremer Gruppierungen tatsächlich mit verstärkten Bestrebun-

gen zur Aufarbeitung der NS-Zeit verhindert werden, mit vermehrten Auschwitz-Pflichtbesuchen, mit ritualisierter, dogmatischer Aufklärung?

Volkspädagogische Aufrufe und einseitig verkürzte Ideologie-Kritik sollen die richtige, sprich: antifaschistische Moral hervorbringen. Im Vordergrund steht die Entlarvung rechtsextremen Gedankenguts. Mit viel Eifer werden Aussagen zweitrangiger Funktionäre oder Zitate aus rechtsextremen Postillen gesammelt, um die Verwandtschaft mit Nazi-Ideen zu belegen. Es wird davon ausgegangen, daß solche Aufklärung einen Immunisierungseffekt haben könnte. Tatsächlich vermag sie jedoch gegen aktuelle rechtsextreme Bestrebungen wenig auszurichten. Notwendig ist vielmehr eine direkte Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Programmen, Organisationen, Vorstellungen, die auf einer genauen Kenntnis beruhen müssen, um die Angesprochenen in die Lage zu versetzen, argumentativ gegen die rechtsextremen Vorstellungen anzutreten.

In diesem Kontext sind die Vorarbeiten, die die Neue Rechte liefert, von hohem Interesse: In Frankreich, wo sich die mächtigste rechtsextreme Partei Europas, die Nationale Front, seit fast einem Jahrzehnt etabliert hat, verdanken die Rechtsextremisten ihren Aufstieg nicht zuletzt den neurechten Vordenkern und Clubs (um den GRECE und den Club de l'Horloge¹⁵), die als rechtsintellektuelle Denkfabriken Themen bearbeitet und teilweise sogar für eine rechtsextreme Weiterverwendung aufbereitet haben. In Deutschland waren analoge Bestrebungen¹⁶ zwar bislang nicht von dem gewünschten Erfolg gekrönt, diese Erfolglosigkeit muß aber nicht alle Zeiten andauern.

Gegen Aufklärung wäre nichts einzuwenden, würde darunter nicht häufig ein Konglomerat aus Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und „aufklärendem“ oder „agitierendem“ Journalismus verstanden. Viele Vertreter einer Aufklärungsstrategie verstehen unter Aufklärung keineswegs den Kantschen Imperativ, sich seines Verstandes selber zu bedienen, sondern versuchen, die Jugendlichen mit arg gefärbter Berichterstattung bzw. moralisierenden Appellen auf eine bestimmte Orientierung einzuschwören, ihnen eine antifa-

13 Vgl. hierzu: Wilhelm Heitmeyer, Eine gewerkschaftliche Politik gegen den Rechtsextremismus findet nicht statt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, (1992) 10, S. 620–633.

14 Vgl. Pierre Bourdieu, Interview, in: Le Monde vom 14. Januar 1992, S. 2.

15 Beide Denkfabriken sind Pfeiler der Weiterbildungseinrichtung von Le Pens Nationaler Front (René Monzat, Enquêtes sur la droite extrême, Paris 1992, S. 226).

16 Vgl. neuere Ausgaben von Criticón und Junge Freiheit. Über letztere vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. November 1992, S. 35.

schistische Moral und Haltung einzutrichtern¹⁷. Gerade die Alt-Achtundsechziger wollen häufig nicht von einer beschwörenden, appellativ-moralisierenden Vorgehensweise, die sich auf Empörung und Denunziation beschränkt, lassen.

Viele Pädagogen und Sozialarbeiter, die die Umbruchszeit der Endsechziger miterlebt haben, arbeiten auf der Grundlage eines moralisierenden Antirassismus, einer fein säuberlichen Aufteilung in Gut und Böse, die sie nicht gefährdet sehen wollen. Von oben herab praktizieren sie Ausgrenzung. Eine wuchernde Betroffenheitsrhetorik ersetzt allzu oft Analyse und argumentatives Vorgehen. Dieses moralisierende Vorgehen ist aus religiösen Ritualen hinübergerettet worden. Eine schuldfertige Haltung, die für die Sünden der Elterngeneration büßen will, wirkt auf heutige Jugendliche nur noch peinlich oder abstoßend, vermag jedenfalls nicht zu überzeugen: „Je höher die Moralisierung, desto niedriger sind die Kommunikationschancen.“¹⁸ Die moralisierende Orientierung wirkt paradoxerweise ebenso desorientierend und verunsichernd wie die komplementäre Haltung der Laissez-faire-Pädagogik, die ein Wertevakuum entstehen läßt.

Neuere Studien zeigen: Die einfache Gleichung, daß Jugendliche resistenter gegenüber dem heutigen Rechtsextremismus sind, je mehr sie über den Holocaust wissen, geht nicht mehr auf. Rechtsextremes Denken und Handeln basiert nicht notwendigerweise auf Informationsdefiziten. Daher greift die Aufklärungsstrategie zu kurz und überbewertet zugleich den Stellenwert historischer Aufklärung. Darüber hinaus ist an der Erkenntnis nicht vorbeizukommen, daß Information und Aufklärung da an Grenzen stößt, wo sie an eingefleischte Gewohnheiten, Gefühle, festgefahrene Verhaltensweisen rütteln möchte. Aufklärung ist und bleibt zwar ein unentbehrlicher Bestandteil politischer Auseinandersetzung, doch ein Patentrezept gegen rechtsextremistische Gefahren ist damit nicht gefunden.

17 Vgl. ausführlicher: Wolfgang Kowalsky, *Moralisierender Antirassismus*, in: *Das Argument*, (1992) 195, S. 695–701. Als Beispiel für unhistorisches Moralisieren in der Asylproblematik läßt sich Ernst Tugendhats Artikel „Asyl: Gnade oder Menschenrecht?“ heranziehen. Tugendhat behauptet, der Artikel 16 des Grundgesetzes stehe „nur noch auf dem Papier“, die Position der SPD sei „verlogen“ und „grotesk“. Er beteiligte sich auch an der sterilen Lagerkontroverse und gesellt sich denen zu, die behaupten, die Bundesrepublik sei „fremdenfeindlich“. Vgl. Ernst Tugendhat, *Ethik und Politik*, Frankfurt 1992, S. 62 ff.

18 Interview mit Wilhelm Heitmeyer, *Die Gesellschaft löst sich auf*, in: *Die Zeit* vom 16. Oktober 1992, S. 4.

6. Zur Antikapitalismusstrategie

Ein weiterer Topos befürwortet eine grundsätzliche Bekämpfung rechtsextremer Bestrebungen und bezieht sich auf das Horkheimersche Motto, daß, wer vom Kapitalismus nicht reden will, auch vom Faschismus schweigen sollte. Den Vertretern dieser These¹⁹ geht es darum, das kapitalistische System und zugleich die westlichen Demokratien als faschismusträchtig zu diskreditieren. Es wird versucht, den Nutzen rechtsextremer Bewegungen für die „Bourgeoisie“ aufzuzeigen oder aber Querverbindungen zu konservativen, bürgerlichen Parteien auszumachen, um die Gleichung Schwarz gleich Braun zu belegen.

Ausgangspunkt der These, daß eigentlich der Kapitalismus abgeschafft gehöre, bilden Ausführungen von Georgi Dimitroff, seines Zeichens Generalsekretär der Kommunistischen Internationale, die insbesondere in der Faschismus-Forschung der DDR die Leitlinie bildeten. Aber auch westdeutsche Faschismus-Forscher wie Reinhard Kühnl behaupten, der Kapitalismus bereite die Massen ideologisch auf den Faschismus vor, er produziere autoritäre und irrationale Denkmuster und schaffe so eine faschismusträchtige Situation²⁰: Mit der Gefahr einer „Liquidierung der Demokratie von rechts“ müsse „gerechnet“ werden, solange die „sozioökonomischen Grundlagen“ des Faschismus „in den kapitalistischen Ländern“ weiter bestehen, „der Faschismus also noch aktuell ist“²¹. Der Sozialismus als Gegenentwurf zum Kapitalismus sei das Bollwerk gegen den Faschismus. Dieser plakative Ansatz wird heutzutage nur noch selten vertreten. Für die Forschung ist die Horkheimersche Formel unergiebig gewesen.

Die These von den Querverbindungen der Rechtsextremisten zu rechten, konservativen Kreisen macht letztere für die rechtsextremistischen Erfolge verantwortlich, zumindest mitverantwortlich und damit indirekt das kapitalistische System selbst. Sie hat damit viel von einer Schuldzuweisung. Sowohl der CDU/CSU als auch der FDP und SPD wird vorgeworfen, daß sie die Spielregeln der Rechtsextremisten akzeptierten, daß sie „mitspielen“ und sich so „schuldig“ machten. Hingewiesen wird von den Vertretern der Mitverantwortungstheese darauf, daß die Machtübernahme durch die Nazis nur durch konservative Hilfestellung möglich geworden ist. Geschlagen wird der Sack, nämlich die Rechtsextremisten, und gemeint wird der

19 Vgl. W. Wippermann (Anm. 11), S. 58–65.

20 Vgl. Reinhard Kühnl, *Faschismustheorien*. Ein Leitfa-den, aktualisierte Neuauflage, Heilbronn 1990, S. 250.

21 Ebd. S. 276 ff., 285.

Esel, nämlich die Rechte, das gesamte konservative Lager. Braun und Schwarz werden leichtfertig zusammengerührt und so wird ungewollt an der Realisierung einer self-fulfilling prophecy mitgewirkt, nämlich einem Zusammenrücken rechter und rechtsextremer Parteien, das bis zur Koalitionsbildung reichen kann.

Oft wird die Frage aufgeworfen, ob Rechtsextremismus eine Normalität oder eine Krankheit hochentwickelter Industriegesellschaften sei. Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter Klingemann prägten den Begriff „normale Pathologie“²², den Claus Leggewie zu „normalen Leiden“²³ eindeutschte. Durch diese Begriffsbildung wird das Einerseits-Andererseits überwunden und das Spannungsverhältnis Pathologie – Normalität zusammengehalten, d.h. beide Aspekte werden zusammengedacht. Rechtsextremismus hat etwas Pathologisches und ist zugleich ein Normalfall moderner Industriegesellschaften.

7. Zur Antirassismusstrategie

Unter Antirassismusstrategie subsumiere ich jene Ansätze, die in rassistischen Orientierungen den Kern rechtsextremen Denkens und Handelns sehen²⁴. Ihre Vertreter schlagen folgerichtig vor, vorrangig Fremdenhaß und Rassismus zu bekämpfen. Einige gehen so weit, den rassistischen Deutschen nicht-rassistische Ausländer gegenüberzustellen, einer geschlossenen nationalen Gesellschaft bzw. der Festung Europa ein multikulturelles, offenes, harmonisches Gemeinwesen.

Dieses manichäische Denken vereinfacht die komplexe Realität, die neben verklärten Ausländern und xenophoben Deutschen ebenso rassistische Ausländer und nicht-rassistische Deutsche aufweist. Kritik an Ausländern wird voreilig in die rassistische Ecke abgedrängt und zugleich in „appellativer Ausländerfreundlichkeit“ ein geschöntes Bild makelloser Ausländer transportiert. Das rassistische Klischee erscheint ins Negativ gewendet. Daniel Cohn-Bendit hat zu Recht darauf hingewiesen, daß gar nicht beabsichtigt ist, „daß alle Menschen die Ausländer lieben“, denn das wäre – um mit Hans Magnus Enzensberger zu sprechen – eine philisterhafte Scheinheiligkeit, ähnlich dem Philosemitismus im Nachkriegsdeutschland²⁵.

22 Nach: R. Stöss, Die extreme Rechte (Anm. 3), S. 9.

23 Vgl. C. Leggewie (Anm. 3), S. 129.

24 Christoph Butterwegge/Horst Isola, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bremen 1991, S. 21.

25 Vgl. den ausgezeichneten Essay von Hans Magnus Enzensberger, Die Große Wanderung, Frankfurt 1992, S. 53.

Ein Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Rassismus besteht ohne Zweifel, aber wie ist er zu bestimmen? Die Mehrzahl der Rechtsextremismus-Erklärungen nimmt Bezug auf Rassismus. Oft wird ein monokausaler Zusammenhang hergestellt und behauptet, der Rassismus entscheide über Erfolg und Scheitern des Rechtsextremismus. Genauso simpel wie die Erklärung ist dann die vorgeschlagene Abhilfe: Ausländerinnen und Ausländer müßten mehr Rechte bekommen, eingebürgert werden und mitbestimmen können²⁶. Doch auch in Ländern, in denen Einwanderer die Zivilbürgerrechte erkämpft haben, also eingebürgert sind, gibt es Rassismus. In der Anti-Rassismus-Strategie wird verdrängt, daß eine demokratische Republik Andersdenkende tolerieren muß und damit auch die Rechtsextremisten.

Ein neuerlicher Blick nach Frankreich ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich: Kann der spektakuläre Aufstieg der französischen „Nationalen Front“ auf einen Anstieg von Rassismus zurückgeführt werden? Ist es nicht vielmehr so, daß die „Nationale Front“ eine ganze Palette von gesellschaftlichen Problemen, darunter an vorderster Stelle die Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit Einwanderung auftreten, die Probleme derer, die mit Fremden Wohnhäuser, Arbeitsplätze, Schulen, Kindergärten, Spielplätze und soziale Hilfen teilen, aufgegriffen hat? Sie hat Themen, die durchaus heikel sind und deswegen – nicht nur – von linker Seite lieber beiseite geschoben und tabuisiert werden, auf spektakuläre Weise in die Öffentlichkeit gebracht.

Ein Beispiel für eine anti-rassistische Aktionsform sind Informationskampagnen über die Wohn- und Lebensbedingungen von asylsuchenden Flüchtlingen. Hinter solchen Programmen von Anti-Rassismus-Initiativen steht die Auffassung, daß derjenige, der über die Lebensbedingungen der Ausländer aufgeklärt wird, sich für diese einsetzt. Da aber hauptsächlich solche Menschen, die ohnehin davon überzeugt sind, daß für Ausländer etwas getan werden müsse, sich angesprochen fühlen, stellt sich die Frage, ob auf diese Weise der Rechtsextremismus bekämpfbar sei, erst gar nicht.

Generell müßte gefragt werden, ob es reicht, über Rechtsextremisten zu reden. Veranstaltungen über den Rechtsextremismus sind oft Foren politologischer und soziologischer Analyse, aber stets geschlossene Veranstaltungen von Nicht-Rechtsextremisten, die unter sich bleiben und nach einer

26 So Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus vor und nach der Wiedervereinigung, in: Ch. Butterwegge/H. Isola (Anm. 24), S. 21 ff.

bestimmten Dramaturgie diskutieren: Auf Ursachenanalysen folgen Kassandrarufer und die besorgte Frage nach dem Wie der Bekämpfung von Rechtsextremismus. Für die Verständigung von Wissenschaftlern mag dieses Vorgehen sinnvoll sein, aber bei öffentlichen Veranstaltungen sind Zweifel angebracht: Wenn eine Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Sympathisantenszene gesucht wird, müssen auch Vertreter rechtsextremer Positionen auf das Podium. Jugendliche Skinheads hören sich die Gegenargumente nur an, wenn einer von ihnen mit auf der Bühne sitzt.

Appellative Ausländerfreundlichkeit auch in Form von Pro-Ausländer-Kampagnen, wie beispielsweise der Plakataktion „Ich bin ein Ausländer“, erreicht nur die ohnehin Überzeugten, nicht jedoch diejenigen, um die es eigentlich gehen sollte. Auch die inflationäre Aufforderung, endlich Farbe zu bekennen, vermeidet im Grunde eine wirkliche Auseinandersetzung mit Fremdenhaß und dient nur dazu, die Fronten festzuklopfen. Xenophile Aufkleber wie „Alle Menschen sind Ausländer – fast überall“ oder „Jeder ist Ausländer. Oder verreisen Sie nie?“ werden offenbar in der Überzeugung ans Jackett geheftet, daß Bekenntnisse Mut machen und zumindest indirekt einem Argument gleichkämen.

Viele Vertreter einer multikulturellen Gesellschaft verklären diese zu einem „modernen Garten Eden harmonischer Vielfalt“, wie es Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid zuspitzen²⁷. Diese Art multikultureller Vision sei eine Ersatzutopie für eine orientierungslose Linke geworden, so deren Fazit. Die Ausländerfrage wird von vielen Linken, die von ihrer Dritte-Welt-Begeisterung nicht lassen mögen, instrumentalisiert, um das eigene Linkssein unter Beweis zu stellen. Oft geht es gar nicht um die Ausländer, sondern darum, welche Inländer von sich behaupten dürfen, daß es ihnen wahrhaftig um die Sache der Ausländer gehe.

Wenn Wähler rechtsextremer Parteien als ihr wichtigstes Wahlmotiv die als bedrohlich empfundene Präsenz von Ausländern nennen, so ruft diese Aussage unerbittliche Interpreten auf den Plan, die sich berufen fühlen, die „eigentlichen“ Ursachen rechtsextremen Wahlverhaltens dingfest zu machen. Sie zweifeln um so mehr an der Authentizität des Handlungsmotivs, je heftiger es angeführt wird. Was der Akteur selbst als Haupt-

sache erlebt und empfindet, wird genüßlich als Illusion enttarnt, in seine ideologischen Bestandteile zerlegt oder zur Nebensache verkleinert. Wer ist in diesem Fall ideologisch verblendet? Könnte es nicht sein – und bestünde insofern nicht Prüfungsbedarf –, daß ein wie auch immer gearteter Zusammenhang zwischen rechtsextremem Wahlverhalten und einer plötzlichen massiven Zuwanderung von Ausländern oder Problemen im Zusammenleben mit Ausländern besteht? Kann die Selbstwahrnehmung und -interpretation der Menschen umstandslos beiseite geschoben werden? Es müßte darüber nachgedacht werden, ob der Antirassismus nicht ungewollt dazu beiträgt, den Rassegedanken mit am Leben zu halten. Lothar Baier hat eine passende Nietzsche-Aussage hervorgeholt: „Wer davon lebt, einen Feind zu bekämpfen, hat ein Interesse daran, daß er am Leben bleibt.“²⁸ Durch Denkblockaden oder schlimmer: -verbote wird ein umfassendes Herangehen an die Gesamtproblematik verhindert. Autonome und pastorale Ausländerfreunde bestreiten, daß es Asylmißbrauch überhaupt geben kann. Durch diese Schönfärberei verhindern sie, vereint mit der CDU/CSU, die leugnet, daß Deutschland längst zum Einwanderungsland geworden sei, eine Gesamtbetrachtung von Asyl und Immigration. Aus dem Dilemma ist nur herauszukommen, wenn Deutschland sich als Einwanderungsland deklariert und so das Nadelöhr Asyl wieder auf die politisch Verfolgten eingegrenzt werden kann²⁹.

28 Lothar Baier, *Fighter und Sozialarbeiter oder die neue Kunst des rechten Einteilens*, in: *Freibeuter*, (1992) 53, S. 50.

29 Zu den Konsequenzen gehört eine Festlegung von Einwanderungskontingenten und -quoten durch ein gesellschaftliches Gremium. Notwendig ist eine klare Unterscheidung zwischen einem Einwanderungsgesetz zur Steuerung von Immigration, dem Recht auf politisches Asyl und einem vorübergehenden Bleiberecht für (Bürger-)Kriegsflüchtlinge. Die derzeitige Zuwanderung allein über den Kanal des Asylrechts für politisch Verfolgte, die notwendigerweise zu dessen massivem Mißbrauch führt, fördert via die Ausnutzung des Sozialstaates den Rechtsextremismus. (Vgl. ähnlich Erhard Eppler, *Den Kopf wieder frei machen*, in: *Die Zeit* vom 30. Oktober 1992, S. 6). Die von „Pro Asyl“ verbreitete Parole „Wer kommt schon freiwillig nach Deutschland?“ entbehrt jeglichen Realitätsgehalts, denn damit wird der Mahlstrom der Migrationsbewegung schlicht geleugnet. Der derzeitige rechtsextreme Auftrieb in Deutschland kann als verirrt, hilflose Antwort und Ausdruck von Verunsicherung angesichts der Abwesenheit von Politik in der Immigrationsfrage, die sich zu einer gesellschaftspolitischen Herausforderung ersten Ranges entwickelt hat, gewertet werden, wobei die Sympathie vieler Bürger für Xenophobie sich eher auf eine potentielle Gefahr gründet, denn auf die überschaubare aktuelle. Die ausländerfeindlichen Strömungen sind eine Verlegenheitsbewegung mangels Vertrauen in politische Problemlösungspotentiale. Für die Integration der Immigranten

27 Daniel Cohn-Bendit/Thomas Schmid, *Wenn der Westen unwiderstehlich wird*, in: *Die Zeit* vom 22. November 1991, S. 5.

8. Zur Antinationalismusstrategie

In der Antinationalismusstrategie wird das Kernelement Rassismus gegen Nationalismus ausgetauscht, der zur Triebfeder von Rechtsextremismus erklärt wird³⁰. Da sowieso viele Linke ein gestörtes Verhältnis zur Nation, speziell zur deutschen, haben, ist es ein leichtes, aus den Bestandteilen Nationalismus und Rechtsextremismus eine braune Suppe zu rühren. Diese Linke betätigt sich – viele gewollt, einige ungewollt – als Tabuisiererin.

Daß Nation eine Heimat sein kann³¹, mag eine im alten Denken befangene Altlinke nicht zugeben, was vor dem Hintergrund linker Dezentralisierungsabsichten und Kiez-Aktivitäten schwer einsehbar ist. Nur ideologische Borniertheit bringt es mit sich, daß das Kind nicht beim Namen genannt werden mag. Die Gleichung „Heimat gleich Blut und Boden gleich Braun“ spukt noch in zu vielen Köpfen herum, obwohl sie längst obsolet ist. Damit wird ungewollt das Terrain den Rechten und den Rechtsextremisten überlassen, die nicht davor zurückschrecken, Heimat und Nation mit ihren eigenen, ausgrenzenden Inhalten zu füllen. Dazu gehört als Ingredienz in der Regel das Deutschtum, eine obsolete Vorstellung, mit der eine versierte Linke nichts zu tun haben möchte, die ihr aber unberechtigterweise als Vorwand dient, das ganze Thema brachliegen zu lassen.

Angesichts des zentralistischen europäischen Einigungsprozesses wäre eine Stärkung regionaler und föderativer Bestrebungen plausibler, wenn sie Bezug nehmen könnte auf einen modernen Begriff von Nation, der – wie es auch in anderen alten Demokratien der Fall ist – mit den Prinzipien von Demokratie, Zivilbürger- und Menschenrechten eng und fest verbunden ist (und so Orientierungspunkte setzen kann). Nation wirkt als soziales Bindemittel gerade in Zeiten fortschreitender gesellschaftlicher Desintegration. Eine moderne Auffassung von Nation kann den Weg zu einer modernisierten Konzeption von Nationalität und Staatsangehörigkeit bahnen, die sich nicht auf ethnischen Regeln zu gründen hätte, sondern auf dem Territorialprinzip und republikanischen Gesetzen, demokratischen

ist es von hoher Bedeutung, die Einbürgerung durch Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts zu erleichtern, z. B. nach französischem Muster. Vgl. dazu Daniel Cohn-Bendit/Thomas Schmid, *Heimat Babylon*, Hamburg 1992, und Ute Knight/Wolfgang Kowalsky, *Deutschland nur den Deutschen?*, Erlangen 1992²; auch die hervorragenden „Zehn Thesen zum Asylrecht“ von Agnes Heller, in: *Die Zeit* vom 6. November 1992, S. 60.

³⁰ Vgl. Chr. Butterwegge (Anm. 26), S. 21, 186.

³¹ Vgl. Peter Glotz, *Die Linke nach dem Sieg des Westens*, Stuttgart 1992, S. 181.

und zivilgesellschaftlichen Rechten, die für alle gleichermaßen gelten. Der Umgang mit dem Thema deutsche Nation ist bekanntlich heikel, und zwar aufgrund der deutschen Vergangenheit, genauer der NS-Zeit. Doch dieser Hinweis darf keine Entschuldigung dafür sein, daß im Kampf gegen Idee und Tatsache der Nation jedes Argument und jedes Mittel recht ist. Trotz dieser deutschen Vergangenheit ist eine plausible Auffassung von Nation möglich. Verkürzt stellt sich die Alternative so dar: Nation kann einerseits mit Demokratie und Demokratisierung, einer Ausdehnung zivilgesellschaftlicher Rechte verknüpft werden; andererseits – so die rechtsextreme Version – mit Staatsräson und dem Vorrang des Kollektivs vor den Individuen. In dieser letzteren, kollektivistischen Version bildet die Nation den höchsten Wert, wird sie verabsolutiert zum Ganzen, in dem die Individuen aufgehen.

Eine solche Auffassung, die die Individuen auf dem Altar des Kollektivs opfert, verwirft die Linke zu Recht. Doch ist gegen ein generelles „Das-Kind-mit-dem-Bade-Ausschütten“ einzuwenden, daß Nation durchaus ein profaner Wert unter anderen sein kann, Nation nicht verstanden als etwas Religiös-Erhabenes, Ewigwährendes, sondern als historisches, soziokulturelles und damit veränderbares Konstrukt. Wenn die Linke eine solche Kategorie mit einem solchen Konzept akzeptieren und sich zu eigen machen könnte, wäre auch die schnelle Flucht nach Europa und der Verweis auf die Überlebtheit von Nationen nicht länger das penetrant wirkende „Allheilmittel“ gegen nationalistische Vorstellungen.

Viele Kritiker von Nation trennen dieses Konzept nicht genügend von Nationalismus. Immer wieder wird Nationalbewußtsein und -gefühl mit Nationalismus gleichgesetzt (z. B. von Wolfgang Wippermann). In dieser Logik ist der Nationalismus seinerseits ein Manipulationsinstrument zur Integration von Bevölkerungsmehrheiten, also ein simples Herrschaftsmittel³². Die untergeschobene Argumentation ist beinahe teleologisch: Es wird suggeriert, daß ein Befürworter von Nation Nationalist ist und Nationalismus als nationaler Taumel mit unerbittlicher Logik stets in die Katastrophe führen wird, wie es vor fünfzig Jahren mit Auschwitz geschehen ist. Weiterhin wird so getan, als wäre Nation eine imaginierte Gemeinschaft, also ein Produkt menschlicher Phantasie, das in der Realität keine Wurzeln habe.

³² So z. B. Hajo Funke, „Republikaner“, Berlin 1989²; dasselbe behauptet Butterwegge über Rassismus, in: Chr. Butterwegge/H. Isola (Anm. 24), S. 23.

III. Schlußfolgerungen

Der Überblick über einige Aspekte der gängigen Bekämpfungsstrategien von Rechtsextremismus, die selten in reiner Form existieren, sich vielmehr überlagern und überschneiden, mußte cursorisch ausfallen. Ein übergreifendes Merkmal der kritisierten Topoi ist ihr gestörtes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie, zu den Grundrechten, zum Rechtsstaat und zur Geschichte der Bundesrepublik. Das vorherrschende, quasi religiöse Verhältnis zum (Anti-)Rechtsextremismus harret einer Säkularisierung, die angesichts der wachsenden rechtsextremen Gefahr zu einer vorrangigen Aufgabe wird.

Ein erster ursächlicher Faktor für das Ignorieren nicht-intendierter Folgen von Strategien liegt im *selbstreferentiellen Charakter*, d. h. in der Selbstbezogenheit vieler Strategien, die den Gegner ignorieren und vor allem zur Selbstvergewisserung und -beruhigung dienen. Ein zweiter Faktor für die Ineffizienz liegt im *rituellen* Ablauf anti-rechtsextremer Veranstaltungen/Demonstrationen/Resolutionen. Er drängt sich vor das eigentliche Ziel; die Folge ist, daß polarisiert, statt argumentativ zu integrieren versucht wird. Ein dritter Faktor ist der *Etatismus*, die Forderung nach staatlicher Repression von Meinungen/Gesinnungen bzw. staatlicher „Therapie“ der Gesellschaft statt zivilgesellschaftlicher Intervention. Ein vierter Faktor ist das Wirken mächtiger sakraler *Tabus*, ein fünfter die *Sloganisierung*, die beide ein Herangehen an die Thematik verstellen bzw. ihm ihren reduktiven Stempel aufdrücken.

Alle hier grob skizzierten, sich überschneidenden und überlagernden Strategiefacetten vereinfachen die Komplexität der gesellschaftlichen Realität, indem sie Rechtsextremismus auf möglichst einen einzigen Erklärungsfaktor zurückführen. Rechtsextremismus ist jedoch ein Resultat vielschichtiger – sozialer, politischer, beruflicher, familiärer, schulischer etc. – Desintegrations- und Auflösungsprozesse, eines umfassenden industriellen Modernisierungsprozesses, der „sich um die Menschen einen Teufel schert“ (Daniel Cohn-Bendit). Er hat seine Wurzeln auch, aber natürlich nicht primär, in der Unfähigkeit der Linken, auf die Modernisierung eine überzeugende Antwort zu geben. Ein ganzes Bündel von Maßnahmen ist erforderlich, von denen hier nur einige genannt werden können. Die pädagogische Arbeit mit rechtsextre-

men Jugendlichen steckt noch in den Kinderschuhen, neue Konzepte müssen erarbeitet werden. Neue urbane Ideen sind gefragt, um die großen Städte, „Laboratorien der Moderne“, die immer öfter den Geburtsort rechtsextremen Denkens und Handelns bilden, mit Leben zu füllen und die Städte der Zukunft zu schaffen. Gegen den „Krieg in den Städten“, die zahlreichen Gewalteruptionen ist eine zivilisierende, zivilgesellschaftliche Kraft vonnöten, andernfalls werden die gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen zu einer zentrifugalen Kraft, die die Fundamente der westeuropäischen Zivilgesellschaften zu zerschleudern droht. Die Konstruktion Europas ist nur sinnvoll, wenn sie das Beste, das die Nation(alstaat)en hervorgebracht haben, aufhebt und den Zivilbürgern die Möglichkeit eröffnet, stolz auf Europa zu sein. Die Möglichkeiten sind immens, denn dies ist „eine Zeit, in der Intellektuelle nicht nur denkend, sondern denkend und handelnd manches bewirken können – im Sinne der (...) Auffassung Gottfried Kellers, „daß es gesünder sei, nichts zu hoffen und das Mögliche zu schaffen, als zu schwärmen und nichts zu tun.““³³

Rechtsextremismus ist ein vielfältiges Phänomen, und Anti-Rechtsextremismus, dessen Mängel hier unter die Lupe genommen und das heißt im wörtlichen Sinne: vergrößert und überbetont wurden, muß dem Rechnung tragen. Die Strategien bedürfen nicht besonderer Schonung; Kritik ist nicht Gegnerschaft, und die Vermeidung der Überprüfung darf nicht System werden. Strategisches Handeln setzt nicht unbedingt bewußtes Rasonieren voraus, folgt vielmehr einem „praktischen Sinn“ (Bourdieu). Es ging wesentlich darum, Sensibilität für bestimmte Probleme zu wecken und für eine komplexere, differenziertere Vorstellung zu werben. Doch um die Relationen zurechtzurücken, muß betont werden, daß nur der, der nicht handelt, auch keine Fehler macht. Im Zentrum antirechtsextremer Aktivitäten stehen Linke. Gegenüber falschen Indienstnahmen von Kritik an linken Gegenstrategien muß hervorgehoben werden, daß es eine moralisch unendlich höher stehende Haltung ist, gegen den Rechtsextremismus anzukämpfen, als mit Verweis auf die Fehlerhaftigkeit vieler Strategien untätig zu bleiben. Der Kern, das Anliegen, gegen den Rechtsextremismus zu kämpfen, bleibt von der Kritik unberührt. Neue effizientere Strategien entstehen nur in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, in einer theoretisch reflektierten Praxis.

33 Wolf Lepenies, *Aufstieg und Fall der Intellektuellen in Europa*, Frankfurt am Main 1992, S. 7.

Gewalt in Deutschland – Eine psychologische Analyse

I. Vorbemerkungen

Der Zusammenbruch der DDR und die Vereinigung Deutschlands waren von den meisten Deutschen gefeierte historische Ereignisse, die mit großer Euphorie, Aufbruchstimmung und hoffnungsvollem Optimismus verbunden waren. Davon ist nicht viel übriggeblieben. Enttäuschungen und Ängste, wild wuchernde Vorurteile und Vorwürfe von beiden Seiten belasten den deutschen Alltag. In der (nicht zuletzt aus diesen Gründen) wachsenden Radikalität und Gewalt, dem Fremdenhaß und der offenen Feindseligkeit gegen Asylbewerber finden die Deutschen inzwischen jedoch offenbar ein gemeinsames Thema, um sich von der verunglückten Einheit, dem Versagen der Vereinigungspolitik und der sozialen Brutalität der Währungs- und Wirtschaftsunion abzulenken. Es ist ein umfassender Prozeß der Schuldabwehr und Schuldverschiebung in Deutschland im Gange, durch den die notwendige Trauer über die bereits verlorene Utopie von einem sozial gerechteren Leben und über den bevorstehenden Verlust des Ideals von einem Leben in ständig wachsendem Wohlstand vermieden werden soll.

Noch glauben die meisten, sie seien Zeitzeugen eines großen gesellschaftlichen Fortschritts – in Gestalt des Zusammenbruchs des Kalten Krieges zwischen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“. Manch einer hält sogar noch am Mythos einer erfolgreichen westlichen Ostpolitik und an einer „friedlichen Revolution“ in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ fest, um nicht der bitteren Wahrheit ins Auge schauen zu müssen, daß auf uns alle die Folgen einer globalen Krise zurückzuschlagen, die vor allem in den westlichen Industrienationen schuldhaft produziert und im Ost-West-Konflikt mit seinen wesentlichen destruktiven Energien gebunden worden war. Um uns herum toben jedoch schon längst neue blutige nationalistische Kriege: Wir sind in ein Zeitalter gefährlicher Verteilungskämpfe eingetreten. Der Kalte Krieg hat sich erübrigt, weil sich der Konflikt zwischen Reichtum und Armut auf dieser Welt zu einem heißen Feuer entfacht hat. Deutschland ist – wie eine Drehscheibe – vom Brennpunkt des Ost-

West- zum Brennpunkt des Nord-Süd-Konflikts als dem wahren Hintergrund der aktuellen symptomatischen Gewalt geworden. Wenn wir die Lösung dieses umfassenden Problems nicht bloß auf notwendige strenge Maßnahmen gegen gewalttätige Jugendliche und die Diskussion um eine Veränderung des Asylrechtes verkürzen würden, könnten wir etwas verstehen lernen von den sozialpsychologischen Vorgängen in unserer Gesellschaft und von den uns allen abverlangten Erkenntnis- und Entwicklungsschritten: Wir werden uns umfassend verändern müssen, oder wir werden in eine neue Katastrophe stürzen. Mit meiner Analyse will ich um Verständnis werben für Einsicht und Veränderung, auch wenn diese uns weder leicht fallen noch angenehm sein werden.

II. Das Versäumnis der psychischen Aufarbeitung des Dritten Reiches in beiden Teilen Deutschlands

Der deutsche Vereinigungsprozeß hat uns längst gelehrt, daß politische und wirtschaftliche Maßnahmen allein nicht dazu geeignet sind, sozialen Frieden zu schaffen – im Gegenteil. Erneut werden die Verhaltens- und Kompensationsmöglichkeiten der Menschen über- und die sozialpsychologischen Folgen gesellschaftlicher Fehlentwicklung unterschätzt. Das war bereits nach 1945 so; jetzt scheint sich dieser verhängnisvolle Irrtum zu wiederholen. Weder hat es eine umfassende Klärung gegeben, was eigentlich „Faschismus“ in den Seelen der Menschen und in ihrem Zusammenleben bedeutet, noch gibt es heute ein wirkliches Verstehen, was „Sozialismus“ und „Marktwirtschaft“ angerichtet haben bzw. weiterhin anrichten. Eine „Entnazifizierung“ erfolgte allenfalls auf der juristischen Ebene. Ein umfassender psychischer Prozeß der persönlichen Aufarbeitung der millionenfachen Begeisterung für den Nationalsozialismus, der aktiven Teilhabe und des massenhaften Mitläufertums an pervertierten gesellschaftlichen Verhältnissen und Vorgängen fand nicht statt – weder in Ost- noch in Westdeutschland. Das Programm der „Entnazifizierung“ blieb ein Etikett, hinter dem

sich mit „Umerziehung“ und „Säuberung“ äußere Veränderungen vollzogen; die psychologischen Wurzeln des Faschismus blieben davon weitgehend unberührt.

Die grundlegende Bedeutung autoritärer Verhältnisse – in der Gesellschaft, im Zusammenleben der Menschen und in der Erziehung – für die destruktive und radikale Gewalt des Dritten Reiches wurde verleugnet und blieb aus der kritischen Analyse ausgespart. Unterstützt durch die reale Not und die damit verbundenen Sachzwänge ging man sofort „zur Tagesordnung“ über. Die individuelle Schuld der Menschen war ein Antrieb für umfassende Aufbauleistungen, und die unbewältigten destruktiven Energien wurden an neue Feindbilder gebunden. Mit dem „Wirtschaftswunder“ und dem „Aufbau des Sozialismus“ waren die Ziele ideologisch vorbereitet: Dort versprochen Wohlstand, hier soziale Gerechtigkeit die Erlösung von der unerträglichen Schuld an Krieg und Holocaust. Und mit der Spaltung Deutschlands ergab sich auch die fragwürdige „Gnade“, individuelle Schuld kollektiv zu projizieren: auf die unbelehrbaren Kapitalisten und Imperialisten auf der einen Seite und die gefährlichen Kommunisten und Sozialisten auf der anderen. So dienten die aufgebauchten Feindbilder beiden Seiten dazu das eigene Böse nach außen ableiten und dort stellvertretend bekämpfen zu können. Damit war in den zwei deutschen Staaten die psychische Bewältigung der nationalsozialistischen Pathologie unmöglich geworden, die wirklichen Ursachen konnten verdrängt und die persönliche/personale Betroffenheit vermieden werden. Statt dessen beherrschten ideologische, propagandistische, bekennerrhafte Haltungen und Überzeugungen sowie ökonomische Erfolgsbilanzen die Szene der „Vergangenheitsbewältigung“.

1. Behauptete moralische Überlegenheit im Osten Deutschlands

In der DDR war etwas ganz Erstaunliches passiert: Indem sogenannte „antifaschistische“ Führer an die Macht gelangt und „Antifaschismus“ propagandistisch zur Staatsdoktrin erklärt worden war, konnte eine „Stunde Null“ behauptet und alles Böse auf die Vergangenheit und den Westen projiziert werden: Die DDR wurde zu einem Volk von Helden, Widerstandskämpfern und Opfern erklärt, das Thema „faschistische Vergangenheit“ tabuisiert.

Es hat tatsächlich in unserem Land niemals eine Aufarbeitung der Schuld und Betroffenheit des großen Teils der Mitläufer gegeben. In den Schu-

len wurden zwar die faschistischen Greuelthaten ausführlich dargestellt, und der Besuch eines Konzentrationslagers gehörte zum Jugendweihe-Programm, aber damit verband sich die Überzeugung, daß die unerträglichen Verbrechen von den Faschisten begangen worden waren, die es ja Gott sei Dank in der DDR nicht mehr gäbe. So konnte sich die DDR außenpolitisch sogar eine ausgesprochen feindselige Haltung gegenüber Israel leisten. Und als später die Berliner Mauer offiziell als „antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnet wurde, verriet dieser absurde Begriff den Abspaltungsmechanismus: Das zuvor über die Grenzen projizierte Böse sollte nun dort auch gebannt bleiben.

Die behauptete moralische Überlegenheit war lange Zeit ein Bonus für das totalitäre Regime, eine Beschwichtigung der Schuld und eine Aufwertung der gebeugten Seelen, so daß die Neuherrschaft durch Ängstigung, Einengung und Unterwerfung ohne nennenswerten Widerstand geduldet wurde. Selbst die offenkundigen äußerlichen Ähnlichkeiten mit dem nationalsozialistischen System – Massenaufmärsche, pseudoreligiöse Rituale und Gelöbnisse, Führerverehrung, demagogische Gehirnwäsche, Bespitzelung und Denunziation, Verfolgung politischer Gegner – wurden hingenommen, was auch auf die ungebrochene psychosoziale Disposition für autoritäre Strukturen hinweist.

2. Freiheit und wirtschaftlicher Erfolg im Westen Deutschlands

In der Bundesrepublik war mit der von den Westmächten „verordneten“, d. h. nicht organisch gewachsenen Demokratie ein Kräftespiel in Gang gebracht worden, das äußere Freiheit und wirtschaftlichen Erfolg zum Maßstab machte und nach außen expandieren ließ, was innerlich an Entfremdung nicht wahrgenommen werden wollte: Wachsender Wohlstand trat an die Stelle psychischer Reinigung und menschlicherer Beziehungen. Erst durch die achtundsechziger Studentenbewegung ist die verweigerte Klärung der deutschen Vergangenheit eingefordert und eine relative Ablösung von den alten, autoritären Strukturen erzwungen worden, was aber sehr bald von den zwanghaften Strukturen der Marktwirtschaft aufgefangen werden konnte. Das Ergebnis war eine intellektuelle Liberalisierung; die autoritäre Hierarchie wurde durch eine ausufernde Bürokratie ersetzt, wodurch die „psychische Revolution“ schließlich auch erstickte.

So haben in den zwei deutschen Staaten die autoritären Prinzipien unter verschiedenen Bedingungen fortgewirkt, wovon das Grundleiden der Deut-

schen – die innerseelische und zwischenmenschliche Entfremdung – im wesentlichen unberührt blieb. Die jeweils unterschiedliche Ausformung der psychosozialen Folgen entspricht den von der Gesellschaftsform abhängigen Sozialisationsbedingungen: Im Osten herrschte erneut ein repressiv-autoritäres System, das mit offener Gewalt und Strafe Unterwerfung erzwang, und im Westen verführten (und verführen) vor allem manipulative und suggestive Mechanismen zur Anpassung an das von wirtschaftlichen Zwängen beherrschte Gesellschaftssystem. Die Folgen an seelischer Entfremdung und innerem Mangel sind dabei aber durchaus vergleichbar.

III. Zu den Hintergründen von Gewalt und Haß in Deutschland

Gewalt und Haß gegen andere Menschen sind stets ein Hinweis auf innere Spannungen, an denen die Menschen leiden. In der Regel handelt es sich um aufgestaute Aggressivität, die als Ausdruck unbewältigter Konflikte im Unbewußten schmort und ein äußeres Ereignis zum Anlaß nimmt, um sich dann – scheinbar berechtigt – affektiv abzureagieren. Die häufige Unverhältnismäßigkeit der feindseligen Erregung zur benennbaren Ursache ist als Hinweis darauf zu werten, daß die aktuelle Situation durch alte vergessene Affekte überlagert wird. Daß dabei selbst kleinlich-harmlose oder gar nur phantasierte Ereignisse brutal-zerstörerische Impulse auslösen können, verrät uns die existenziell bedrohliche Qualität der aufgestauten Gefühle, und dies ist ein sicheres Zeichen für eine lebensgeschichtlich sehr frühe Entstehungsgeschichte: Wenn das kleine Kind ungenügende Liebe und Annahme, vielleicht sogar Ablehnung oder körperliche und seelische Gewalt erfährt – selbst die nur vorübergehende zeitliche oder räumliche Trennung der Mutter von ihrem kleinen Kind kann diese bedrohliche Erfahrung verursachen –, dann werden existenzielle Ängste ausgelöst, die tief verdrängt werden müssen, um überhaupt überleben zu können.

Solche Erfahrungen tragen heute die meisten Menschen in sich. Solange in einer Gesellschaft Kinder nicht hinreichend um ihrer selbst willen geliebt, angenommen, geschätzt und bestätigt werden, sondern genötigt sind, vor allem die Erwartungen der Eltern zu erfüllen, damit dem Willen der Mächtigen zu folgen und an sie herangetragene Normen für notwendig und richtig zu empfinden,

erfahren sie eine Entfremdung von ihren ureigensten und ganz individuellen Wünschen und Bedürfnissen. Und sie verlieren die Fähigkeit – die Sicherheit und das Vertrauen –, darauf zu achten, was sie in ihrem Innersten wirklich wollen, bis sie schließlich eingeschüchtert und angstvoll bemüht sind, die gesetzten Normen und Erwartungen zu erfüllen. Wenn sie schon nicht Liebe bekommen, dann wollen sie wenigstens „Gnade“ erfahren. Diese kann allerdings durch Privilegien, reichlichen materiellen Gewinn und Karriereförderung „versüßt“ werden.

Wir begegnen bei der psychologischen Analyse also den Prinzipien autoritärer Erziehung, wie sie in Ost und West – zwar unterschiedlich ausgeformt, aber in wesentlichen Auswirkungen gleichwertig – als ein Massenphänomen vorkommen. In autoritären Strukturen gibt es immer Mächtige (Eltern, Lehrer, Ärzte, Pastoren, Politiker), die vorgeben zu wissen, was richtig und was falsch sei. So werden Normen tradiert und unkritisch weitergegeben, und als allgemein üblicher Verhaltenskodex wird der abnorme und destruktive Charakter bald nicht mehr erkennbar. Auf diese Weise sind in Deutschland Disziplin und Gehorsam, Ordnung und Sauberkeit, Fleiß und Tüchtigkeit sowie tapfere Gefühlsbeherrschung zu höchsten Tugenden geworden. Daß es sich dabei längst um die Pathologie einer „Normalität“ handelt, wird überhaupt nicht mehr ernsthaft reflektiert.

Alle Eltern, die selbst Opfer dieser „Erziehungsideale“ waren, erfahren ihre zunächst spontanen und vitalen Kinder als eine Bedrohung: Sie werden durch deren Lebendigkeit dumpf an die schmerzliche Einengung und Unterdrückung ihrer eigenen kraftvollen Lebensäußerungen erinnert und würden zu sehr bitteren Erkenntnissen gelangen, wollten sie ihren Kindern ein unverstelltes Leben gewähren. Also werden sie um jeden Preis bemüht sein, ihre Kinder solange zu „erziehen“, bis sie sicher sein können, von ihnen nicht mehr an die eigene Schmach und Demütigung erinnert zu werden.

1. Erziehung zu Unterwerfung und Anpassung

In der DDR wurde diese Erziehung offengewalttätig mit den Mitteln von Strafandrohung und wirklicher Bestrafung, durch Beschämung und Ängstigung, durch Abwertung und Ausgrenzung vollzogen. Und in der Bundesrepublik wird die Anpassung an die erwarteten Normen von Leistungsbereitschaft, Stärke und Durchsetzungsfähigkeit, von Konkurrenzverhalten und Dominanzgebahren vor allem mittels der Marktgesetze

durchgesetzt. Es sind die Macht des Geldes, der Reiz der ewig neuen Waren, die Verheißungen von Frische, Jugendlichkeit und Gesundheit, der Gruppenzwang, „gut drauf zu sein“, die Statussymbole und Prestigezwänge, die die Menschen entfremden. Die dadurch verursachte Unzufriedenheit und Spannung wird stets nach außen – durch neue Anstrengungen, Zerstreuungen und fragwürdige Vergnügungen – abgeleitet. Die Stasi-Herrschaft hat im Osten die Beziehungen der Menschen durch Angst, Mißtrauen, Bedrohung und Denunziation vergiftet; im Westen gibt es vergleichbare Folgen durch Konkurrenz und Rivalität sowie durch die Fassade der Stärke und Cleverness, die das Eingeständnis von Ängsten, Schwächen, von Grenzen und Hilflosigkeit verhindern und damit Sehnsüchte nach und Chancen für wirkliche Beziehungen unerfüllt lassen.

a) *Empörung und Zorn als Folge erlittener Demütigungen*

Wer solche Erfahrungen von gewalttätiger Unterwerfung oder manipulierender Anpassung in sich trägt, kann gar nicht anders, als mit Empörung und Zorn über die Einengung und Demütigung zu reagieren. Er wird auch Schmerzen über unerfüllte Wünsche in sich tragen und Trauer über verlorene Lebensmöglichkeiten. Und es wäre alles halb so schlimm, wenn er wenigstens diese Gefühle wahrnehmen und ausdrücken könnte bzw. dürfte. Doch zur autoritären Erziehung zur Erfüllung gesetzter oder erwarteter Normen gehört unweigerlich auch das Gefühlsverbot. Weder der Despot noch der Erfolgsmensch ertragen das Geschrei und Gejammer und den Fluch der leidenden Seelen – es könnten ja auch die eigenen Verletzungen dabei wieder zu bluten beginnen. Also: Seid tapfer, beißt die Zähne zusammen, seid friedfertig, beherrscht euch, strengt euch an und verbreitet Hoffnung und Trost, daß alles schon gut werde. Optimismus ist die Droge für die Gedeemütigten.

b) *Gewalt als Ausdruck der Unterdrückung von Empörung und Zorn*

Wer seinen berechtigten Zorn über Unterdrückung und Anpassung nicht leben darf, dem wird Gewalt geschehen. Er hat nur die Wahl, die aufgestaute Aggression gegen sich selbst zu richten, was uns die Depressiven, die Suizidalen, die Süchtigen, die Arbeitswütigen und die wachsende Zahl der psychosomatisch Kranken drastisch vorführen. Oder aber es werden Anlässe und Kanäle der Abreaktion gefunden, wozu sich in aller Regel sozial Schwächere und Abhängige eignen, also Kinder, Partner, Alte, Kranke und eben auch – Fremde!

Und die Natur und die Umwelt wollen wir dabei nicht vergessen, an der wir uns alle ungezügelt und permanent versündigen. Wir zerstören, vernichten, beuten aus, vergiften und verschmutzen, als wenn wir Amokläufer wären – und alle wissen wir es, und keiner kann es aufhalten.

Der Fremdenhaß ist die projektive Ausdrucksform des Fremden in uns, das wir nicht wahrhaben dürfen und das wir nun auch nicht mehr ohne angstvolle Erschütterung und schmerzliche Erkenntnis wahrnehmen können. Lieber schimpfen wir auf die „Polnische Wirtschaft“, um unser stilles Leiden an den eigenen Ordnungszwängen abzuwehren, lieber denunzieren wir lüstern den „geilen Neger“, als unsere eigene sexuelle Frustration zu bekennen. Und natürlich sind die „fahrenden Zigeuner“ eine Zumutung für die uns mühsam aufgenötigte Disziplin und Enge. Die Asylbewerber denunzieren wir am liebsten als „Wirtschaftsflüchtlinge“, um gar nicht erst auf die Idee zu kommen, daß wir selbst wirtschaftlichen Erfolg längst höher bewerten als menschliche Beziehungen.

Und die als „Bananenfresser“ bezeichneten „Ossis“ – halten sie den westdeutschen Konsumenten mit ihrer oralen Begierde und Warengier nicht nur einen Spiegel vor, der wieder etwas zum Vorschein bringt, was schon längst so elegant kultiviert war? Und verkörpert der „Jammerossi“ nicht die Seiten westdeutschen Lebens, die dort keinen Raum mehr einnehmen dürfen, nämlich Schwäche, Angst, Hilflosigkeit und Leiden? Und ist die Aufforderung an uns, wir sollten aufhören zu jammern, endlich die Ärmel hochkrepeln und ranklotzen – schließlich hätte man sich auch im Westen den Wohlstand hart erarbeiten müssen – nicht auch wie ein Aufschrei, in dem sich die Sehnsucht nach einem entspannteren Leben ausdrückt? Und verraten wir – im Osten – mit dem Schimpfwort vom arroganten „Besserwessi“ nicht unsere eigene Schmach über der uns nicht erlaubten Eigenständigkeit und Durchsetzungsfähigkeit?

Wer Fremde haßt, haßt das unannehmbar Fremde in sich selbst. Er haßt seine eigenen natürlichen Wünsche und Bedürfnisse, die ihm ausgetrieben oder geschickt verteufelt wurden. Er kämpft gegen die unvermeidlichen Schwächen und Begrenzungen, die im Zwang zu Effizienz, Erfolg und Perfektion unterdrückt werden müssen, er reagiert seinen berechtigten Zorn am ungeeigneten Objekt ab und benutzt Situationen und Anlässe, die ihm scheinbares Recht und Sicherheit vermitteln, um den eigenen Schmerz in Unflat zu verwandeln. Nicht die Fremden sind die Bedrohung, sondern das eigene entfremdete Leben!

2. Die „Ingredienzien“ der Gewalt in Deutschland

Wenn aufgestaute Aggressivität, soziale Verunsicherung und ein geeigneter Anlaß zusammenkommen, sind die Ingredienzien der Gewalt schon gemischt. Im Osten Deutschlands ist dieses Gebräu reichlich angerichtet: als Folge des umfassenden repressiv-autoritären Gesellschaftssystems der Vergangenheit, das die Menschen zu zähneknirschenden, schlaffen oder an der Macht partizipierenden Untertanen nötigte. Das sind die psychosozialen Altlasten. Hinzu kommen die negativen Auswirkungen des deutschen Vereinigungsprozesses, der massenhaft Werteverluste, Orientierungslosigkeit und Identitätsbrüche beschert, existentielle Krisen erzeugt und neue Demütigungen und Kränkungen bereitet, weil alles, was das Leben in der DDR bestimmte, aufgegeben und alles, was das Leben in der Bundesrepublik ausmacht, übernommen werden soll. Auf diese Weise werden die Fehlhaltungen auf beiden Seiten wechselseitig bedient: Die östliche Untertanensucht provoziert die westliche Dominanzsucht, und die Cleverness der Westdeutschen verschärft die Gehemmtheit der Ostdeutschen.

So wird hier wie dort der Zorn der Entfremdung nicht abgebaut, sondern weiter verschärft, und die wachsenden Vorurteile sind die Vorboten einer Welle von Gewalt. Letztlich werden die sich so fremd gewordenen deutschen Schwestern und Brüder ihre Erkenntnisfurcht und Veränderungsangst auf die vermeintlich Schuldigen außerhalb der eigenen „Familie“ abzuwälzen verstehen.

Fremdenhaß ist nur eine Variante von vielen Formen der Gewalt. Die „friedliche Revolution“ hat aber leider die schon bestehende aggressive Gehemmtheit weiter fixiert und damit notwendige Schritte eines psychosozialen Reifeprozesses (z. B. Macht ergreifen, sich eigenständig behaupten, sich abgrenzen von fremden Machteinflüssen, aus der Einengung und Abhängigkeit sich selbst herausentwickeln) verhindert. Statt dessen wurde von beiden Seiten die Illusion genährt, wir könnten unter Umgehung bitterer Erkenntnisse über die eigene psychische Einengung und schuldige Verstrickung durch Marktwirtschaft und Demokratie gerettet werden.

Die einen glaubten, gemäß der erlernten und aufgenötigten Abhängigkeit, sie könnten von außen erlöst werden, und die anderen glauben, gemäß der Ideologie der Marktwirtschaft, durch Geld und gutes Management ließe sich das schon alles bestens regeln.

Im Osten haben wir es vermieden, die anstrengende und ernüchternde Schmutzarbeit zu leisten, im Westen wird die Notwendigkeit eigener Veränderung abgewehrt. Nun tobt sich die aufgestaute berechnete, aber nicht konstruktiv bewältigte Aggressivität als Gewalt aus – in allen Bereichen des Lebens.

Die rapide ansteigende Kriminalitätsrate, der Verkehrscrash, das Anschwellen der radikalen Szene linker und rechter Schattierung, die soziale Brutalität, mit der sich die Marktwirtschaft im Osten durchsetzt und Millionen Menschen verunsichert, bedroht und in Existenznot bringt, der wachsende Alkoholismus und die Depressivität als Formen autoaggressiver Gewalt und, nicht zu vergessen, der Umstieg in einen expansiv-konkurrierenden Wirtschaftswettbewerb, der die globalen Probleme auf dieser Welt verschärft – das alles sind ernstzunehmende Indizien für das uns alle berührende Gewaltproblem.

3. Gewalt in Deutschland – Prüfstein der Demokratie

Wir hatten gehofft, und so wurde es uns auch verheißen, daß der Umstieg von der Plan- zur Marktwirtschaft, von der Diktatur des Proletariats zur parlamentarischen Demokratie, vom Mangel und der eingemauerten Enge in die Fülle und unbegrenzte Weite, befreiendes Lebensglück bedeutet. Diese Hoffnung müssen wir begraben. Wir sind in Gefahr, von einer kollektiven Fehlhaltung in eine andere einfach nur umzusteigen, wobei die innere Entfremdung unberührt bleibt. Wir ringen nur um eine andere Form der Kompensation, die in der Vergangenheit im Glauben an die Möglichkeit eines sozial gerechten Lebens bestand. Und als dieser immer brüchiger wurde, hat der Terror des Sicherheitssystems die Aggressivität, die durch Entbehrung, Enttäuschung und Betrug ausgelöst wurde, unter Kontrolle gehalten.

Die Droge des Westens, der verheißene Wohlstand, greift bei uns (noch) nicht so umfassend, daß eine betäubende Wirkung damit rasch zu erreichen wäre. Statt dessen droht die Utopie vom ständig wachsenden Lebensstandard endgültig zusammenzubrechen. Jetzt wird sich zeigen, was die westliche Demokratie wirklich wert ist. Wurzelt sie in den Seelen der Menschen und bestimmt sie auch das Zusammenleben? Oder ist sie nur die „beste aller Möglichkeiten“, um das Destruktive, das mit jeder Entfremdung entsteht, durch die Droge „Konsum“ zu zügeln?

IV. Gewalt als Ausdruck eines umfassenden Gefühlsstaus im vereinigten Deutschland

1. Radikale Jugendliche und asylsuchende Ausländer: Symptome eines sozialen Konflikts

Wir wissen es doch schon längst, daß in der Leistungsgesellschaft die Destruktivität vor allem zeitlich (ökologische Katastrophe!) und geographisch (Reichtum auf Kosten der wachsenden Armut im Osten und im Süden!) verschoben wird. Mit dem „Strom“ der Asylbewerber kommt auf uns zurück, was wir verantwortlich mit angerichtet haben. Die Fremden, die zu uns kommen, machen uns aufmerksam auf eine Illusion vom besseren Leben, auf eine Sackgasse unserer kulturellen Entwicklung. Wir sollten ihnen dankbar dafür sein, daß sie uns das Fremdgewordene in unseren Seelen aufzeigen und uns damit zu einem notwendigen Umdenken hinsichtlich unserer Lebensart und Gesellschaftskonzeption herausfordern.

Wir müssen uns dringend Gedanken machen über eine kausale „Therapie“ der Radikalisierung in der Gesellschaft. Auf keinen Fall dürfen wir in den Fehler verfallen, in den gewalttätigen Jugendlichen nur die neuen Feinde der Gesellschaft zu verfolgen und in den Asylbewerbern nur eine Bedrohung unserer Lebensart zu erleben. Beide Gruppen – die radikalen Jugendlichen und die asylsuchenden Ausländer – sind die Symptome eines kritisch gewordenen sozialen Konfliktes auf dieser Welt.

Die Gewalttäter und ihre Sympathisanten schleudern uns etwas von dem umfassenden Gefühlsstau entgegen, der die Seelen vieler Menschen belastet. Daß dies jetzt gerade im Osten Deutschlands akut auflodert, ist relativ leicht zu verstehen, weil sich hier die psychischen Altlasten mit den neuen sozialen Belastungen vermengen und eine kritische Schwelle überschritten ist. Wir sollten uns aber hüten, dies nur als ein Problem des Ostens zu verstehen, es treffen jetzt lediglich die Ursachen der östlichen und westlichen Lebensart so aufeinander, daß die akuten Symptome der gemeinsamen Krankheit hier – in den neuen Bundesländern – deutlicher aufscheinen.

Zu der Unterdrückungswut gesellt sich die soziale Bedrohung – was bisher durch Stasiterror unter Kontrolle gehalten wurde, wird nicht durch einen Wohlstandsrausch ersetzt, ganz im Gegenteil! Die Jugend verliert die bisherige soziale Sicherheit und Führung, sie muß eine schwere Vertrauenskrise ge-

genüber den bisherigen Autoritäten verarbeiten – Staat, Partei, Kirche, Schule und Elternhaus enthüllen ihre verlogenen, falschen und moralisch verdorbenen Normen und Ideale –, und die verheißenen Werte der westlichen Welt erweisen sich als unerreichbar oder auch als hohl und brüchig. Der mögliche Gewinn an Autonomie wäre an die schmerzliche Erkenntnis der bisherigen Abhängigkeit und Unterwerfung gebunden.

2. Psychologische Erklärung des Verhaltens rechtsextremer Jugendlicher

Wir brauchen uns nur das Verhalten der rechtsextremen Jugendlichen genauer anzusehen: Sie suchen die Gemeinschaft, sie wollen die straffe Führung und huldigen einem Stärkekult und sie reagieren sich gewalttätig ab. Sie gebärden sich militant, Ordnung, Disziplin und Gehorsam stehen als Wert hoch im Kurs. Da sie ihre Überzeugungen und Haltungen vor allem destruktiv austragen, ist der Abwehrcharakter dieses Verhaltens sehr naheliegend, was sich in Einzelfallanalysen auch bestätigen läßt.

In der Gemeinschaft soll die „Heimatlosigkeit“ kompensiert werden, durch die Zurschaustellung von Stärke soll die innere Ohnmacht, sollen Angst und Kränkung verborgen werden, Disziplin und Ordnung sollen dem inneren Chaos einen Halt geben, und mit der Gewalt werden die Beziehungen so gestört und belastet, wie diese Jugendlichen es schon immer erfahren mußten – auf diese Weise wird die im tiefsten Inneren ersehnte, aber ebenso gefürchtete menschliche Nähe am sichersten verhindert. Wirkliche Freundlichkeit würde die stets erfahrene Unfreundlichkeit erst richtig bewußt werden lassen. Das fordert auch von jeder denkbaren Sozialarbeit eine riesige Anstrengung, denn angebotene Herzlichkeit und Nähe kann nicht ohne weiteres als eine befreiende Erfahrung angenommen werden, sondern wird zunächst als Bedrohung der bisherigen mühevollen Abwehr erlebt: Menschen, die in unglücklichen, meist gewalttätigen Verhältnissen aufgewachsen sind, werden durch bessere Lebensbedingungen erst recht an ihre früheren Verletzungen erinnert. Es ist so paradox wie tragisch, daß aus diesem Grund lieber ein Verhalten entwickelt wird, das die bisherige Ablehnung weiterhin garantiert. Die ausgeübte Gewalt bringt an den Tag, was diese Menschen selbst erleben mußten, sie sichert durch Gegengewalt die bekannte und erwartete Ablehnung und Bestrafung, und zugleich schreit darin die verzweifelte Hoffnung auf, doch noch bessere Verhältnisse zu erreichen: Aufmerksamkeit, Verständnis, Annahme, Sicherheit und Liebe.

Wir müssen uns auch klar werden, daß dieses Gewaltproblem mit den Asylbewerbern zunächst überhaupt nichts zu tun hat. Wenn sie nicht wären, würden andere Anlässe und Sündenböcke herhalten müssen. Es ist jedoch auch kein Zufall, daß jetzt vor allem die Asylbewerber Opfer des Terrors werden: Sie halten uns mit ihrer Armut und Not, auch als „Wirtschaftsflüchtlinge“ mit ihrer materiellen Begehrlichkeit, drastisch den Spiegel vor, in dem wir uns selbst in unserer seelischen Armut und der schon vorhandenen oder mit Recht gefürchteten sozialen Not erkennen müßten.

V. Ausblick

Mit der psychologischen Analyse wird nicht nach Entschuldigungen für brutales Verhalten gesucht. Es geht vielmehr darum, unser Verständnis für die umfassenderen Zusammenhänge zu schärfen. Gegen kriminelles Handeln muß unmißverständlich, eindeutig und sofort vorgegangen werden. Gerade die Krawalle in Rostock haben diesbezüglich Mängel gezeigt mit den möglichen verheerenden Folgen: Der Erfolg der Randalen, der Beifall von Gewaltsympathisanten mögen die ersten „positiven“ sozialen Reaktionen aus der Umwelt für diese Täter sein, was auf verhängnisvolle Weise das abnorme Fehlverhalten bestärken könnte. Staatliche Gegengewalt allein ist jedoch keine Antwort – das wäre ein gefährlicher Trugschluß und eine Bagatelisierung des umfassenderen Problems. Wir brauchen darüber hinaus Raum, Zeit und eine personelle Ausstattung für eine umfassende Sozialarbeit. Es gilt vertrauensvolle und ehrliche Beziehungen aufzubauen, in denen diese seelischen Verletzungen offengelegt, verstanden und angemessen durchgearbeitet werden können.

Das vordringlichste Ziel muß jedoch darin bestehen, eine hinreichende soziale Sicherheit und berufliche Perspektive zu gewährleisten. Dies ist zweifellos ein schwieriges, belastendes und insge-

samt langfristiges Programm – aber wenn wir uns dieser Aufgabe nicht stellen, wird uns die Welle der Gewalt allesamt fortreißen. Das latente Gewaltpotential als Folge der strukturellen Gewalt in der Gesellschaft ist riesig, und das Feuer an der Lunte züngelt schon längst. Selbst die besten Sozialprogramme, die strengste Verfolgung der radikalen Straftaten und ein verändertes Asylrecht mit weniger Zuzug von Ausländern können dieses Problem nicht mehr lösen. Nur wenn wir unsere Lebensart als zentrale Ursache begreifen und verändern würden, bliebe vielleicht noch eine geringe Chance.

Es geht dabei um die Überwindung der Entfremdung der Menschen, durch die sie entweder zu Untertanen oder zu Konsumenten werden. Wir brauchen natürlichere und gesündere Lebensformen. Das sind vor allem zuverlässige Mutter-Kind-Beziehungen, eine umfassende Befriedigung der natürlichen Bedürfnisse der Kinder, vor allem ihrer Wünsche nach sozialem Kontakt, nach Nähe, Angenommen- und Verstandensein, nach Bestätigung ihrer selbst, wie sie sind und nicht wie sie werden sollen, insgesamt also nach repressionsarmer Begleitung und nach offener und ehrlicher Kommunikation mit unverstelltem und authentischem Gefühlsausdruck. Dies sind entscheidende Voraussetzungen für bessere menschliche Beziehungen, die die Sucht des Konsumierens und des wirtschaftlichen Wachstums vermindern könnten. Unser angehäufter Reichtum hat noch nirgendwo auf der Welt das wachsende Elend wirklich verringern können. Aber wesentliche soziale Gefüge wurden damit zerstört und eine Illusion von einem „Glück“ genährt, der wir Ostdeutschen gerade zum Opfer gefallen sind. Daraus könnten wir lernen, daß eine kollektive Flucht aller Menschen auf dieser Welt in den „Westen“ nicht nur absurd ist, sondern auch unsere törichte Utopie entlarvt. Wir werden auf unseren Reichtum verzichten und ihn verteilen, oder wir werden Krieg gegen die Armen führen müssen. Mir scheint, dieser Krieg hat schon begonnen.

Jugendliche in Brandenburg – Signale einer unverstandenen Generation

I. Vorbemerkungen

„Die Jugendlichen in den neuen Ländern sind rassistisch und ausländerfeindlich, die nazistische Vergangenheit Deutschlands ist ihnen nicht Lehre und Mahnung, sie wird nicht mit millionenfachem Völkermord assoziiert, sondern mit deutschem Glanz, Abenteuer und Mannesmut. Dies alles wird genährt durch den Applaus der Älteren bei Gewaltaktionen gegen Asylbewerber und ist verwoben mit Arbeitsscheu, Jammerei, Zimperlichkeit und unverschämter Erwartungshaltung.“ Dieses hier in der Zusammenfassung sicher überzeichnete Bild wird dem unbefangenen Medienkonsumenten nicht nur durch Boulevardzeitungen der alten und neuen Bundesländer, sondern zunehmend auch durch die renommierte Auslands- und durch gut inszenierte TV-„Berichterstattung“ vermittelt. Prüfen wir exemplarisch eine dieser Aussagen – die behauptete extreme Ausländerfeindlichkeit der Ostdeutschen – auf ihre empirische Evidenz.

Im Rahmen der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) – Gemeinschaftsprojekt des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) Mannheim und des Zentralarchivs (ZA) Köln – wurden im Juni 1992 repräsentative Zufallsstichproben von 2400 Westdeutschen und 1100 Ostdeutschen gezogen und die Testpersonen u. a. nach ihren Einstellungen zu Asylbewerbern befragt. Die Ergebnisse weisen auf eine im Vergleich deutlich niedrigere Asylbewerberfeindlichkeit in Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland und vielen anderen Ländern Westeuropas hin. Allerdings ist diese in den Altersgruppen ungleich verteilt: Im Westen erfaßt sie eher die ältere Generation, im Osten die jüngere.

Diese Aussagen sollen nicht darüber hinwegtäuschen, daß rechtsradikale und fremdenfeindliche Verhaltensäußerungen, insbesondere von Jugendlichen, seit der Einigung zu einem festen Bestandteil der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Ost-

deutschland geworden und daß diese beschämenden Aktionen ernst zu nehmen sind. Sie sollen aber einer unzweifelhaft vorhandenen Verdrängung und verzerrten Wahrnehmung der Problematik im Westen entgegenwirken sowie darauf hinweisen, daß bei der Suche nach Ursachen und praktikablen Interventionsansätzen nicht die „bewährten“ (westlichen) Erklärungsmuster, sondern die historischen und gegenwärtigen Lebensbedingungen der Jugendlichen im „Beitrittsgebiet“ im Zentrum der Betrachtung stehen müssen.

II. Problemdefinition

Mit dem Ende der DDR sind in den neuen deutschen Bundesländern unerwartet tiefgreifende Veränderungen mit ungewöhnlicher Dynamik in Gang gesetzt worden, die alle gesellschaftlichen Bereiche und natürlich auch die Lebensbedingungen der Jugendlichen betreffen. Damit verbindet sich „keineswegs nur ein Zuwachs an Freiheit. . . , schon gar nicht ein Abbau sozialer Ungleichheit. Mit einer Zunahme der Freiräume zur Gestaltung des eigenen Lebensweges ist auch die Herauslösung aus der selbstverständlichen Zugehörigkeit zu sozialen Lebenszusammenhängen . . . verbunden. Der einzelne kann, aber er muß auch zunehmend seinen Lebensweg selbst gestalten; vor allem muß er die Risiken des Scheiterns allein tragen.“¹

Die unter westlichen Sozialisationsbedingungen heranwachsenden Jugendlichen sind auf die Anforderungen, Manager und Promoter ihres Lebenslaufs zu werden, mehr oder minder gut vorbereitet. Von den Jugendlichen der neuen Länder dagegen wird die unerwartete Aufgabe, die an die Stelle einer zwar beschränkten, aber sicheren beruflichen Perspektive und eines damit verbundenen planbaren Lebensstils tritt, tendenziell als

1 Vgl. Wilhelm Heitmeyer, Wenn der Alltag fremd wird. Modernisierungsschock und Fremdenfeindlichkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36 (1991) 7, S. 851–858; vgl. auch den Beitrag von W. Heitmeyer in diesem Heft.

Überforderung und Bedrohung erlebt². Dies gilt um so mehr, als die alten Werte wie bspw. kollektive Solidarität am Arbeitsplatz als Orientierungsmuster bei der Bewältigung der Anforderungen ungültig geworden sind und neue Werte, wie bspw. weitgehend von der eigenen Leistung abhängige berufliche Entwicklungschancen, angesichts eigener unzulänglicher Voraussetzungen und der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wenig glaubhaft erscheinen.

Ausdruck entstehender Verunsicherungen und Ängste bei Jugendlichen sind zum einen militante Forderungen nach einer Restauration sozialistischer Verhältnisse, die mit einer hohen gesellschaftlichen Anerkennung der Jugend und sozialer Geborgenheit für Schwache assoziiert wird. Auf der anderen Seite ist eine Welle der Jugendgewalt und Fremdenfeindlichkeit zu registrieren. Insbesondere die zuletzt genannten Symptome bedienen, wie bereits angesprochen, die sensationshungrigen Medien, aber auch die Klischees vom „faschistischen, chauvinistischen Deutschen“ im Ausland, die angesichts der Nazi-Vergangenheit und der Furcht vor dem wiedervereinigten Deutschland Konjunktur haben. Läßt sich diese Berichterstattung, die den derzeit zu beachtenden Verhaltensmustern ostdeutscher Jugendlicher altergebrachte Wertesysteme zugrunde legt, durch wissenschaftliche Befunde untermauern?

III. Probleme Jugendlicher des Bundeslandes Brandenburg – Ergebnisse dreier Untersuchungen

Zur Beantwortung dieser Frage können die Ergebnisse dreier Studien beitragen, die Ende 1991 vom Institut für Familien- und Kindheitsforschung an der Universität Potsdam durchgeführt wurden.

2 Vgl. Sarina Keiser/Bernd Lindner, Jugend im Prozeß der Vereinigung. Erfahrungen, Empfindungen und Erwartungen der Neubundesbürger aus der Sicht der Jugendforschung, in: Bernhard Muszynski (Hrsg.), Deutsche Vereinigung. Probleme der Integration und der Identifikation, Opladen 1991, S. 27–43; Peter Dietrich/Michael Kohlstruck/Dietmar Sturzebecher, Jugendszene und Jugendgewalt im Land Brandenburg (Forschungsbericht), Potsdam 1992; Ute Starke, Jugend in Leipzig 1991, Manuskriptdruck des Laboratoriums für Studentenforschung und der Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung e. V., Leipzig (1991); Walter Friedrich/Wilfried Schubarth, Ausländerfeindliche und rechtsextreme Orientierungen bei ostdeutschen Jugendlichen. Eine empirische Studie, in: Deutschland Archiv, 24 (1991) 10, S. 1052–1065.

Dies sind

- eine für das Bundesland Brandenburg repräsentative Jugendbefragung zur individuellen Konflikt- und Problembelastung, zu kulturellen und politischen Orientierungen, zur Fremdenfeindlichkeit und zum Freizeitverhalten;
- eine Analyse von Interviews mit Mitgliedern der rechtsradikalen (Skinhead-)Szene zu ihrer Lebenssituation und ihren Zukunftserwartungen, zum Nationalbewußtsein und zur Einstellung gegenüber Fremden sowie
- eine für den Kreis Oranienburg (ca. 126 000 Einwohner in 45 Kommunen) repräsentative Analyse der Freizeitangebote für Jugendliche.

In die repräsentative Fragebogenerhebung des Bundeslandes Brandenburg waren 1 644 vierzehn- bis achtzehnjährige Schüler und Auszubildende einer Zufallsauswahl von 42 Schulen und Oberstufenzentren einbezogen. Im Rahmen der zweiten Studie wurden Interviews mit 40 Angehörigen (32 Männer und 8 Frauen zwischen 15 und 22 Jahren) von Gruppierungen der Jugendszene, die sich selbst als Sympathisanten rechtsradikaler Gruppen verstehen bzw. als solche gelten, geführt³. Den Interviews lag ein vom Institut entwickelter teilstandardisierter Interviewleitfaden zugrunde. Die dritte Studie beinhaltet die Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von 40 Bürgermeistern. Zusätzlich wurden insgesamt 17 Experteninterviews mit Mitarbeitern von Jugendämtern und Leitern von Jugendeinrichtungen über Verbreitung und Erscheinungsformen gewalttätiger Jugendgruppen geführt.

Sicher können die Ergebnisse der drei Teilstudien nur einen kleinen Ausschnitt der komplexen Lebenssituation Jugendlicher erhellen. Aber sie stellen erste Momentaufnahmen vom Weg einer ostdeutschen Generation in eine noch fremde Gesell-

3 „Im Zusammenhang solcher Fremdzurechnungen ist allerdings Vorsicht geboten: Bereits die Alltagswahrnehmung reduziert die Komplexität neuer und noch unbekannter Phänomene der sozialen Wirklichkeit durch Zurückführung auf bekannte Kategorien und sichere Standorte. Unterstützt werden diese Zuschreibungen dabei von den Mechanismen der öffentlichen Nachrichtenproduktion. Schnelle Außenetikettierungen laufen aber Gefahr, die von ihnen scheinbar nur beobachteten Phänomene auch (mit)zuproduzieren. Sie können zu einer (ideologischen und/oder sozialen) Verfestigung von Gruppierungen beitragen, die ohne die Zuschreibung von Prädikaten wie *rechtsradikal* oder *neonazistisch* nicht oder nicht im gleichen Ausmaß und Tempo erfolgen würde.“ Peter Dietrich/Michael Kohlstruck, Erscheinungsformen und Motive von Gewalt – Herausforderungen für Jugendpolitik und Jugendarbeit, in: Broschüre des Arbeitsausschusses für politische Bildung Bonn (1992), S. 17–25.

schaft dar. Momentaufnahmen bleiben sie vorläufig auch deshalb, weil aus vielfältigen Gründen unter regionalen oder historischen Aspekten vergleichbare Forschungsergebnisse kaum greifbar sind. Der Wandel der Wertvorstellungen der Jugendlichen wird deshalb erst in Folgeuntersuchungen quantitativ und qualitativ näher bestimmt werden können.

In den folgenden, auf bestimmte Wertebereiche bezogenen Ausführungen werden wir immer zuerst die Ergebnisse der Interviews mit der (Extrem-)Gruppe der Skinheads und danach die Ergebnisse der landesrepräsentativen Jugendbefragung vorstellen. Letztere halten wir aufgrund der weitestgehend ähnlichen historischen und aktuellen Lebensbedingungen in allen neuen Bundesländern auch für die Situation aller ostdeutschen Jugendlichen für aussagekräftig.

1. Jugend und berufliche Karriere

Aus den Darlegungen der Skinheads über ihre Lebenssituation und ihre Zukunftserwartungen wird durchgängig eine dominierende „Normalitätssehnsucht“ deutlich. Erstrebt werden ein sicherer Arbeitsplatz, eine Familie, eine eigene Wohnung, ein PKW, vor allem aber Zukunftssicherheit. Dieser Grundorientierung folgend, sehen fast alle Befragten die Zugehörigkeit zu ihrer Gruppe als vorübergehend an. Sie soll mit einem festen Arbeitsplatz und einer festen Partnerbeziehung enden.

Zwei Hauptprobleme werden von den Jugendlichen immer wieder genannt: die unsicheren Aussichten auf einen Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz und die fehlenden Freizeitangebote (auf die wir an anderer Stelle noch eingehen werden). Die erstgenannten Ängste sind durchaus realistisch, die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Brandenburg mit knapp 20 Prozent⁴ wesentlich höher als die allgemeine Arbeitslosenrate von ca. 14 Prozent. Betroffen sind vor allem Jugendliche, die nach der Lehre nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden oder denen man aufgrund ihres Alters und geringerer familialer Verpflichtungen mehr berufliche Mobilität und Disponibilität bzw. Flexibilität in der Umschulung zumutet. Gegen solcherart motivierte Entlassungen sind Jugendliche oft machtlos, da es im Rahmen der tradierten Interessenvertreter der Arbeitnehmer wie Gewerkschaft oder Personalrat kaum Vertreter von Jugendinteressierten gibt. Eine weitere Benachteiligung Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt besteht darin, daß un-

ter DDR-Bedingungen ordnungsgemäß erworbene berufliche Abschlüsse gegenwärtig mit Hinweis auf fehlende Berufserfahrung vielfach nicht anerkannt oder Nachqualifikationen gefordert werden.

Fehlende berufliche Perspektiven tragen offenbar zu einem Ansteigen von Aggression und Kriminalität bei: Die Städte mit den höchsten Zahlen an männlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren sind im Jahr 1992 übrigens in ähnlicher Reihenfolge auch die Brennpunkte der Jugendgewalt: Cottbus (768), Fürstenwalde (540), Oranienburg (518), Eberswalde (452), Frankfurt/Oder (450)⁵.

Die Zukunftsängste, die sich in den Interviews mit den Skinheads zeigten, lassen sich auch in den Ergebnissen der landesrepräsentativen Jugendbefragung finden. Als die wichtigsten psychosozialen Konflikte und Probleme nannten die Jugendlichen Bedrohungen durch die zunehmende Umweltzerstörung (Platz 1) und den unkontrollierten Anstieg der Asylbewerberzahlen (Platz 2), weiterhin die Kriegsgefahr, die vom Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens ausgeht (Platz 4), sowie Ängste, die die berufliche Karriere betreffen.

Folgerichtig finden wir, daß im Landesmaßstab mehr als ein Viertel⁶ aller Jugendlichen immer oder oft unter der Angst leidet, nach der Schule oder Lehre keine Lehr- oder Arbeitsstelle zu bekommen, oder darüber nachdenkt, wegen der düsteren Perspektiven in den Westen zu gehen. Gewiß, dem westlichen Betrachter erscheinen diese Zahlen nicht ungewöhnlich, die Zukunftsunsicherheit mag nicht höher als in Oldenburg oder Essen sein. Aber das Ergebnis, daß ca. ein Viertel der Jugendlichen „immer oder oft“ (Skalenstufe des Fragebogens) karrierebezogene Zukunftsängste reflektiert, sagt noch nichts über das vermutlich hohe individuelle Belastungsniveau und führt zu falschen Interpretationen, wenn man die Sozialisationserfahrungen der Jugendlichen nicht in Rechnung stellt: Die Fähigkeit, den mit solchen neuartigen Konflikten verbundenen Streß zu ertragen, wurde in der DDR ebensowenig erlernt wie die entwicklungsfördernde Konfliktbewältigung.

So konnten wir bspw. anhand signifikanter Mittelwertunterschiede in Untersuchungen unseres Instituts feststellen, daß schon in der Familien-erziehung von Vorschulkindern ostdeutsche Eltern Erziehungsziele, die auf Konformität gerichtet sind (bspw. Gehorsam, Hilfsbereitschaft, Höflich-

5 Vgl. Statistische Mitteilungen des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg, Berlin 1992.

6 Vgl. Dietmar Sturzbecher/Peter Dietrich, Die Situation von Jugendlichen in Brandenburg. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 1992.

4 Vgl. Umfrage der Info GmbH in der Märkischen Allgemeinen Zeitung vom 20. August 1992.

keit, Ordnung, Ehrgeiz), wesentlich bedeutsamer einschätzten, als westdeutsche Eltern. Dagegen waren die Erwartungen an das Selbstbewußtsein der Kinder sowie ihre Selbständigkeit, Aufgeschlossenheit und Kritikfähigkeit signifikant geringer ausgeprägt als im Westen⁷. Die Wunschkinder des Ostens dürften also in einer Ellenbogengesellschaft die schlechteren Karten haben. Sie erscheinen sozial beziehungsbedürftiger, angepaßter und ehrgeiziger, sie haben aber leider auch geringere Chancen, diesen Ehrgeiz in einer beruflichen Karriere zu befriedigen.

In Kindergarten und Schule finden wir die gleiche Überbetonung von Disziplin und Wohlverhalten, darüber hinaus unzureichend differenzierte Bildungsangebote sowie einen autoritären Erziehungsstil, letztlich also eine Ausrichtung von Bildung und Erziehung auf Individualitätsverzicht; nicht Selbständigkeit, Phantasie und Kreativität bei der Problemanalyse und -bewältigung in der DDR im intellektuellen, ästhetischen und sozialen Bereich wurden gefordert, der pädagogische Schwerpunkt lag vielmehr auf der Vermittlung eines im Alltag kaum anwendbaren Wissens und auf dem Einüben kollektivistischen Verhaltens, d. h. letztlich also darauf, vorgegebene Leistungen zu reproduzieren⁸. Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, daß es vielen Jugendlichen an Eigeninitiative, Selbstbewußtsein, sozial-kommunikativen und Problemlösungsfähigkeiten mangelt, mithin an Fähigkeiten und Eigenschaften, die angesichts neuartiger Anforderungen und Lebensbedingungen existentielle Bedeutung erlangen.

Zu diesen Anforderungen zählt bspw., daß man sich einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in einer Konkurrenzsituation erkämpfen und dabei seine individuellen Vorzüge selbstbewußt darstellen muß. In der DDR gab es staatlich gesteuerte Vermittlungsmechanismen, die jedem Absolventen eines Ausbildungsganges einen (wenn auch nicht immer den gewünschten) weiterführenden Ausbildungsplatz oder eine Arbeitsstelle garantierten, ohne daß es dazu besonderer Anstrengungen bedurfte. Da es sich um eine geschlossene Gesellschaft ohne freien Wohnungsmarkt handelte, mußte dieser Ausbildungs- oder Arbeitsplatz meist

in Wohnortnähe gefunden werden; bei der Auswahl von Berufsbewerbern war für die Arbeitgeber die Lösung des Wohnungsproblems oft wichtiger, als eine spezielle berufliche Qualifikation. Dies führte in Ostdeutschland zu einer gewissen Bodenständigkeit, die die Mobilität und Disponibilität der Jugendlichen heute einschränkt.

Psychosoziale Belastungen, die sich auch in einem dramatischen Ansteigen der Jugendgewalt und der Suizidrate äußern, werden durch das Fehlen sozialer Netze und Defizite in der Jugendhilfe erhöht. Erhalten Jugendliche im allgemeinen in der Schul- und Ausbildungsphase Orientierungshilfen oder auch finanzielle Mittel durch ihre Familien oder öffentliche Einrichtungen, so steht den ostdeutschen Jugendlichen diese Unterstützung nur in geringem Maße zur Verfügung. Der Grund dafür ist, daß Beratungsstellen der Kommunen und öffentlichen Träger nur schleppend entstehen und die Mütter und Väter der Jugendlichen vielfach selbst ihre berufliche Existenz verloren haben. Damit geht bei den Eltern häufig der Verlust ihrer Orientierungsfunktion und Unterstützungsbereitschaft einher: Eltern und Jugendliche befinden sich – bezogen auf ihre Lebenskarriere – im gleichen Stadium, in der gleichen Rolle, sie suchen nach neuen Lebensmustern und versuchen, sich – mit allen Risiken und Ängsten – auf eine tragfähige berufliche Existenz vorzubereiten. Das hat einerseits eine gewisse Solidarität der Generationen zur Folge; Jugendliche werfen den Älteren kaum das, zumindest durch fehlenden Widerstand akzeptierende, Ausharren in sozialistischen Verhältnissen vor. Andererseits wird das Familienklima repressiver; wechselseitige Hilfe, Trost und Kompromißbereitschaft nehmen angesichts individueller Probleme und Belastungen ab. Dafür fanden wir Belege bei einer Befragung von 76 Magdeburger Kindern⁹; vermutlich würde sich dieses Ergebnis in Familien mit Jugendlichen bestätigen.

Setzt man also die im wesentlichen durch Erziehung und Bildung in einem andersartigen Gesellschaftssystem geprägten Persönlichkeitseigenschaften der Jugendlichen, die vom Inhalt und ihrer fehlenden Vorhersehbarkeit her neuartigen Anpassungsforderungen¹⁰ sowie die unzureichenden öffentlichen und familialen Hilfen bei ihrer Bewältigung ins Verhältnis, wird deutlich, daß

7 Vgl. Dietmar Sturzbecher/Klaus Kalb, Vergleichende Analyse elterlicher Erziehungsziele in der ehemaligen DDR und der alten Bundesrepublik, in: Psychologie in Erziehung und Unterricht, 40 (1993), München-Basel (i. E.).

8 Vgl. Uwe Schaarschmidt, Wie könnte eine kinderfreundlichere Schule aussehen, in: Hans-Dieter Schmidt/Uwe Schaarschmidt/Volkhard Peter (Hrsg.), Dem Kinde zugewandt, Hohengehren 1991, S. 24–34; Hans-Dieter Schmidt, Das Bild des Kindes und seine pädagogischen Konsequenzen, in: ebd., S. 1–12.

9 Vgl. Dietmar Sturzbecher, Der Familien-Interaktions-Test für Vorschulkinder (FIT-K) und erste Ergebnisse seiner Erprobung, in: Psychologie in Erziehung und Unterricht, 40 (1993) i. E.

10 Vgl. Wolfgang Kühnel, Doppelte Identität. Jugendliche im Vereinigungsprozeß, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36 (1991) 11, S. 1333–1344.

Tabelle 1: Einstellungen von Jugendlichen des Bundeslandes Brandenburg zur Marktwirtschaft und zu Westdeutschen (in Prozent)

Aussage	zutreffend	nicht zutreffend	keine Meinung
Die soziale Marktwirtschaft führt zum Wohlstand für alle.	20,1	40,9	38,9
Die Monopole saugen uns aus.	33,1	12,5	54,4
Der Kapitalismus muß weg.	42,0	45,1	12,9
Die Wessis bescheißen die Ossis, wo sie nur können.	58,2	14,5	27,3

Quelle: Peter Dietrich/Michael Kohlstruck/Dietmar Sturzbecher, Jugendszene und Jugendgewalt im Land Brandenburg (Forschungsbericht), Potsdam 1992.

nicht fehlende individuelle Anstrengungsbereitschaft die Schuld an den Adaptionenproblemen eines Teils der Jugendlichen trägt.

Der genannte Zusammenhang spricht einerseits dafür, daß die Anpassungsprobleme schwinden werden. Andererseits ist diese Prognose aber zumindest für die derzeitige Generation der Jugendlichen unsicher. Der Verlust einer zwar beschränkten, aber doch sicheren beruflichen Perspektive wird nicht auf die eigene Unvollkommenheit, sondern auf die unbekanntere Marktwirtschaft, das neue politische System oder seine personifizierten Vertreter, die sogenannten „Wessis“, zurückgeführt. Angesichts derzeit fehlender eigener Entwicklungschancen wird von den jungen Menschen nicht erkannt oder verdrängt, daß die ehemals sichere Perspektive über eine „verdeckte Arbeitslosigkeit“ ermöglicht wurde und mit einer Nivellierung individueller Entwicklungschancen und Mißwirtschaft einherging.

Der Selbstwertverlust vieler Jugendlicher, der aus dem derzeitigen Ausschluß vom Arbeitsmarkt resultiert, wird verstärkt durch den dadurch erzwungenen Konsumverzicht (viele für Jugendliche attraktive Konsumgüter wie Unterhaltungselektronik sind ihrem Geldwert nach heute wesentlich billiger, aber wegen der geringen Einkommen unerschwinglich) und die Erfahrung, daß mit hohem sozialen Status verbundene Positionen in Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft oder Politik zunehmend von Bewerbern aus Westdeutschland eingenommen werden. Vor diesem Hintergrund wandeln sich die überzogenen Erwartungen an die Marktwirtschaft in Skepsis und Resignation; die einst vielfach belächelten „sozialistischen Ideale“ und „sozialen Errungenschaften“ gewinnen neue Bedeutung und neuen Glanz. Dieser Befund wird durch die Ergebnisse in Tabelle 1 gestützt.

Die in Tabelle 1 zusammengefaßten Befragungsergebnisse verdeutlichen die außerordentliche Skepsis, die fast die Hälfte der Jugendlichen dem nun auch in Ostdeutschland eingeführten marktwirtschaftlichen System entgegenbringen. Mädchen sprechen sich übrigens signifikant häufiger und entschiedener gegen die Marktwirtschaft aus. Sie haben offensichtlich erkannt, daß Frauen von der neuen Arbeitslosigkeit viel häufiger betroffen sind als Männer. Dies wie auch der Abbau der institutionellen Kinderbetreuung oder die drohende Verschärfung des Abtreibungsrechts wird als Angriff auf eine errungene Unabhängigkeit der Frauen in Ostdeutschland erlebt, die sicher nicht mit Gleichberechtigung gleichgesetzt werden konnte.

Insgesamt deutet sich bei den Jugendlichen Widerstand gegen die derzeitige gesellschaftliche Entwicklung an. Dieser wird u. a. dadurch genährt, daß die Jugend durch spezielle sozialpolitische Maßnahmen in der Vergangenheit gegenüber anderen Altersgruppen wie Senioren deutlich bevorzugt wurde und deshalb die jetzige Zurücksetzung besonders deutlich empfindet. Und so entwickelt sich diese „Wendegeneration“ Jugendlicher teilweise zu provokanten „Wendeverlierern“¹¹ – zu einer „verlorenen“ Generation mit unzeitgemäßen Idealen¹² und unrealistischen Wünschen, aber ohne brauchbare Ausbildung und übliche Hilfen. Demgegenüber hat die nachfolgende Generation Zeit, die geforderten Sozialisationsleistungen zu trainieren; die vorangehende hat sich vielfach bereits mittels größerer Lebens- und Berufserfahrung erfolgreich anpassen können.

11 Vgl. Walter Friedrich/Wilfried Schubarth (Anm. 2).

12 Horst Kühn, Zum Konflikterleben von Schuljugendlichen in der letzten Phase der Existenz der DDR, in: Psychologie und Geschichte, 4 (1992).

2. Jugend und Nationalismus

In Zusammenhang mit dem Bild, das die Medien von ostdeutschen Jugendlichen zeichnen, wird oft von einem „neuen Nationalismus“ gesprochen. Wir haben deshalb versucht aufzuhellen, welche Bedeutung „Deutschland“ für die Jugendlichen besitzt und welchen Platz es in der Gemeinschaft der Nationen einnehmen soll. Wenden wir uns zuerst wieder den Aussagen der Skinheads zu.

Diese Jugendlichen reklamieren für sich zunächst einmal das Recht auf ein deutsches Nationalgefühl. Patriotismus und seine Zurschaustellung bis hin zu seiner Propagierung als wesentliches Erziehungsziel gehören in anderen Nationen zur Normalität, was die Jugendlichen sensibel registrieren. Verständlich wird die Nachdrücklichkeit, mit der ein deutsches Selbstwertgefühl beansprucht wird, aber auch die unbewußte oder politisch motivierte Umdeutung dieses Nationalgefühls durch Außenstehende in eine politische Ideologie bzw. Bewegung jedoch nur, wenn man die historischen Hintergründe in die Betrachtung einbezieht.

Der Aufblähung und Instrumentalisierung des Wertes „Nation“ durch die Nationalsozialisten folgte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein gegenläufiger Prozeß: Nationalbewußtsein zu haben oder Nationalgefühl zu zeigen war in Deutschland nicht mehr opportun und wurde in beiden Staaten stigmatisiert. Dieser Prozeß, der sich besonders in der institutionalisierten Erziehung zeigte, hielt in der DDR tendenziell bis zu ihrem Ende an, wenn sich auch seit Mitte der siebziger Jahre Bemühungen zeigten, die mit diesem Prozeß verbundene „Geschichtslosigkeit“ staatlich gesteuert zu überwinden. Das Zurschautragen von Nationalgefühl besaß aber in Ostdeutschland Symbolcharakter für einen individuellen Widerstand gegenüber der politischen Unfreiheit und wird nun, da der staatliche Widerstand weggefallen ist, ausgelebt. Es handelt sich wahrscheinlich „nur“ um ein vorübergehendes, „nachlaufendes“ Phänomen. Ein Indiz für diese Vermutung ist, daß Nationalgefühl sich in den Interviews immer in Form der Ablehnung einer (angeblichen) Zurücksetzung durch Angehörige fremder Nationen bzw. einer zugemuteten Selbst-Zurücksetzung artikuliert.

Darüber hinaus wird „Nation“ in Ostdeutschland als Solidargemeinschaft in Anspruch genommen, was aus der schweren moralischen, ökonomischen und sozialen Krise zu erklären ist. Mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit und die Zukunftsunsicherheit fordern die Jugendlichen, daß Unterstützungen an Entwicklungsländer und internationale Krisengebiete unterbleiben sowie Nicht-Deutsche und

vor allem Asylbewerber von sozialen Leistungen ausgeschlossen werden, solange der wirtschaftliche Aufschwung in Ostdeutschland noch aussteht. Forderungen nach einer Dominanz der deutschen Wirtschaft und Politik in Europa und der Welt stellten in den Interviews die Ausnahme dar.

Ebenso wie das akzentuiert patriotische Gebaren dürfte auch die zuweilen in den Interviews geäußerte Sympathie mit dem Nationalsozialismus Folge der einseitigen Aufarbeitung deutscher Geschichte in den Schulen der DDR und Ausfluß aktuell vorhandener sozialer Ängste sein. Die Jugendlichen vermuten, daß auch das vermittelte Bild vom Nationalsozialismus negativ verfälscht wurde und interpretieren bspw. die im Verlaufe der Kriegsvorbereitung abnehmende Arbeitslosigkeit im Nazideutschland vor dem Hintergrund eigener Wünsche außerhalb des historischen Zusammenhangs. Die damit verbundene retrospektive Umdeutung wird durch das erlebte wirtschaftliche und politische Versagen des sozialistischen Systems gefördert, das sich stets als überlegen dargestellt hat.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die hier wiedergegebenen Einstellungen von Angehörigen einer Jugendkultur (Skinheads) geäußert wurden, der ca. drei Prozent der Jugendlichen angehören und weitere ca. 16 Prozent der befragten Jugendlichen Sympathie entgegenbringen. Es ist jedoch zu vermuten, daß diese Wertvorstellungen latent auch im Bewußtsein anderer Bevölkerungsgruppen präsent sind. Dies zeigt sich auch in den in Tabelle 2 zusammengestellten Ergebnissen der landesrepräsentativen Jugendbefragung.

Erschreckend erscheint vor allem, daß ca. 17 Prozent der Jugendlichen einer Aussage zustimmen (Aussage 1), mit der ein offen revanchistischer Inhalt angesprochen wird und die auf eine nicht gewaltlos zu erreichende Änderung des Status quo in Europa zielt. Diese Zustimmung liegt höher, als das bei den Erwachsenen der Fall ist und wirkt auch deshalb beängstigend, weil anscheinend fünf Prozent der Jugendlichen militärische Mittel bei einer Neuordnung der europäischen Grenzen akzeptieren würden (Aussage 4). Jeweils die Hälfte der Jugendlichen wünscht sich ein blockfreies, neutrales Deutschland (Aussage 2) bzw. ein einheitliches, freies und demokratisches Europa (Aussage 3). Die Zustimmung zur Europa-Idee liegt im Trend von Befragungen, die für die Bundesrepublik repräsentativ sind, während die Präferenzen für ein neutrales Deutschland dem NATO-Engagement der derzeitigen Bundesregierung und ihrem Wunsch nach militärischer Präsenz im Rahmen von UN-Missionen entgegengerichtet zu sein

Tabelle 2: Einstellungen zur Nation (in Prozent)

Aussage	zutreffend	nicht zutreffend	keine Meinung
1. Ich bin für ein Deutschland in den Grenzen von 1937.	17,3	42,4	40,4
2. Ich will ein blockfreies, neutrales Deutschland.	50,4	14,2	35,4
3. Ich bin für ein einheitliches, freies, demokratisches Europa.	54,1	19,4	26,5
4. Wir brauchen den Frieden zwischen allen Völkern.	78,2	5,2	16,6

Quelle: wie Tabelle 1.

scheinen. Insgesamt erstaunt die hohe Anzahl indifferenter Äußerungen.

Betrachten wir die Untersuchungsergebnisse in Abhängigkeit von soziographischen Variablen (Alter und Geschlecht der Befragten, Schultyp und Wohnumfeld), so fällt eine Fülle signifikanter Unterschiede auf, denen jedoch meist nur schwache Zusammenhänge zugrunde liegen. Jedoch ließen sich keine Unterschiede zwischen Jugendlichen in Städten und auf dem Lande finden. Der Aussage „Ich bin für ein Deutschland in den Grenzen von 1937“ stimmen Gesamtschüler und Auszubildende eher als Gymnasiasten und Jungen eher als Mädchen zu; die Zustimmung wächst generell mit dem Alter der Befragten. Mädchen zeigen (Aussage 2 ausgenommen) insgesamt ein unentschlosseneres Antwortverhalten. In Zusammenhang mit der vierten Aussage artikulieren sie einen deutlich stärker ausgeprägten Wunsch nach Frieden; dieser Wunsch wird in bezug auf die Gesamtstichprobe mit zunehmendem Alter schwächer und ist bei den Gymnasiasten am stärksten ausgeprägt.

Hinsichtlich der Ideen eines neutralen Deutschland (Aussage 2) bzw. eines einheitlichen Europa (Aussage 3) gibt es mehr Zustimmung, aber auch mehr Ablehnung von Jungen, was durch die große Zahl indifferenter Mädchenaussagen ermöglicht wird. Beide Ideen verlieren mit zunehmendem Alter an Attraktivität, die größte genießen sie wiederum bei Gymnasiasten. Die signifikanten Unterschiede zwischen den Antworten der Mädchen und Jungen insbesondere bei der Aussage „Wir brauchen den Frieden zwischen allen Völkern“ spiegeln u. a. eine größere „Problem-“ und „Konfliktsensibilität“ der Mädchen wider.¹³ Sie sind „ängst-

licher“, zeichnen sich durch ein stärker „sozial bezogenes Denken“ aus und sind durch Schilderungen von Kriegsfolgen stärker beeindruckt als Jungen. Männliche Jugendliche interessieren möglicherweise andere politische Themen stärker als die Kriegsgefahr, die aufgrund der schwindenden Ost-West-Konfrontation zum Zeitpunkt der Untersuchung deutlich gesunken war.

3. Jugend und Fremdenfeindlichkeit

Betrachten wir die Einstellungen der Jugendlichen des Landes Brandenburg zu sozialen Außenseitern, so sind sie bei den befragten Skinheads von der gleichen kleinbürgerlichen Normalitäts-Norm geprägt, wie die oben skizzierten Wünsche an das eigene Leben: Gegenüber Linken, Homosexuellen oder Asylbewerbern wird eine aggressive und intolerante Haltung eingenommen. Der Wunsch nach einer kulturellen, ethnischen, politischen und sexuellen Homogenität ist affektiv hoch besetzt, die Ablehnung des vermeintlich „Unnormalen“ reicht bis zum Haß.

Bei einem Teil der Befragten wird die Fremdenangst mit dem Argument der Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt begründet. Ausländer, also meist gleichfalls sozial und finanziell schlecht gestellte Gruppen, werden als Konkurrenzclientel der Sozialpolitik wahrgenommen und sollen mit dem Hinweis auf ihre Andersartigkeit abgewertet und ausgeschlossen werden. Die vorgebrachten Begründungen enthalten selten Argumente des „klassischen“ Rassismus, sie sind eher dem Apartheid-Prinzip des sogenannten „Ethnozentrismus“ entlehnt. Ihr Wesen liegt im Beharren auf einer *Unvereinbarkeit* mit dem anderen; die Kriterien, nach denen er bestimmt wird (Natur oder Kultur), spielen keine Rolle. Die Völker und Ethnien sollen „ihre Kultur“ ausleben – aber eben

¹³ Vgl. Michael Brodbeck, Zur Reflexion psychosozialer Konflikte durch Schuljugendliche, Frankfurt/Main 1992.

Tabelle 3: Einstellungen gegenüber Ausländern (in Prozent)

Aussage	zutreffend	nicht zutreffend	keine Meinung
Deutschland den Deutschen – Ausländer raus.	42,3	31,9	25,8
Die Ausländer muß man aufklatschen und raushauen.	29,5	45,4	25,1
Die meisten Kriminellen sind Ausländer.	33,1	42,7	24,2
Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.	39,4	35,2	25,4

Quelle: wie Tabelle 1.

jeweils für sich und auf ihrem Territorium. Auf diese Weise erhält die Beschwörung der eigenen, nationalen Kultur ausgrenzenden Charakter.

Latent zeigen sich diese Einstellungen auch in den in Tabelle 3 zusammengestellten Ergebnissen der landesrepräsentativen Jugendumfrage. Bei der Interpretation ist zu beachten, daß der Ausländeranteil in Brandenburg zum Zeitpunkt der Erhebung unter einem Prozent lag, eine reale Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt also nicht gegeben war. Die Ergebnisse zeigen eine erschreckende ausländerfeindliche Stimmung, die im Vergleich mit den Ergebnissen einer Untersuchung aus dem Jahr 1991 im Bundesland Sachsen eher zu wachsen scheint. Waren es in Sachsen nur 27 Prozent der Jugendlichen, die sich von Ausländern bedroht fühlen¹⁴, so liegt dieser Anteil in Brandenburg mit mehr als 40 Prozent beträchtlich höher. Die Fremdenfeindlichkeit der Jungen ist in allen diesbezüglichen Aussagen signifikant stärker ausgeprägt als die der Mädchen, die Auszubildenden (31,6 Prozent) äußern ein signifikant höheres Bedrohungsgefühl hinsichtlich einer „Überschwemmung“ durch Ausländer, als die Gesamtschüler (23,5 Prozent) und Gymnasiasten (19,1 Prozent)¹⁵.

Diese Ergebnisse stützen die Vermutung, daß nicht Rassismus, sondern Konkurrenzangst auf dem Arbeitsmarkt die bestimmende Ursache der Ausländerfeindlichkeit ist: Jungen reagieren aufgrund ihrer Geschlechterrolle als künftige „Ernährer“ stärker auf vermeintliche Gefährdungen ihres künftigen Arbeitsplatzes: Es seien vor allem ausländische Männer, die nach Abschluß der Lehre mit ihnen konkurrierten. Dies gilt bspw. für Polen, die oft in der Baubranche als Gastarbeiter beschäf-

tigt sind. Sie werden demzufolge häufig abwertender eingeschätzt als Vietnamesen, obwohl bei Vorliegen rassistischer Wertemuster letztere als Nicht-Europäer eher diskriminiert werden müßten. Das hat die von uns im Rahmen der landesrepräsentativen Jugendbefragung vorgenommene Erhebung (vgl. Tabelle 4) ergeben, in der es darum ging, welche Eigenschaftsprofile von „generalisierten Bürgern“ verschiedener Nationen von den Jugendlichen wahrgenommen werden.

Ein weiterer Grund der Ausländerfeindlichkeit scheint das Fehlen sozialer Erfahrungen mit Ausländern zu sein, von Möglichkeiten, fremde Kulturen zu erleben und schätzen zu lernen. Die DDR war eine monokulturelle Gesellschaft mit einem äußerst geringen Anteil ausländischer Mitbürger (weniger als ein Prozent der Bevölkerung), die in speziellen Wohnheimen und Betriebsabteilungen wohnten und arbeiteten und deshalb kaum integriert wurden.

Von der Ausländerfeindlichkeit profitieren politische Gruppierungen, die Fremdenhaß als Teil eines politischen Programms schüren und konsequent die von der breiten Öffentlichkeit gewünschte Verschärfung des Asylrechts fordern. So erhielten auch zwei zentrale neonazistische Parolen beträchtliche Zustimmung bei der landesrepräsentativen Jugendbefragung (vgl. Tabelle 5). Es sei angemerkt, daß es sich bei Aussage 1 um einen harten und bei Aussage 2 um einen weichen Indikator handelt.

Trotzdem ist davor zu warnen, diese Ergebnisse einseitig und verkürzt als Zunahme rechtsorientierter Einstellungen unter Jugendlichen zu interpretieren. Insbesondere das Ergebnis zur zweiten Aussage, die mit 85,7 Prozent den höchsten Zustimmungswert erreichte, dürfte Ausdruck des Be-

14 Vgl. U. Starke, (Anm. 2).

15 Vgl. Dietmar Sturzbecher (Anm. 6).

Tabelle 4: Wahrgenommene Eigenschaftsprofile von Angehörigen verschiedener Nationalitäten (Mittelwerte der Einschätzungen)

Eigenschaftsprofile	Vietnamesen	Polen	Eigenschaftsprofile
intelligent	2,4	2,8	dumm
fleißig	2,2	2,9	faul
nationalstolz	2,3	2,5	nicht nationalstolz
offen	2,6	2,9	hinterlistig
diszipliniert	2,6	2,9	disziplinos
selbstbewußt	2,7	2,8	unsicher

Mittelwerte auf einer vierstufigen Skala: 1 = die links stehende Eigenschaft trifft voll zu; 4 = die rechts stehende Eigenschaft trifft voll zu.

Quelle: wie Tabelle 1.

Tabelle 5: Meinungen zu rechtsextremen Parolen (in Prozent)

Aussage	zutreffend	nicht zutreffend	keine Meinung
1. Deutschland braucht wieder einen Führer/starken Mann, der zum Wohle aller regiert.	27,9	41,2	30,9
2. Man muß in Deutschland wieder Ordnung und Sicherheit schaffen.	85,7	3,5	10,8

Quelle: wie Tabelle 1.

dürfnisses der Jugendlichen nach mehr Ordnung und Sicherheit im öffentlichen Leben und nach Zurückdrängen der Kriminalität durch staatliche Maßnahmen sein, wie dies auch in der Öffentlichkeit immer wieder gefordert wird. Offenbar wird der Unterschied zwischen relativ hoher öffentlicher Sicherheit in der DDR und dem steilen Anstieg der Kriminalität nach der Wende als beängstigend erlebt, wenngleich die Gewaltkriminalität noch weit unter westdeutschem Niveau liegt.

4. Jugend und Freizeit

In der DDR wurde ein Teil der Freizeit der Jugendlichen durch schulische Angebote ausgefüllt, für deren Organisation Lehrer verantwortlich waren. Zu den vielfältigen Möglichkeiten gehörten Interessen- und Sportgemeinschaften ebenso wie kulturelle (Theaterbesuche, Diskotheken) und politisch-agitatorische Veranstaltungen.

Ergänzt wurden diese Offerten durch ein zumindest quantitativ breites Freizeitangebot in Jugendbegegnungsstätten von Kommunen und großen Firmen, das sich wie folgt charakterisieren läßt: Alle Aktivitäten, die sich vom Inhalt her und in der Durchführung im staatlich verordneten Rah-

men bewegten, erfuhren, ohne wesentliche Anforderungen hinsichtlich der Qualität nachweisen zu müssen, eine großzügige finanzielle Förderung. Bemühungen, die ein Ausbrechen aus den vorgegebenen ideologischen Bahnen erkennen ließen, wurden behindert und unterdrückt.

Dies hat einerseits dazu geführt, daß Jugendarbeit nivelliert wurde und kreative Freiräume versperrt blieben. Auch förderte die Finanzierungspraxis nicht die Fähigkeit der Jugendsozialarbeiter, Mittel zweckorientiert zu beantragen und zu verwenden, was heute eine Voraussetzung für erfolgreiche Jugendarbeit ist. Andererseits existierten ausreichend Freizeitstätten, in denen sich die Jugendlichen im vorgegebenen Rahmen weitgehend selbstbestimmt und ohne nennenswerte Kosten treffen konnten. Das ist heute nicht mehr der Fall, wie wir am Beispiel des Kreises Oranienburg zeigen wollen. Besonders hart ist die ländliche Jugend vom Abbau kommunaler Jugendfreizeiteinrichtungen betroffen (vgl. Tabelle 6).

Wie die kommunalen wurden auch die schulischen Freizeitangebote weitgehend abgebaut; die Lehrer sind nicht mehr dafür verantwortlich. Über 80 Prozent der Jugendlichen des Kreises Oranienburg

Tabelle 6: Jugendeinrichtungen im Kreis Oranienburg

	Jugendclubs 1988	Jugendclubs 1991
Städte	9	5
Gemeinden über 2 000 Einwohner	8	3
Gemeinden unter 2 000 Einwohner	19	4
Gesamt	36	12

Quelle: Dietmar Sturzbecher/Peter Dietrich, Freizeitverhalten Jugendlicher und Freizeitangebote in Brandenburg (Forschungsbericht), Potsdam 1992.

sind völlig oder zumindest teilweise mit den gegenwärtigen schulischen Freizeitangeboten unzufrieden. Im Maßstab des Landes Brandenburg gaben nur 54,8 Prozent der befragten Jugendlichen auf dem Lande und 79 Prozent in den Städten an, daß in ihrem Wohnumfeld eine Jugendeinrichtung existiert. Wiederum die Hälfte dieser Jugendlichen kann oder will diese Angebote nicht nutzen, was von ihnen mit dem westdeutschen Preisniveau (nicht am Finanzbudget ostdeutscher Familien orientierte Preise), unangemessenen Öffnungszeiten und Gewalttätigkeiten im Rahmen von Intergruppen-Konflikten unter Angehörigen verschiedener jugendlicher Subkulturen begründet wird.

Die Defizite an jugendgemäßen Freizeitangeboten haben schwerwiegende Folgen. Eine davon ist Langeweile, die in Alkoholmißbrauch und Gewalttätigkeit mündet. Einer der befragten Skinheads hat es so formuliert: „*Weißt du, wenn du gar nicht mehr weißt, was du machen sollst, baust du eben Scheiße.*“ Und: „*Ich glaube, es gibt keinen jugendlichen Gewalttäter, der nüchtern ist.*“ Eine andere Folge besteht darin, daß die Jugendlichen den Mangel an jugendorientierten Freizeitstätten und -angeboten als soziale Abwertung empfinden. Dies schürt Aggressivität und Gewalt, die sich aber nicht gegen die verantwortlichen Kommunalpolitiker, sondern stellvertretend gegen die leicht auffindbaren sozialen Außenseiter richten, für deren Verfolgung sich leichter vermeintlich rationale Begründungen und auch Beifall in der Öffentlichkeit finden lassen.

5. Jugend und Zukunft

Unser Beitrag über Jugendliche des Landes Brandenburg, in dem auch Entwicklungstrends für die Jugend Ostdeutschlands insgesamt reflektiert wurden, zeichnet ein für Außenstehende widersprüchliches Bild: die große Nachfrage nach ausländischen Investoren in Ostdeutschland, die endlich errungene Reisefreiheit passen nicht zur Ausländerfeindlichkeit; die großzügige finanzielle und

personelle Unterstützung durch die alten Bundesländer lassen die Diffamierung der „Wessis“ als Undankbarkeit erscheinen; die erwartete Aufbruchstimmung, die der endlich errungenen Freiheit folgen sollte, will bei den ostdeutschen Jugendlichen nicht aufkommen. Wo liegen die Gründe? Wo sind Unterschiede zu anderen Ländern des ehemals sozialistischen Osteuropa?

Zunächst ist daran zu erinnern, daß die Jugend bei der gewaltlosen Revolution in der DDR im Herbst 1989 eine besondere Rolle spielte. Akute Versorgungsmängel und soziale Not waren nicht die Auslöser der „Wende“ (der Lebensstandard war hier im Vergleich zu Osteuropa hoch) und die etablierten Erwachsenen nicht die Initiatoren. Junge Leute, die wenig zu verlieren, aber Freiheit und Chancen zu gewinnen hatten, begannen die öffentlichen Demonstrationen, flüchteten über die Botschaften in den Westen.

Die großen Hoffnungen in die Integrationskraft der Bundesrepublik, die durch fehlende Informationen über und mangelnde Erfahrung mit dem neuen politischen und wirtschaftlichen System sowie durch unerfüllbare Versprechungen von Politikern noch genährt wurden, erwiesen sich angesichts von 17 Millionen ostdeutscher „Integrationsbewerber“ als trügerisch. Zu den Verlierern zählen, wie wir zeigen wollten, auch die Jugendlichen. Ein Teil von ihnen fühlt sich heute um verdiente Chancen betrogen. Maximalismus, Ungeduld und Intoleranz, die manchem als generelle Eigenschaften Jugendlicher gelten und die durch die ständige Konfrontation mit dem hohen westdeutschen Lebensstandard noch gesteigert werden, verstärken mit Blick auf die Erwartungen an die deutsche Vereinigung die Unzufriedenheit.

Mangelnde Erfahrungen mit Marktwirtschaft und Revolution haben die aus heutiger Sicht utopische Erwartung produziert, man könne durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik die Vorzüge beider Systeme kombinieren oder auf dem erreich-

Tabelle 7: Einstellungen zur Demokratie (in Prozent)

Aussage	zutreffend	nicht zutreffend	keine Meinung
1. Die Demokratie ist die beste Staatsform.	31,5	10,2	58,3
2. Nur die Terroristen haben die richtigen Ziele und Methoden.	4,7	70,1	25,2
3. Mich beunruhigt das Anwachsen des Neonazismus in Deutschland.	62,6	20,9	16,5
4. Mich beunruhigt das Anwachsen des Anarchismus/Linksradikalismus in Deutschland.	55,6	18,5	25,9

Quelle: wie Tabelle 1.

ten individuellen sozialen und ökonomischen Status aufbauen. Eher das Gegenteil scheint der Fall zu sein: Von den Einschränkungen sind immer auch Jugendliche betroffen, die die damit verbundenen Probleme nur unzureichend historisch und politisch einordnen können, kaum über Bewältigungsstrategien verfügen und wenig zu verlieren haben, weshalb sie ihren Widerstand provokant artikulieren und so als Seismograph der weitgehend verborgenen Erschütterungen in der ostdeutschen Gesellschaft fungieren.

Abschließend soll das hier gezeichnete, partiell erschreckende Bild der Jugendgeneration in Ostdeutschland relativiert und eine Prognose ihrer künftigen Entwicklung gewagt werden. Die dargestellten Ergebnisse der Skinhead-Befragung reflektieren die Einstellungen einer Randgruppe, die ernst genommen werden muß, aber nicht für die Jugendlichen Brandenburgs oder der anderen neuen Länder repräsentativ ist. Tabelle 7 (vgl. die Aussagen 3 und 4) zeigt, daß die Mehrheit der Jugendlichen die Gefahr, die von derartigen Gruppen ausgeht, erkannt hat und ihr entgegenwirkt.

Wenn auch nur eine kleine Minderheit terroristische Methoden als Stimulus gesellschaftlicher Bewegung befürwortet, so sollte das geringe Vertrauen in die Demokratie doch Anlaß für die Politiker sein, den gesellschaftlichen Wandel in Deutschland voranzutreiben, dabei Impulse und Erfahrungen aus Ostdeutschland nicht zu ignorieren und die Bemühungen um den wirtschaftlichen Aufschwung im Osten zu forcieren. Nur mit Erfolgen auf diesen Gebieten wird die unter den Jugendlichen weitverbreitete Politik- und Wahlverdrossenheit zu überwinden, politische Glaubwürdigkeit wiederherzu-

stellen und der im Herbst 1989 in der DDR vorhandene Pioniergeist wiederzubeleben sein.

Die aufgezeigten Jugendprobleme sind weitgehend Effekt psychosozialer Konflikte und sozialer Desintegrationsprozesse. Sie werden sich, entsprechende Hilfen – angefangen von Jugendbeschäftigungsprogrammen bis hin zur individuellen Beratung – vorausgesetzt, mit der individuellen Entwicklung der Betroffenen lösen bzw. im gesellschaftlichen Maßstab mindern. Wenn sich jedoch der „Aufschwung Ost“ weiterhin verzögert, dann können sich die bislang instabilen, latent vorhandenen antidemokratischen und ethnozentristischen Einstellungen bei der großen Zahl der den freiheitlichen Grundwerten indifferent gegenüberstehenden Jugendlichen verfestigen, was unabsehbare politische Folgen hätte.

IV. Nachbemerkung

Deutlich spiegelt sich inzwischen das Phänomen „Jugend und Gewalt“ auch in der sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft wider. Die Publikationen zu diesem Problemkreis nehmen einen wachsenden Raum ein. Je nach theoretischem Ansatz werden soziale und/oder individuelle Bedingungen unterschiedlich gewichtet und Deutungsmuster erprobt; die Befindlichkeit der Opfer jugendlicher Gewalttäter wird dabei oft vergessen. Das Erleben der Asylbewerber und Aussiedler in Hoyerswerda, Rostock und Quedlinburg, die psychischen Folgen eines Lebens im „Ausnahmestandard“ sollten stärker Gegenstand psychologischer oder soziologischer Forschungsbemühungen werden.

Zur Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt

Empirische Ergebnisse aus dem Frühjahr 1992

I. Vorbemerkungen

Die Eruption von Haß und Gewalt vor der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) in Rostock-Lichtenhagen im September 1992 hat die Öffentlichkeit zwei Wochen lang in Atem gehalten. Danach sind vergleichbare Bilder anderenorts – in Deutschland Ost und West – zum deutschen Fernsehalltag geworden. Erst die jüngsten Brandanschläge auf Ausländerunterkünfte im schleswig-holsteinischen Mölln dürften unmißverständlich gezeigt haben, wie sehr rechtsradikale Gewalt ein gesamtdeutsches Phänomen geworden ist.

Sofern die Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen nicht einfach im Interesse einer Verschärfung des Asylrechts instrumentalisiert wurden, werden Fragen nach den Ursachen zu oft nur vage beantwortet: An vorderster Stelle stehen soziale Verunsicherungen der „Verlierer der Einheit“. Beklagt wird Jugendgewalt als Ergebnis mangelnder Erziehung, als stünde der „Jugendgewalt“ eine „gewaltfreie Welt erzogener Erwachsener“ gegenüber. Unvermeidlich scheint auch der Verweis auf Demokratiedefizite der Ostdeutschen oder auf deren fehlende Vertrautheit mit Ausländern zu sein. Dabei haben die Exzesse doch erst durch die Logistik neonazistischer Gruppen aus dem Westen Deutschlands an „Profil“ gewonnen; haben doch in der abgepackelten ZAST seit vielen Jahren Ausländer unbehelligt gelebt.

Die Ergebnisse einer empirischen Analyse vom Frühjahr 1992 über die Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt¹, deren Ziel es war, sowohl Gefährdungspotentiale als auch spezifisch ostdeutsche Ursachen für Ausländerfeindlichkeit zu hinterfragen, sollten nachdenklich stimmen. Anliegen des vorliegenden Beitrages ist es nicht, Antworten

auf Fragen zu geben, die ja im übrigen mit den Gewaltakten und der Gewalttoleranz von *Teilen der Bevölkerung* in Rostock-Lichtenhagen nicht aufgeworfen, sondern zugespitzt wurden. Es geht vielmehr um die Suche nach den Wurzeln der inzwischen alltäglichen Gewalt, die sich derzeit an „Sündenböcken“ – den Asylbewerbern – entlädt. Angesichts einer spürbar aggressiver werdenden Feindseligkeit zwischen Ost- und Westdeutschen drängt sich die Frage auf, was werden wird, wenn keine Asylbewerber mehr da sind?

II. Prämissen der Untersuchung

Die Untersuchung basiert auf folgenden fünf Überlegungen:

1. Die Aufnahme von Asylbewerbern bringt eine Reihe von Problemen mit sich, deren Existenz nicht einfach geleugnet werden kann. Anzunehmen war insofern, daß das *Thema* „Asylbewerber“ in der Reflexion der Bevölkerung generell eine Rolle spielt, die – in Abhängigkeit von der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder Schicht – größer oder kleiner sein kann.
2. Nur ein Teil der Bevölkerung fühlt sich von diesem Thema so stark betroffen, daß es für ihn zu einem *Problem* wird. Dabei waren zwei grundverschiedene Arten von Betroffenheit zu berücksichtigen: Zum einen ging es um Betroffenheit im Sinne einer angenommenen Gefährdung eigener Interessen durch Asylbewerber. Zum anderen ging es um (emotionale) Betroffenheit über Gewaltakte gegen Asylbewerber.
3. Sowohl der Stellenwert, den das Thema „Asylbewerber“ in der Reflexion der einzelnen besitzt, als auch Ausmaß und Art individueller Betroffenheit sind nicht monokausal zu erklären, sondern resultieren aus vielschichtigen Ursachen.
4. Die Haltung der Bevölkerung gegenüber Asylbewerbern wird durch das Verhalten von Politikern und Parteien, von Verwaltungen und Behör-

1 Vgl. Karl-Otto Richter/Britta Hermann/Bernhard Schmidtbauer, Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt. Ergebnisse einer empirischen Studie, UCEF-Report 1/1992, Reihe A, Unabhängiges Centrum für empirische Sozial-, Politik- und Kommunikationsforschung, Rostock 1992.

den sowie durch die Medien beeinflusst. Man kann daher davon ausgehen, daß die andauernde Asyldebatte in Teilen der Bevölkerung ausländerfeindliche Denkweisen und Reaktionen gefördert hat.

5. Ausländerfeindlichkeit in den alten und neuen Bundesländern artikuliert sich in vergleichbaren Erscheinungsformen. Von daher ließen sich gleiche oder ähnliche Ursachen unterstellen. Die Untersuchung stützte sich jedoch auf eine stärker differenzierende Annahme: Es wurde davon ausgegangen, daß es in Ost- und Westdeutschland in gleicher Weise wirkende Ursachen von Ausländerfeindlichkeit gibt, die in Ostdeutschland aber von weiteren Einflußfaktoren überlagert werden. Vermutet werden mußte, daß dazu sowohl spezifische Sozialisationsbedingungen in der DDR zählen, als auch Erwartungen, die in die deutsche Einheit gesetzt und enttäuscht worden waren, sowie die desillusionierende bis demütigende Art, in der sich der Vereinigungsprozeß vollzieht.

III. Methodische Aspekte der Befragung

Die Studie² ist das Ergebnis einer explorativen Untersuchung, mit der ein konkretes Problemfeld genauer umrissen wird. Im Vordergrund stand die Gewinnung von Informationen über Argumente, die in der Bevölkerung zum Thema „Asylbewerber“ vorhanden sind. Um dabei Ansichten aus unterschiedlichen sozialen Gruppen erfassen zu können, wurden 200 Testpersonen (Probanden) durch eine Quotenauswahl bestimmt. Die Quotierung entsprach der Alters- und Geschlechterstruktur der erwachsenen Rostocker Bevölkerung.

Die Befragung erfolgte schriftlich – als Straßenbefragung anhand eines standardisierten Fragebogens – im Februar 1992 im Stadtzentrum und in den Neubaugebieten des Nordwestens, zu denen auch Lichtenhagen gehört.

Die Zahl derer, die es ablehnten, sich zu beteiligen, blieb mit 15 Prozent relativ gering. Ein Teil der Verweigerer ließ in Äußerungen zu der Befragung ausländerfeindliche Haltungen erkennen. Insofern muß vermutet werden, daß die anschließend eingegrenzten Gruppen mit geringer Akzeptanz von Asylbewerbern real wahrscheinlich noch etwas größer sind als die im Rahmen der Untersuchung ermittelten.

² Vgl. ebd.

Die vorgestellte empirische Analyse erhebt nicht den Anspruch, repräsentativ zu sein. Angesichts der gewählten Methode, der 200 Befragten und der Vorgabe von Quoten für die Alters- und Geschlechtergruppen ist jedoch auszuschließen, daß etwa eine Vielzahl exotischer Sonderfälle befragt wurden. Das anhand der Befragung zu zeichnende Bild würde durch repräsentative Untersuchungen gewiß genauer, es müßte in den Grundproportionen aber kaum korrigiert werden müssen.

IV. Ergebnisse

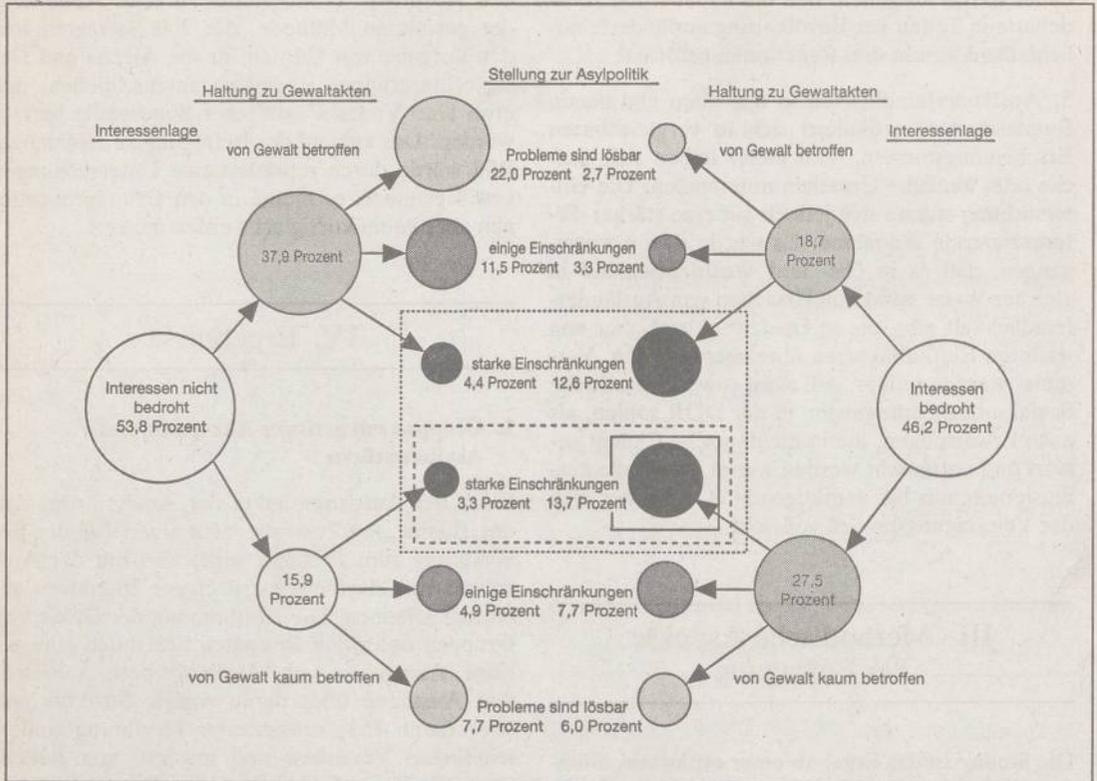
1. Gruppen mit geringer Akzeptanz von Asylbewerbern

Einer der Ausgangspunkte der Analyse war, daß das Thema „Asylbewerber“ für einen Teil der Bevölkerung zum *Problem* wird, weil mit der Aufnahme von Asylbewerbern eigene Interessen gefährdet scheinen. Die Bestimmung der Größe von Gruppen unter den Befragten, die durch eine geringe Akzeptanz von Asylbewerbern auffielen, und Aussagen über deren soziale Struktur und über deren Erklärungsmuster für ihr ausländerfeindliches Verhalten sind insofern von Bedeutung, als sie auf Ursachen der Entstehung von Ausländerfeindlichkeit verweisen.

Unter den Probanden konnten drei spezifische Gruppen bestimmt werden, die sich einerseits in ihrer restriktiven Haltung gegenüber der Aufnahme von Asylbewerbern gleichen, sich andererseits aber dadurch unterscheiden, daß die Ablehnung von Asylbewerbern verschieden stark ausgeprägt ist. Für die Gruppenbildung wurden drei Indikatoren herangezogen: *erstens* die Haltung zur Asylpolitik in Deutschland überhaupt, *zweitens* (emotionale) Betroffenheit über Gewaltakte gegen Asylbewerber und *drittens* die Beziehung zwischen eigenen Interessen und der Aufnahme von Asylbewerbern. Ein Bild der Differenzierungen, die sich unter den Testpersonen ergeben, wenn alle drei der oben genannten Indikatoren miteinander kombiniert werden, liefert die Abbildung 1.

Wie Abbildung 1 zeigt, fühlten sich keineswegs alle Probanden, die starke Einschränkungen bei der Aufnahme von Asylbewerbern forderten (vgl. Gruppe 1 innerhalb des gepunkteten Rahmens), durch diese in ihren Interessen bedroht oder von den an Asylbewerbern verübten Gewaltakten emotional unberührt. Stark restriktive Haltungen gegenüber der Aufnahme von Asylbewerbern wur-

Abbildung 1: Gruppierung der Probanden nach ihrer Haltung zu Asylbewerbern*



* in Prozent aller Probanden mit vollständigen Angaben (n=182)

Quelle: Eigene Grafik des UCEF

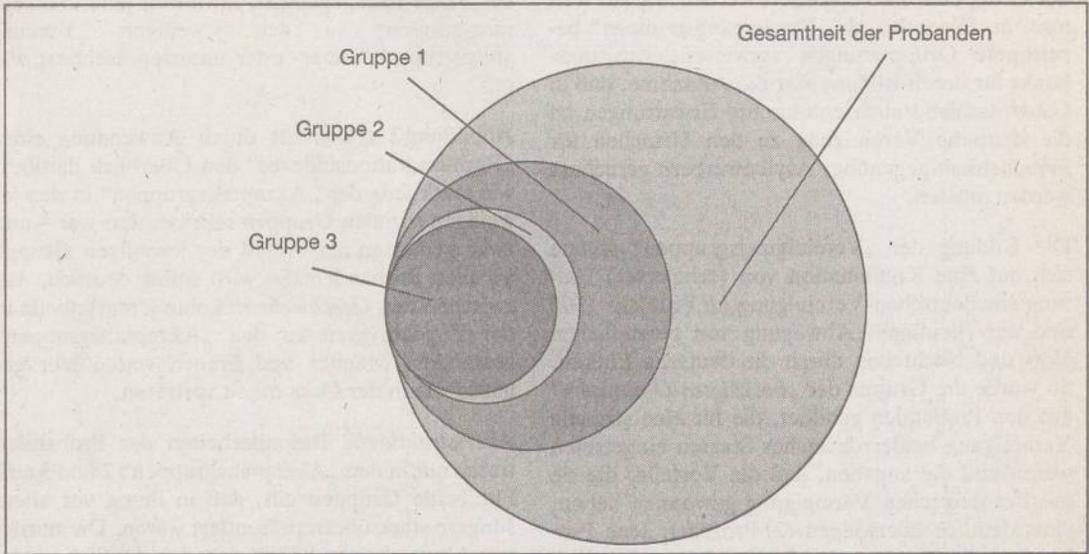
den also von einer – hinsichtlich ihrer Eigeninteressen und ihrer Haltung zu Gewalttaten – durchaus heterogenen Gruppe geteilt. Diese Heterogenität kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich erstens der größere Teil der zu dieser Gruppe gehörenden Probanden in seinen Eigeninteressen bedroht fühlte und daß sich zweitens der größte Teil derer, die Eigeninteressen bedroht sahen, von Gewalt gegen Asylbewerber kaum berührt fühlte.

Tatsächlich belegten im Rahmen der Untersuchung vorgenommene Korrelationsrechnungen hochsignifikante Zusammenhänge (die Irrtumswahrscheinlichkeit betrug 0,1 Prozent) zwischen der Haltung zur Asylpolitik, der emotionalen Betroffenheit durch Gewalt gegen Asylbewerber und der Meinung, daß die Aufnahme von Asylbewerbern eigene Interessen berührt. Von den Proban-

den, die durch die Aufnahme von Asylbewerbern ihre Eigeninteressen nicht bedroht sahen, drückten 70 Prozent vorbehaltlos Betroffenheit wegen der Gewalttätigkeiten aus; unter denen, die ihre Interessen bedroht sahen, waren es nur 40 Prozent. Generell läßt sich auf kausale Zusammenhänge schließen: Wer durch Asylbewerber eigene Interessen tangiert sieht, gehört eher zu den „asylnpolitischen Hardlinern“ und fühlt sich seltener von Gewalttätigkeiten gegen Ausländer betroffen als jene, die nicht von entsprechenden Interessenkollisionen ausgehen.

Die nachgewiesenen Korrelationen rechtfertigten eine weitergehende Gruppenbildung auf der Grundlage der zuvor benannten Kriterien. Diese Gruppenbildung basierte auf der Erwartung, daß die Heterogenität in der Distanz zu Asylbewerbern

Abbildung 2: Anteile von Gruppen mit geringer Akzeptanz von Asylbewerbern an allen Probanden



Gruppe	Anteil	Definition
1	34,7 Prozent	asylpolitische Hardliner, für deutliche Einschränkungen oder Stopp der Aufnahme von Asylbewerbern
2	18,6 Prozent	von Gewaltakten gegen kaum emotional berührte asylpolitische Hardliner
3	13,0 Prozent	von Gewaltakten gegen Asylbewerber kaum berührte asylpolitische Hardliner mit scheinbar bedrohten Eigeninteressen

Quelle: Eigene Grafik des UCEF

von Gruppe zu Gruppe abnimmt. Innerhalb der Gruppe 1 („asylpolitische Hardliner“) ließ sich zunächst Gruppe 2 abheben, d. h. die Gruppe jener asylpolitischen Hardliner, die sich von den gewalttätigen Aktionen gegen Ausländer kaum betroffen fühlten. In Gruppe 3 schließlich wurden jene Probanden aus Gruppe 2 zusammengefaßt, die sich zugleich darum sorgten, daß die Aufnahme von Asylbewerbern in Rostock eigenen Interessen entgegensteht (vgl. Abbildung 1).

Natürlich können auch die zu Gruppe 3 gehörenden Probanden nicht ohne weiteres als rechtsextrem oder gewaltbereit klassifiziert werden. Wenn diese Gruppe dennoch als besonders problematisch erscheint, dann erklärt sich dies daraus, daß in ihr militant ausländerfeindliche Haltungen eher als in den anderen hier definierten Gruppierungen vermutet werden müssen.

Die Anteile der jeweiligen Gruppe unter allen 200 Probanden zeigt Abbildung 2. Es wird deutlich, daß eine entschieden restriktive Haltung gegenüber der Asylpolitik in Rostock keineswegs zu den Randerscheinungen gehört – im Februar 1992

wurde sie immerhin von etwa einem Drittel aller Befragten geteilt. Das bedeutet aber zugleich, daß restriktive asylpolitische Maßnahmen bei rund zwei Dritteln auf wenig Gegenliebe stießen. Wie die Verhältnisse inzwischen liegen, läßt sich ohne weitere empirische Untersuchungen allerdings schwerlich einschätzen.

Die Abbildungen 1 und 2 lassen weiterhin erkennen, daß die „härteren“ Gruppen 2 und 3 annähernd gleich groß sind. Auch die Anteile sind mit 18,6 bzw. 13,0 Prozent keineswegs gering. Daß fast alle Probanden aus der Gruppe 2 auch in Gruppe 3 wiederzufinden sind, erklärt sich zum einen aus dem Zusammenhang zwischen der relativen emotionalen Unempfindlichkeit gegenüber gewalttätigen Angriffen auf Asylbewerber und der Erwartung, daß Eigeninteressen durch Asylbewerber verletzt werden. Zum anderen fällt ins Gewicht, daß in Gruppe 2 ältere Probanden überrepräsentiert sind, die kaum Eigeninteressen gegenüber Asylbewerbern (z. B. hinsichtlich Arbeitsplatz oder Wohnung) geltend machen können – sonst wären beide Gruppen faktisch identisch.

Bevor nun die sozialstrukturellen Besonderheiten der Gruppen 1 bis 3 diskutiert werden, sei auf weitere, im folgenden als „Vereinigungsgruppen“ bezeichnete Gruppierungen verwiesen. Ausgangspunkt für deren Bildung war die Annahme, daß in Ostdeutschland auch enttäuschte Erwartungen an die deutsche Vereinigung zu den Ursachen für Feindlichkeit gegenüber Asylbewerbern gerechnet werden müssen.

Die Bildung der „Vereinigungsgruppen“ stützte sich auf eine Kombination von (erinnerter) Haltung zur deutschen Vereinigung im Frühjahr 1990 und der (heutigen) Abwägung von persönlichen Vor- und Nachteilen durch die deutsche Einheit. So wurde die Gruppe der „bestätigten Optimisten“ aus den Probanden gebildet, die für eine schnelle Vereinigung beider deutscher Staaten eingetreten waren und die angaben, daß die Vorteile, die sie aus der deutschen Vereinigung gewonnen haben, ganz deutlich überwiegen (21 Prozent). Jene Probanden, die für eine schnelle Vereinigung plädiert hatten und angaben, daß sich Vor- und Nachteile etwa die Waage hielten oder daß ihnen aus der Vereinigung mehr Nachteile erwachsen seien, wurden in der Gruppe der „enttäuschten Optimisten“ zusammengefaßt (31 Prozent). Analog dazu wurde die Gruppe der „bestätigten Skeptiker“ aus jenen Probanden gebildet³, die skeptisch gegenüber einer schnellen Vereinigung waren und ebenfalls meinten, daß sich Vor- und Nachteile etwa die Waage hielten oder daß ihnen aus der Vereinigung mehr Nachteile erwachsen seien (43 Prozent). Die Drei-Prozent-Gruppe der „widerlegten Skeptiker“, d. h. der Probanden, die die deutsche Einheit mit Skepsis betrachteten und inzwischen überwiegend Vorteile genießen, kann im Folgenden außer Betracht bleiben.

Als Angaben zur Person standen Alter, Geschlecht und berufliche Qualifikation der Probanden zur Verfügung. Sozialstrukturelle Besonderheiten der Gruppen mit geringer Akzeptanz von Asylbewerbern können deshalb nur anhand dieser

3 Bezeichnungen und Gruppenbildung verlangen zwei Anmerkungen: *Erstens* stellte sich die Bezeichnung der Gruppen als sprachliches Problem dar. Ihr sollte kein zu großes Gewicht beigemessen werden. *Zweitens* begründet sich die Zusammenfassung der Antwortvorgaben „Vor- und Nachteile halten sich die Waage“ sowie „es sind mehr Nachteile erwachsen“ aus der im Frühjahr 1990 bei einer Mehrheit der Bevölkerung dominanten und durch den Wahlkampf immer wieder geweckten Erwartung, die deutsche Einheit würde zumindest keine so schwerwiegenden Nachteile bringen, daß sie sich nicht mit den erhofften Vorteilen die Waage hielten. Von daher ist plausibel, daß nicht eben kleine Teile der Bevölkerung solcherart Nachteile bereits mit Enttäuschung registrieren.

Merkmale überprüft werden. Zusätzlich sei jedoch der Frage nachgegangen, inwieweit jene „Akzeptanzgruppen“ in den jeweiligen „Vereinigungsgruppen“ über- oder unterrepräsentiert waren.

Abbildung 3 erleichtert durch Anwendung eines „Repräsentationsindex“ den Überblick darüber, wie stark jede der „Akzeptanzgruppen“ in den jeweiligen sozialen Gruppen repräsentiert war – und zwar gemessen am Anteil der jeweiligen Gruppe an allen Probanden. So wird sofort deutlich, daß zwischen den *Geschlechtern* keine Unterschiede in der Zugehörigkeit zu den „Akzeptanzgruppen“ bestanden. Männer und Frauen waren hier genauso wie in der Gesamtheit vertreten.

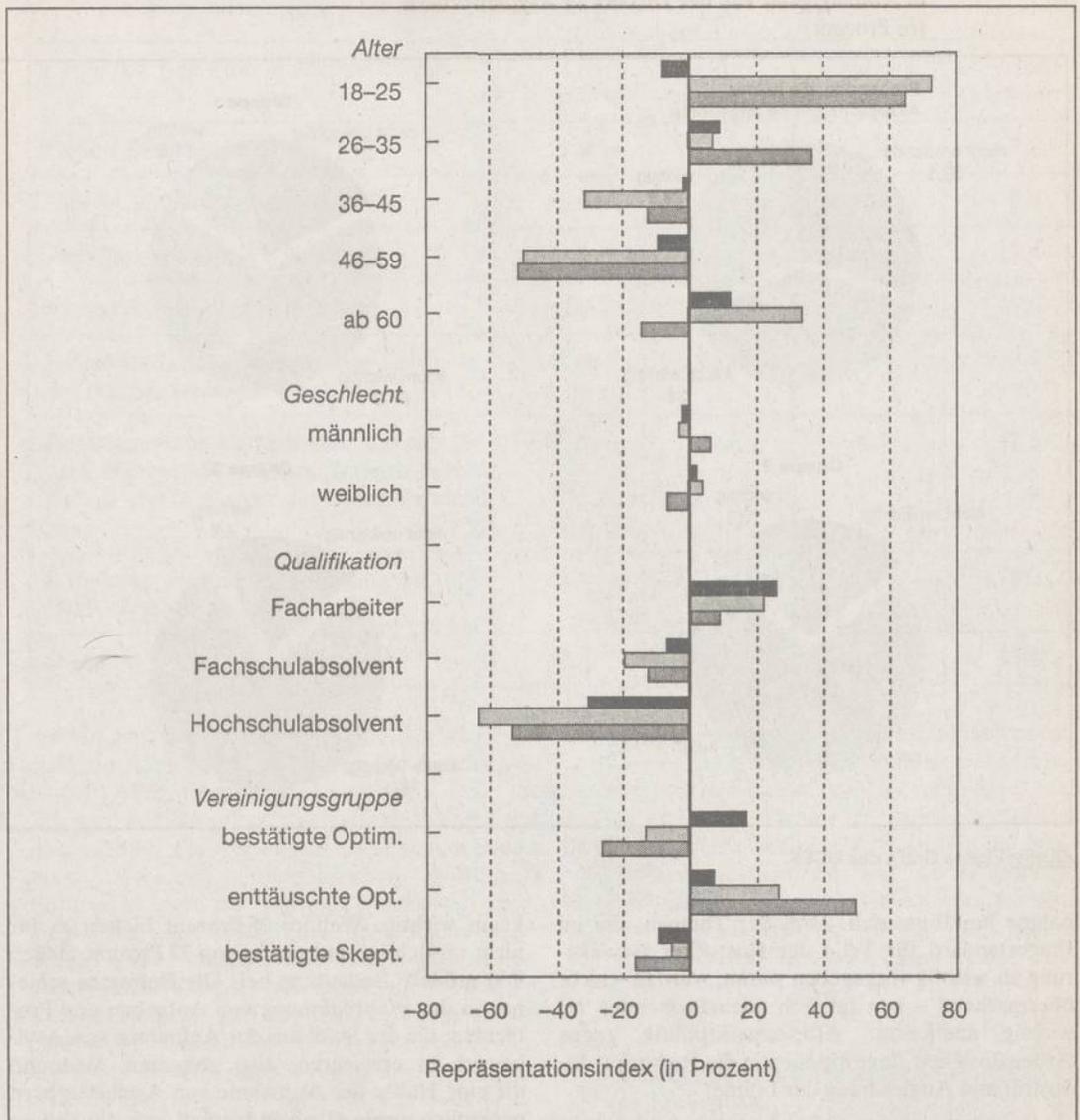
Altersstrukturelle Besonderheiten der Probanden traten nur in den „Akzeptanzgruppen“ 2 und 3 auf: Für beide Gruppen gilt, daß in ihnen vor allem Jüngere stark überrepräsentiert waren. Die mittleren Altersgruppen waren dagegen deutlich unterrepräsentiert. Auffällig war weiterhin, daß zur Gruppe 2 auch überdurchschnittlich viele Ältere ab 60 Jahre gehörten. (Letzteres gilt nicht für Gruppe 3. Eine Erklärung könnte sein, daß Eigeninteressen der Älteren durch Asylbewerber kaum tangiert sind.)

Qualifikationsunterschiede waren in allen drei „Akzeptanzgruppen“ unübersehbar: Mit der Höhe der beruflichen Qualifikation sanken die Anteile der Probanden, die in eine dieser Gruppen fielen, und zwar rapide. So waren Facharbeiter vor allem in den Gruppen 1 und 2 über-, Hochschulabsolventen dagegen in allen Akzeptanzgruppen stark unterrepräsentiert.

Tendenzielle Zusammenhänge ergaben sich des weiteren zwischen der Zugehörigkeit zu den „Vereinigungsgruppen“ bzw. den „Akzeptanzgruppen“ dadurch, daß die Gruppe der „enttäuschten Optimisten“ vor allem in Gruppe 3 kräftig überrepräsentiert war. Gleiches gilt aber nicht für die „bestätigten Skeptiker“, obgleich ihr Anteil an allen Probanden deutlich größer war als der der „enttäuschten Optimisten“ und unter ihnen gleich große Anteile an „Verlierern der Einheit“ erwartet werden müßten. Die „Verlierer-These“, die gerade nach Lichtenhagen hoch im Kurs stand, bedarf also mindestens weiterer Differenzierung.

Als Fazit ist festzuhalten: Im Februar 1992 stellten Gruppen mit geringer Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock erhebliche Anteile an der Bevölkerung. Diese Gruppen konstituierten sich aus Jüngeren und Älteren, aus Menschen mit geringe-

Abbildung 3: Soziale Profile von Gruppen mit geringer Akzeptanz von Asylbewerbern



Gruppe 1: asylpolitische Hardliner, für deutliche Einschränkungen oder Stopp der Aufnahme von Asylbewerbern
 Gruppe 2: von Gewaltakten gegen Asylbewerber kaum berührte asylpolitische Hardliner
 Gruppe 3: von Gewaltakten gegen Asylbewerber kaum berührte asylpolitische Hardliner mit scheinbar bedrohten Eigeninteressen

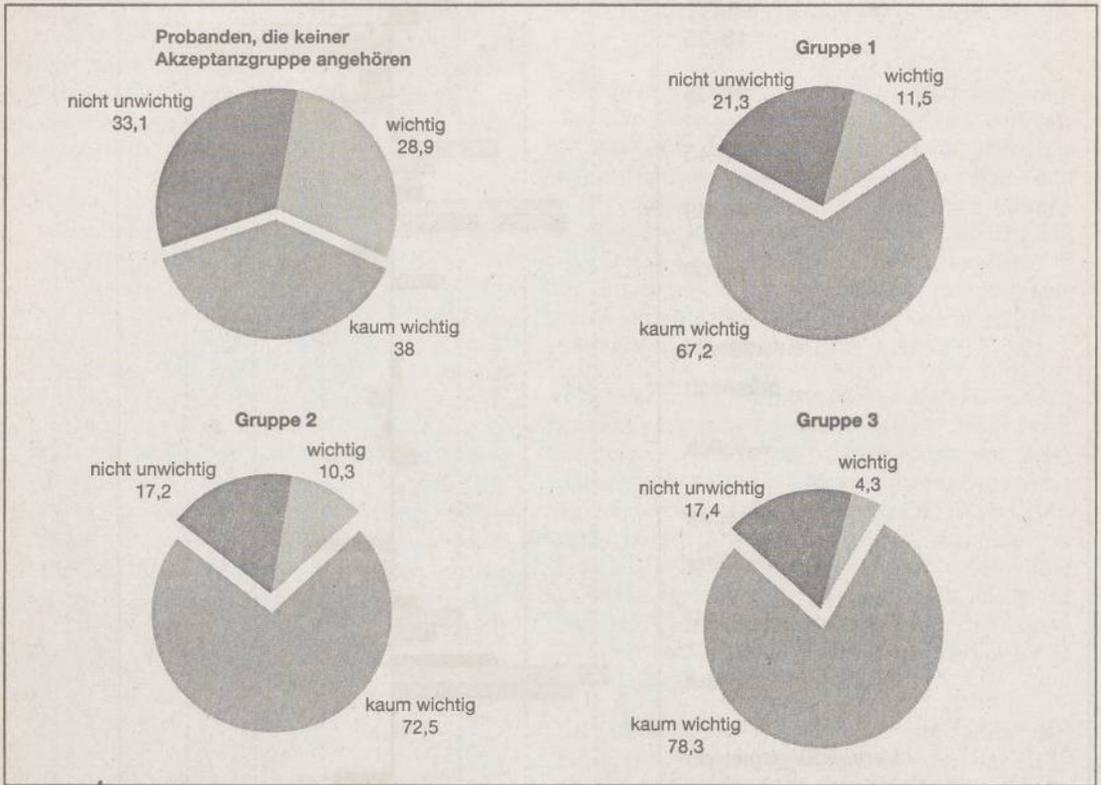
Quelle: Eigene Grafik des UCEF

rer und mit höherer beruflicher Qualifikation, aus Männern und Frauen. Insofern waren und sind Akzeptanzprobleme gegenüber Asylbewerbern – ungeachtet einiger sozialstruktureller Besonderheiten – kein sozialstrukturell eindeutig eingrenzbares und etwa auf spezifische „Problemgruppen“ reduzierbares Phänomen.

2. Die Wahrnehmung von Asylbewerbern als Thema und als Problem

Ein weiterer oben genannter Ausgangspunkt der Untersuchung war, daß das Thema Asylbewerber für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen einen unterschiedlichen Stellenwert besitzt. Diese An-

**Abbildung 4: Gewicht des Themas „Aufnahme von Asylbewerbern“
in Abhängigkeit von der Distanz zu Asylbewerbern
(in Prozent)**



Quelle: Eigene Grafik des UCEF

nahme bestätigte sich. Drei der Themen, die im Fragestandard für Teile der Rostocker Bevölkerung als wichtig vorgegeben waren, wurden – nicht überraschend – von faktisch allen Probanden als wichtig anerkannt: Arbeitsmarktpolitik gegen Arbeitslosigkeit, Investitionen in die Rostocker Industrie und Angleichung der Löhne.

Bemerkenswert scheint auch, daß die Lösung von Umweltproblemen von 80 Prozent der Probanden als für sie persönlich wichtig angesehen wurde. Die Forderung nach Entlastung der Innenstadt vom Autoverkehr unterstreicht diese Folgerung an einem konkreten Beispiel. Die Bedeutsamkeit des Themas „Entwicklung der Mieten“ fiel gegenüber den vorher angesprochenen Themen etwas ab. Mieten blieben jedoch für drei Viertel der Probanden ein nicht unwichtiges Problem.

Ein ganz anderes Bild ergab sich bei der Frage nach der Aufnahme von Asylbewerbern: Für fast die Hälfte der Testpersonen war das Thema Asylbewerber im Ensemble der vorgegebenen Themen

kaum wichtig. Weitere 28 Prozent hielten es für nicht unwichtig, und nur knapp 22 Prozent maßen ihm größere Bedeutung bei. Die Befragten schienen in der Wahrnehmung von Aufgaben und Problemen, die der Stadt aus der Aufnahme von Asylbewerbern erwachsen, also gespalten. Während die eine Hälfte der Aufnahme von Asylbewerbern persönlich wenig Gewicht beimaß, sah die andere Hälfte darin ein für sie zumindest nicht unwichtiges oder gar wichtiges Thema.

Die naheliegende Vermutung, daß die Aufnahme von Asylbewerbern für jene größeres Gewicht hätte, die Distanz zu Asylbewerbern erkennen ließen, wurde durch die Daten jedoch nicht nur nicht bestätigt, sondern sogar widerlegt. Tatsächlich waren gerade die drei „Akzeptanzgruppen“ unter denen signifikant überrepräsentiert, für die das Thema Asylbewerber kaum wichtig war.

Die Unterschiede, die in der Gewichtung dieses Themas zwischen den verschiedenen Gruppen auftraten, werden in Abbildung 4 augenfällig: Für im-

Tabelle 1: Ursachen für Feindlichkeit gegen Asylbewerber in Ostdeutschland, die nach Meinung der Probanden wichtig oder weniger wichtig sind.

in Prozent aller Probanden	wichtig	nicht unwichtig	kaum wichtig	keine Antwort
Hohe Arbeitslosigkeit	73,6	9,8	8,8	7,8
Mangel an Wohnungen	69,9	13,0	10,4	6,7
Asyl-Diskussionen der Politiker	43,5	20,7	24,4	11,4
Verhalten einiger Asylbewerber	42,0	25,4	17,6	15,0
Fehlende Kenntnisse über das Leben in der Heimat der Asylbewerber	42,0	20,7	24,4	13,0
Reaktionen von Ostdeutschen auf scheinbare oder wirkliche Demütigungen durch die Art und Weise der deutschen Vereinigung	25,9	21,8	34,7	17,6
Intoleranz infolge Abschottung in der DDR-Gesellschaft	22,3	25,4	32,1	20,2
Scheu vor Fremden überhaupt	11,4	22,8	47,7	18,1

merhin zwei Drittel der Befragten, die keine Distanz zu Asylbewerbern zeigten (Probanden, die keiner Akzeptanzgruppe angehören), war das Thema „Asylbewerber“ bedeutsam. Nur für ein gutes Drittel (38 Prozent) hatte es kaum Bedeutung. Bei den asylpolitischen Hardlinern (Gruppe 1) lagen die Verhältnisse dagegen genau umgekehrt – gut zwei Drittel unter ihnen hielten das Thema „Asylbewerber“ für wenig wichtig. Dieser Anteil stieg über Gruppe 2 zu Gruppe 3 stetig auf fast 80 Prozent an, d. h., er wuchs mit der „Härte“ der Ablehnung von Asylbewerbern. Konkret heißt das also, daß die Aufnahme von Asylbewerbern für die große Mehrheit gerade derer ein wenig bedeutsames Thema war, die für eine stark restriktive Asylpolitik eintraten, Eigeninteressen durch Asylbewerber bedroht sahen und sich von den Berichten über Gewaltakte gegen Ausländer kaum betroffen zeigten.

Stärker differenziert ergab die Untersuchung folgendes Gesamtbild: Für gut zwei Fünftel der Probanden besaß das Thema Asylbewerber ein gewisses Gewicht, war aber kein Problem in dem Sinne, daß man sich vor seinen Auswirkungen schützen müßte. Für etwa ein Drittel war es in aller Regel kein wichtiges Thema, wohl aber wurde in der Aufnahme von Asylbewerbern ein Problem gesehen, das negative Auswirkungen auf die (eigenen)

Lebensbedingungen mit sich bringt. Insofern es als Problem wichtig ist, muß es offenbar nicht auch ein wichtiges Thema sein, da eine einfache Lösung durch die Asyldebatte vorgegeben ist: restriktive Asylpolitik und eine strenge Haltung gegenüber Asylbewerbern. Für ein Viertel schließlich war die Aufnahme von Asylbewerbern weder als Thema noch als Problem wichtig – ihre Haltung wird vielleicht am besten als „Ambivalenz“ interpretiert.

3. Ursachen von Ausländerfeindlichkeit im Urteil der Probanden

Die Frage nach Ursachen feindlicher Haltungen gegenüber Asylbewerbern in Ostdeutschland ergab erwartungsgemäß, daß Arbeitslosigkeit und Wohnraumangel ein sehr hoher Stellenwert zukommt. Etwa 70 Prozent hielten beide Gründe für wichtig (vgl. Tabelle 1). Deutlich davon abgesetzt folgten als Gründe: die Asyl-Diskussionen der Politiker, das Verhalten einiger Asylbewerber und fehlende Kenntnisse über das Leben in deren Heimat. Sie wurden von jeweils gut 40 Prozent für wichtig und von 20 bis 25 Prozent für nicht unwichtig gehalten. Knapp zwei Drittel der Probanden maßen ihnen also zumindest eine gewisse Bedeutung bei.

Im Urteil von ca. 22 bis 25 Prozent der Befragten spielen – erneut deutlich abgesetzt – sowohl Demütigungen im Prozeß der deutschen Vereinigung als auch Intoleranz infolge von Abschottung in der DDR-Gesellschaft eine wichtige Rolle für die in Ostdeutschland vorhandene Fremdenfeindlichkeit, bzw. sie werden als zumindest nicht unbedeutend eingeschätzt. Das heißt, daß sie für etwa die Hälfte der Probanden einen gewissen Stellenwert besitzen. Scheu vor Fremden überhaupt rangiert dagegen am Ende der Skala.

Insgesamt erlaubte die Analyse der Ursachen von Feindlichkeit gegen Asylbewerber, wie sie von den Probanden gesehen werden, wenigstens fünf Folgerungen: *Erstens* zeigte sich eindeutig, daß solcherart Feindlichkeit primär auf soziale Ursachen zurückgeführt wird. Das aber ist im Grunde zu milde ausgedrückt: „Arbeitslosigkeit“ und „Wohnungsmangel“ sind ja doch Probleme, die die Wurzeln eigener Existenz bedrohen und, zumal vor dem ostdeutschen Erfahrungshintergrund relativer sozialer Sicherheit, sehr reale Ängste und Nöte verursachen können.

Grundsätzlich ändern Aufnahme oder Abweisung von Asylbewerbern an diesen letztlich ökonomischen Fakten natürlich gar nichts – durch einen Einwanderungsstopp wäre weder das Ausmaß an Arbeitslosigkeit einzudämmen, noch der Wohnungsmangel zu beheben. Um diese Probleme zu lösen oder in ihren Wirkungen wenigstens zu dämpfen, wären politische Entscheidungen jenseits aller Asylpolitik erforderlich. Da solche Entscheidungen durch den einzelnen selten überschaut und schon gar nicht beeinflußt werden können, werden Lösungen in aller Regel im Rahmen einer individualisierten Konkurrenz um Arbeitsplatz und Wohnung gesucht und gefunden. Distanz und Feindlichkeit gegenüber Asylbewerbern finden in diesem Kontext um so leichter Nahrung, je stärker der Mythos verbreitet ist, daß Asylbewerber als individuelle Konkurrenten um Arbeit und Wohnung ernsthaft ins Gewicht fielen.

Zweitens wurde deutlich, daß sich Begründungen für Feindlichkeit gegenüber Asylbewerbern keineswegs in sozialen Ursachen erschöpften. Sofern Asylbewerber im individuellen Alltagsbewußtsein tatsächlich als Konkurrenten erscheinen, müssen sie in einer Gesellschaft, deren Selbstverständnis individuelle Konkurrenz als einen Grundpfeiler freier Entfaltung einschließt, als individuelle Konkurrenten in eben diesem Bewußtsein *de-legitimiert*, gleichsam *illegalisiert* werden. So ist es nur konsequent, wenn im Urteil der Testpersonen neben sozialen Gründen für Fremdenfeindlichkeit

das „Verhalten einiger Asylbewerber“ keine geringe Rolle spielte.

Mehr noch zeigte sich, daß Gründe für Fremdenfeindlichkeit mit wachsender Distanz der Befragten zu den Asylbewerbern zunehmend von der eigenen Person weggeschoben und auf die Betroffenen selbst verlagert wurden. Nicht nur in fehlenden (eigenen) Kenntnissen über das Leben in deren Heimat liegt also *eine der* Wurzeln jener Feindlichkeit, sondern im beobachteten, über die Medien mitgeteilten oder vermuteten – stets aber verallgemeinerten – Verhalten *der* Fremden selbst. Anforderungen an die eigene Person resultieren daraus nicht, wohl aber Forderungen an die Fremden – Forderungen, die letztlich darauf hinauslaufen, sich entweder als Konkurrenten zumindest durch Sprache und angepaßtes Verhalten zu legitimieren oder wieder zu verschwinden.

Drittens war der Anteil der Probanden relativ groß, die in der anhaltenden Asyl-Diskussion einen wichtigen Grund für Feindlichkeit gegen Asylbewerber sahen. Das ist ein unmißverständlicher Hinweis darauf, daß erhebliche Teile der Probanden Politikern und Medien anlasteten, durch ihre Art des öffentlichen Umgangs mit der Asylproblematik auch militante Feindlichkeit gegen Asylbewerber zu provozieren. Tatsächlich läßt sich kaum bestreiten, daß durch den Tenor solcher Diskussionen der Mythos zumindest unterschwellig verbreitet und bekräftigt wird, Asylbewerber fielen als individuelle Konkurrenten um existentiell bedeutsame Güter ernsthaft ins Gewicht. Damit tragen Politiker und Medien ganz offensichtlich das Ihre dazu bei – in den Worten des vorhergehenden Abschnitts ausgedrückt –, aus dem *Thema* Asyl ein Problem zu machen, das für zu viele *kein Thema* mehr ist.

Viertens ist bemerkenswert, daß die für Ostdeutschland spezifischen Begründungen für Feindlichkeit gegen Asylbewerber – „Intoleranz infolge Abschottung in der DDR-Gesellschaft“ und „Reaktionen von Ostdeutschen auf Demütigungen durch die Art und Weise der deutschen Vereinigung“ – im Urteil von etwa der Hälfte der Probanden eine zumindest nicht unwichtige Rolle spielen.

Dieses Ergebnis bekräftigt zum einen die Annahme, daß Demütigungen von Ostdeutschen durch die Art und Weise der deutschen Vereinigung als eine der Ursachen von Feindlichkeit gegen Asylbewerber nicht unbeachtet bleiben dürfen. Anhaltspunkte dafür hatten sich im übrigen bereits daraus ergeben, daß „enttäuschte Optimisten“ unter denjenigen Probanden überrepräsentiert waren, die größere Distanz zu Asylbewerbern

zeigten. Zum anderen war auffällig, daß Intoleranz infolge Abschottung im Staat DDR im Urteil der Befragten einen unerwartet geringen Stellenwert als wichtige Ursache von Feindlichkeit gegen Asylbewerber besaß. Es ist zu vermuten, daß sich in dieser Bewertung auch Selbsttäuschungen niederschlagen – weil man sich als ehemaliger DDR-Bürger nur ungern selbst in die Nähe von Intoleranz rückt. Dennoch widerspricht dieses Ergebnis den gängigen Klischees in so starkem Maße, daß es als bemerkenswert registriert werden soll.

Im übrigen muß das Argument „Intoleranz infolge Abschottung in der DDR-Gesellschaft“ im Hinblick darauf befragt werden, daß nur weniger als ein Drittel aller Probanden angaben, in DDR-Zeiten so gut wie nie mit Ausländern zu tun gehabt zu haben. Rund 45 Prozent berichteten, mit Ausländern in der Arbeit oder im Studium zusammengetroffen zu sein. Es versteht sich von selbst, daß diese Zahlen keine Rückschlüsse auf die Art und die Intensität des Zusammentreffens mit Ausländern erlauben. Zudem ist zu beachten, daß sie nicht das Leben in der DDR beschreiben, sondern in erster Linie großstädtische Verhältnisse. Insofern, und angesichts des explorativen Charakters der Untersuchung, dürfen sie gewiß nicht überinterpretiert werden. Dennoch verweisen sie darauf, daß „Abschottung in der DDR“ und *daraus* resultierende Intoleranz weiter zu hinterfragen sind, bevor sie als definitive Wahrheiten im Bestand von Antworten auf eine Vergangenheit verbleiben, die vielfarbiger ist, als ein graues Bild wiederzugeben vermag, das womöglich zu sehr dem Zeitgeist verpflichtet ist.

Mit diesen Argumenten sollen die in den Sozialisierungsbedingungen der DDR verwurzelten Gründe für die Herausbildung feindlicher Haltungen gegenüber Asylbewerbern in Ostdeutschland keineswegs heruntergespielt werden. Sie scheinen vor allem in einer relativ geringen Konfliktfähigkeit und in kaum geübtem tolerantem Verhalten gegenüber *deutlich* „Andersartigem“ zu liegen.

Fünftens zeigte sich, daß die Häufigkeit, mit der die Befragten Zusammentreffen mit Ausländern in DDR-Zeiten bestätigten, signifikant mit der Distanz zu Asylbewerbern korrelierte – die Anteile der Probanden, die mit Ausländern zusammengetroffen waren, wurden umso kleiner, je größer die Distanz zu Asylbewerbern war. Dieses Ergebnis war in solcher Eindeutigkeit nicht erwartet worden. Allerdings sind auch bei seiner Interpretation die oben bereits umrissenen Grenzen zu beachten. Es kann zwar eine Wechselbeziehung zwischen Distanz zu Asylbewerbern einerseits und

seltenerem Zusammentreffen mit Ausländern andererseits konstatiert, nicht aber zwangsläufig auf eine Kausalbeziehung etwa in dem Sinne geschlossen werden, daß früheres Zusammentreffen mit Ausländern heute tolerantere Haltungen gegenüber Asylbewerbern nach sich zieht. Trotzdem darf die festgestellte Wechselbeziehung als ermutigendes Signal dafür verstanden werden, daß Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern, die auf wechselseitiges Kennenlernen zielen, wenigstens dann Toleranz fördern, wenn sie im Vorfeld der Herausbildung feindlicher Haltungen gegenüber Asylbewerbern und Fremden überhaupt einsetzen.

V. Vorschläge an die Politik

Die nachfolgend umrissenen Vorschläge basieren ausschließlich auf den Ergebnissen der hier vorgestellten Untersuchung:

Erstens dürfte eine Politik, die wirkungsvolle Programme gegen grassierende Arbeitslosigkeit und für die Lösung der Wohnungsfrage anzubieten weiß eine der wichtigsten *Teilantworten* auf die Frage, wie der Feindlichkeit gegen Asylbewerber und Ausländer begegnet werden kann.

Zweitens ist offenkundig, daß Feindlichkeit gegen Asylbewerber ganz wesentlich in sehr realen Nöten und Sorgen der Bevölkerung verwurzelt ist. Angesichts dieser Sorgen ist es zunächst gleichgültig, daß mit den Asylbewerbern der falsche, aber eben schon an Äußerlichkeiten erkennbare „Sündenbock“ gesucht und gefunden wird. Wichtig scheint, daß entsprechende Ängste politisch nicht an den Rand gedrängt werden. Dem einzelnen muß es möglich sein, sie in einem politischen Diskurs wiederzufinden, der jenseits von Nationalismus, Rassismus und Rechtsextremismus angesiedelt ist. Sonst wird die Gefahr zunehmen, daß immer mehr Menschen auf einfache Antworten aus dem rechtsextremen Lager setzen.

Drittens rückt die Dringlichkeit sachlicher Information ins Blickfeld – einer Information, die möglichst unbelastet ist von Parteienkalkül und Marktinteressen der Medien. Dabei wäre nicht unwichtig, daß auch die Stimme der – in der Öffentlichkeit weitgehend sprachlosen – Asylbewerber selbst vernommen werden kann.

Abgesehen von der Notwendigkeit, die Diskussion zum Thema Asyl zu versachlichen, sollten *viertens* Informationen zum Thema Asyl gezielt und prophylaktisch dorthin gelenkt werden, wo sich feind-

liche Haltungen gegenüber Asylbewerbern und Ausländern auszuprägen drohen oder wo besondere Gefahrenpotentiale für Asylbewerber bereits erkennbar sind.

Fünftens ist die Komplexität der Probleme stärker zu bedenken, die sich um die Aufnahme von Asylbewerbern ranken. Vor dem Hintergrund, daß die Akzeptanz von Asylbewerbern in der Bevölkerung selbst zum Problem geworden ist, müssen Problemlösungen, die der schwierigen Situation von Asylbewerbern gerecht werden sollen, Maßnahmen zur Stärkung der Akzeptanz von Asylbewerbern in der Bevölkerung einschließen.

Weil die Ergebnisse der Untersuchung die Vermutung bestärken, daß in Ostdeutschland auch beson-

dere Ursachen von Ausländerfeindlichkeit zur Wirkung kommen, scheint es *sechstens* politisch ratsam zu sein, das Selbstbewußtsein der Ex-DDR-Bürger zu stärken und Klischees entgegenzutreten, die geeignet sind, Lebensläufe gleich massenhaft zu entwerten.

Siebtens schließlich sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, den Austausch zwischen Deutschen und Ausländern und ihr gegenseitiges Kennenlernen zu fördern. Ein solcher Austausch dürfte nicht auf die Europäische Gemeinschaft beschränkt bleiben, sondern müßte auch den Osten und den Süden einschließen. Vor allem aber sollten *die Fremden* dabei auch selbst zu Wort kommen können.

Wilhelm Heitmeyer: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralyisierung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2-3/93, S. 3-13

Der Beitrag markiert Umdeutungsstrategien von rechtsextremistischen Erscheinungsweisen durch maßgebliche Teile der institutionalisierten Politik und von Massenmedien, die Handlungsfähigkeit wiederherstellen und gleichzeitig von Ursachen ablenken sollen. Diese werden in den widersprüchlichen Modernisierungsprozessen und im Zusammenbrechen sozialintegrativer Strukturen angesiedelt. Die darin gelagerten sozialen, beruflichen und politischen Desintegrationsprozesse bilden die Grundlage für die politische Paralyisierung in zentralen politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen. Die Abschirmung von Ursachenkomplexen hat weitreichende Folgen, weil so über die tatsächliche Brisanz der ablaufenden Prozesse hinweggetäuscht werden kann.

Wolfgang Kowalsky: Rechtsextremismus und Anti-Rechtsextremismus in der modernen Industriegesellschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2-3/93, S. 14-25

Die rechtsextreme Renaissance hat sich in mehreren europäischen Industriegesellschaften zu einer soziopolitischen Herausforderung ersten Ranges entwickelt. In Frankreich konnte innerhalb eines Jahrzehnts eine Sekte zur stärksten rechtsextremen Partei Europas – der Nationalen Front – aufsteigen. Die Gegenmaßnahmen von „SOS-Racisme“, Medien und politischen Gegnern erwiesen sich als ineffektiv. Von daher ist eine Überprüfung des anti-rechtsextremen Handlungsspektrums auf Effizienz und der Begründung der Gegenstrategien auf Plausibilität erforderlich. Die Gegenmaßnahmen wurden zu diesem Zwecke acht Gesichtspunkten zugeordnet und auf ihre Stimmigkeit und Effizienz hin untersucht. Das Ergebnis lautet, daß sich das antirechtsextreme Denken und Handeln noch weitgehend von der Antifa-Strategie der dreißiger Jahre leiten läßt und an den heutigen Herausforderungen weitgehend vorbeigeht. Kritik an linken Strategien zu üben ist nicht gleichbedeutend mit Gegnerschaft. Vielmehr geht es um die Förderung einer theoretisch reflektierten Praxis, die eine Überprüfung der eigenen Handlungsmuster zur Regel macht.

Hans-Joachim Maaz: Gewalt in Deutschland – Eine psychologische Analyse

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2-3/93, S. 26-32

An die Stelle der gemeinsamen Freude über den Zusammenbruch der DDR und die Vereinigung Deutschlands ist eine andere Gemeinsamkeit getreten: Gewalt gegen Fremde. Deutschland, bis vor kurzem noch Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes, ist zum Mittelpunkt des Nord-Süd-Konfliktes geworden. Ziel der psychologischen Analyse ist es, Verständnis für die umfassenderen Zusammenhänge und Hintergründe der in den neuen und den alten Bundesländern aufbrechenden Gewalt zu wecken.

Erstens ist die psychische Aufarbeitung des Dritten Reiches versäumt worden, und zwar in beiden Teilen Deutschlands. Das heißt, die autoritären Prinzipien haben – unter verschiedenen Bedingungen – fortgewirkt. Die Ausformung der psychosozialen Folgen entspricht den von der jeweiligen Gesellschaftsform abhängigen Sozialisationsbedingungen. *Zweitens* wurden die Menschen in Ost und West – in jeweils unterschiedlicher Weise – nach den Prinzipien der autoritären Erziehung geformt. Erziehung zu Unterwerfung und Anpassung führt zu Demütigungen und in der Folge zu Empörung und Zorn, die – wenn sie unterdrückt werden – sich in Form von Gewalt (gegen sich selbst oder andere) äußern.

Die wesentlichen „Ingredienzien“ der Gewalt in Deutschland sind also aufgestaute Aggressionen, soziale Verunsicherung und ein geeigneter Anlaß. Die heute in Ost und West auflodernde Gewalt ist Ausdruck eines umfassenden Gefühlsstaus im vereinigten Deutschland. Die radikalen Jünglichen und die asylsuchenden Ausländer sind die Symptome eines kritisch gewordenen sozialen Konfliktes in Deutschland und auf dieser Welt: Wenn wir nicht auf unseren Reichtum verzichten und ihn verteilen, werden wir Krieg gegen die Armen führen müssen.

Dietmar Sturzbecher/Peter Dietrich: Jugend in Brandenburg – Signale einer unverständenen Generation

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2-3/93, S. 33-44

Die Jugendlichen in den neuen Bundesländern sind von den Folgen der Wende besonders betroffen und auf die aktuellen Anforderungen des Lebens als Bürger der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer bisherigen Sozialisationserfahrungen schlecht vorbereitet. Von der Gesellschaft erhalten sie bei der Bewältigung der neuartigen Anforderungen eine zu geringe Unterstützung. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und Benachteiligungen bei den beruflichen Entwicklungschancen, das Wegbrechen des zwar uniformen und politisch doktrinären, aber quantitativ breiten und weitgehend kostenfreien Jugendfreizeitangebotes der DDR, fehlende Kompetenz bei der Artikulation und Durchsetzung eines politischen Willens, eine starke Tendenz zur Auflösung sozialer (auch familialer) Beziehungen und geringe Übung im Umgang mit fremden Kulturen führen zu Verunsicherungen, Ängsten und Überforderungen, die sich u. a. in Gewalt, Fremdenfeindlichkeit sowie politischer Indifferenz oder Radikalismus äußern. Es besteht die große Gefahr, daß sich psychosoziale Probleme und Konflikte in Verbindung mit sozialen Desintegrationsprozessen massenhaft zu extremistischen Einstellungen und terroristischen Potentialen verfestigen.

Karl-Otto Richter/Bernhard Schmidtbauer: Zur Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt. Empirische Ergebnisse aus dem Frühjahr 1992

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2-3/93, S. 45-54

Im Ergebnis einer empirischen Analyse zur Akzeptanz von Asylbewerbern in der Stadt Rostock, die im Frühjahr 1992 – also vor den Ereignissen in Rostock-Lichtenhagen – durchgeführt worden ist, kann festgehalten werden: Entschieden restriktive Haltungen gegenüber der Aufnahme von Asylbewerbern gehörten zwar keineswegs zu den Randerscheinungen, aber eine deutliche Mehrheit hat sich gegen einen Stopp oder wesentliche Einschränkungen in der Aufnahme von Asylbewerbern ausgesprochen. Ein Teil der insgesamt 200 Befragten ging in der Distanz zu Asylbewerbern allerdings über Forderungen nach einer stark restriktiven Asylpolitik hinaus: Sie zeigten sich außerdem kaum berührt von den Berichten über gewalttätige Angriffe auf Asylbewerber und sahen eigene Interessen durch Asylbewerber bedroht.

Ungeachtet einiger sozialstruktureller Besonderheiten belegt die Untersuchung, daß Akzeptanzprobleme für Asylbewerber kein sozialstrukturell eindeutig eingrenzbares und etwa auf spezifische „Problemgruppen“ reduzierbares Phänomen sind. Die Distanz, die die Befragten zu Asylbewerbern erkennen ließen, hängt mit wichtigen Differenzierungen von Haltungen und Meinungen zusammen. Das gilt insbesondere für die jeweils subjektive Gewichtung der Asylproblematik und für das Verständnis der Ursachen von Feindlichkeit gegen Asylbewerber.

Die aus dem Urteil der Befragten folgende Rangordnung von Ursachen für eine feindliche Haltung gegenüber Asylbewerbern in Ostdeutschland verweist auf soziale Sorgen, auf die andauernde Asyldiskussion, auf Erfahrungs- und Kenntnisdefizite sowie auf ostdeutsche Besonderheiten.

Für die Politik ergeben sich aus der Untersuchung die folgenden sechs Aufgaben: 1. Entwicklung wirkungsvoller Programme gegen Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel; 2. Einbeziehung relevanter Ängste der Bevölkerung in einen politischen Diskurs jenseits von Nationalismus, Rassismus und Rechtsextremismus; 3. Sachliche Information über die Asylproblematik, frei von Parteienkalkül und Marktinteressen der Medien, in der auch Asylbewerber selbst zu Wort kommen; 4. Bestimmung spezifischer Zielgruppen für entsprechende Informationen, und zwar mit prophylaktischer Absicht; 5. Berücksichtigung der Tatsache, daß Akzeptanzprobleme inzwischen Teil des Asylproblems geworden sind; 6. Förderung eines Austausches zwischen Deutschen und Ausländern, in dem auch die Stimme der Ausländer zu hören ist und in den der Osten und der Süden einbezogen sind.